

KIRCHE IN LATEINAMERIKA

SONDERNUMMER DER LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

BERLIN(WEST) APRIL 1979 Solidaritätspreis DM 8,-



Wanderer es gibt keinen Weg, der Weg entsteht
beim Gehen. Der Weg das sind deine Fußstap-
fen und sonst nichts.

Antonio Machado

Diese Sondernummer umfaßt Berichte, Analysen und
Dokumente zur Situation der Kirche in Lateinamerika -
unter besonderem Bezug auf die Bischofskonferenz in
Puebla.

Umfang: 208 Seiten; Preis DM 8,-

Zu beziehen bei: LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN,
c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12

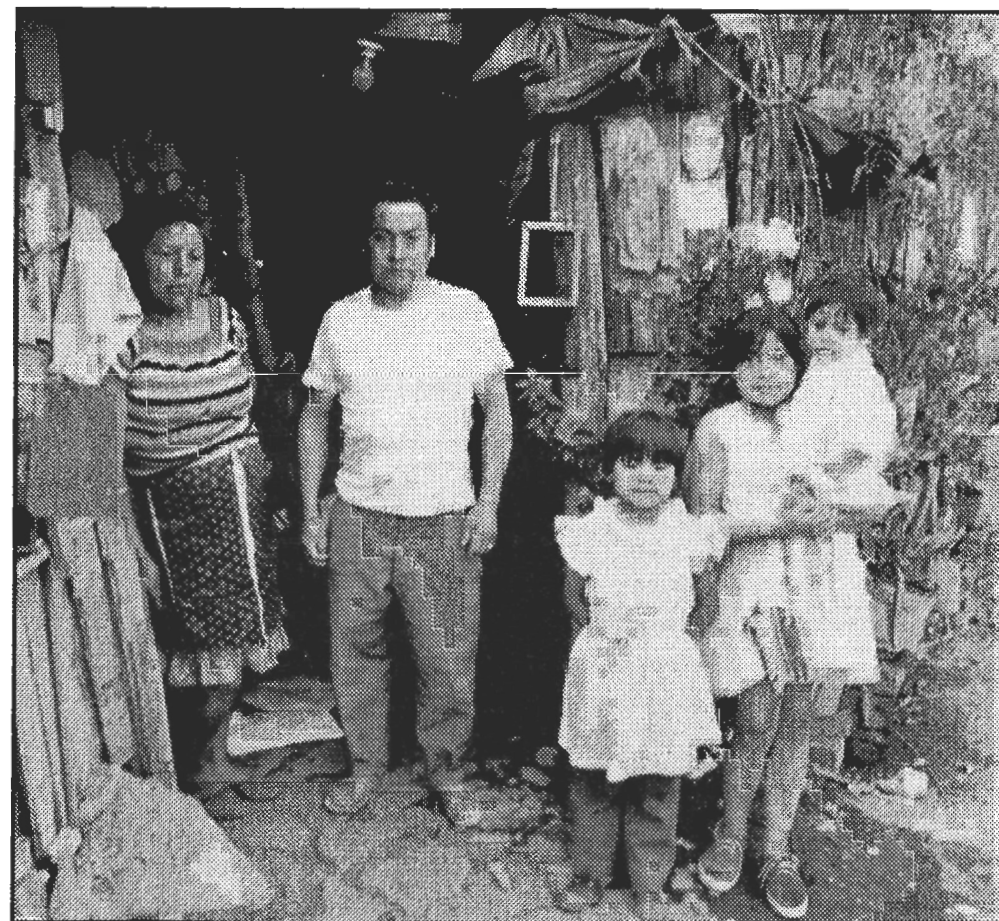
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 75

7. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Oktober 1979

Solidaritätspreis DM 2,-



Aus dem Inhalt dieser Nummer:

DER INTERNATIONALE WÄHRUNGSFONDS IN BELGRAD -
NICARAGUA: WIRTSCHAFT, FINANZEN UND REVOLUTIO-
NÄRE - ARGENTINIEN: KWU BAUT ZWEITES KERNKRAFT-
WERK - PERU: DAS ENDE DES LEHRERSTREIKS - MEXIKO:
SCHWARZER REICHTUM - GRÜNE ARMUT (2. TEIL)

ZU DIESEM HEFT	3
I. INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS	
— In Belgrad nichts Neues	4
II. NICARAGUA	
— Wirtschaftspolitische Maßnahmen	8
— Die finanzielle Situation Nicaraguas heute	9
— Was bedeutet eigentlich...?	13
— Zur Solidaritätsbewegung	14
— Zwei sandinistische Revolutionäre	16
III. ARGENTINIEN	
— Hintergründe der Militärrebellion	19
— Montonero-Führer ermordet	21
— OAS-Kommission untersucht Menschenrechtsverletzungen	22
— Aufnahme von Argentinern in der BRD	24
IV. BRD-ARGENTINIEN	
— KWU-Reaktor für die Militärdiktatur	25
— Volkswagen auf dem Weg nach Argentinien	30
V. BOLIVIEN	
— Wahlergebnisse und Übergangsregierung	31
— Die Wirtschaftskrise verschärft sich	33
— 10 Tote durch radioaktive Experimente	35
VI. BRASILIEN	
— Teile und herrsche!	36
VII. CHILE	39
VIII. HAITI	
— Die Rückkehr der Dinosaurier	44
IX. KOLUMBIEN	
— Offensive gegen die Volkskirche — gescheitert	46
X. MEXIKO	
— Schwarzer Reichtum — grüne Armut (2. Teil)	50
XI. PERU	
— SUTEP	56
— Die verschlungenen Pfade der APRA	58
— Abschied von den revolutionären Zielen	58
— Friedliche Koexistenz mit der Oligarchie	59
— Die "Super-convivencia"	61
XII. EL SALVADOR	
— Reaktion auf Nicaragua	64
XIII. LITERATUR	66

Zu diesem Heft

Mit großem Aufwand traf sich die Finanzoligarchie der Welt mit ihrem Führer McNamara in Belgrad und stellte fest, daß den "Ärmsten der Armen", den Bauern in den Entwicklungsländern, geholfen werden muß. In der Presse wurde der Weltbankpräsident, der seinerzeit Bomben auf vietnamesische Bauern hatte werfen lassen, als "Fürsprecher der Armen" gefeiert. Die Tagung war das Jahrestreffen des Internationalen Währungsfonds, jener Institution, deren Wirkungsweise z.B. in Peru ("500 000 tote Kinder müssen in Kauf genommen werden") bereits mehrfach Gegenstand der Berichterstattung und der Kritik der LN gewesen sind.

Bei diesem Treffen in Belgrad kam nichts Neues heraus. Die anti-inflatorischen Maßnahmen sind bekannt; sie werden auf dem Rücken eben jener Armen ausgetragen. Die Kämpfe der Bauern sind in den letzten Nummern der LN häufig kommentiert worden. In diesem Heft setzen wir die Berichterstattung über die mexikanische Bauernbewegung, ihre Hintergründe und Perspektiven fort.

Nach dem Erfolg der Kämpfe in Nicaragua stellen sich dem Volk Probleme, für die der Internationale Währungsfonds Lösungen hat — aber Lösungen, die keineswegs im Sinne des Volkes sind.

Trotz der Bedeutung, die die westliche Presse der Diskussion der reizvollen Frage widmet, ob Nicaragua nun ein zweites Kuba, El Salvador ein zweites Nicaragua (folglich ein drittes Kuba) und so fort geworden sind oder werden sollen, möchten wir diese Diskussion nicht weiter vertiefen. Uns ist es wichtiger, die schweren wirtschaftlichen Probleme Nicaraguas darzustellen und aufzuzeigen, welche Aufgaben die Solidaritätsbewegung gerade nach dem Sieg der Revolution hat.

Weiterhin wollen wir den besonderen Charakter der Revolution herausheben, der sie wesentlich von anderen Revolutionen unterscheidet. In dieser Revolution fehlen die charismatischen Führer; die "Führer" der Revolution in Nicaragua repräsentieren den Prozeß, der sich im Lande abspielt — die Revolution des Volkes. Wir stellen in diesem Heft zwei Revolutionäre vor, deren Besonderheit ist, daß sie keine Legendenfiguren sind.

Die Ereignisse in Nicaragua haben Hoffnungen geweckt. Fast schien es, als sei die Zeit der Diktaturen abgelaufen: Amin in Uganda, Bokassa in Zentralafrika und Somoza in Nicaragua. Aber die Diktatoren und ihre Drahtzieher geben so schnell nicht auf. Haiti ist dafür ein Beispiel. Baby Doc Duvalier hat die Repression nach verstärkten oppositionellen Regungen erheblich verschärft. Seine Schlüßerbanden, die berüchtigten Tontons Macoutes, jegliche Kritik am Diktator im Keim zu ersticken.

P.S. Die Good-Will-Tour des Handlungsreisenden in Sachen Kapital im allgemeinen und Atomkraftwerken im besonderen, Lamsdorff, hatte — allen Dementis zum Trotz — Erfolg: die KWU erhielt den Zuschlag für den Bau des Atomkraftwerks Atucha II in Argentinien.

Impressum:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

Jahrgang 7 der
CHILE-NACHRICHTEN

erscheint monatlich (mindestens 11mal im Jahr)

Redaktionsschluß dieser Nummer: 11. Oktober 1979

Abonnementspreis: DM 30,—

Vorauszahlung auf:

Sonderkonto des Chile-Komitees — „Hilfe für Chile“

PSA Berlin-West, Eilfriede Kohut, Nr. 380067-108

Bankleitzahl 100 100 10; Kennwort: Neu-Abo 79

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

c/o FDCL

Savignyplatz 5

1000 Berlin 12

Tel. 030/313 50 85

Redaktion:

Redaktionskollektiv

V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Der Nachdruck von Artikeln aus den
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
ist mit Quellenangabe gestattet. Beleg-
exemplare erbeten.

In Belgrad nichts Neues

"Alle Jahre wieder", so stellte sich dem Beobachter die gemeinsame Jahreskonferenz der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Belgrad dar.

"Weltweite Inflationsgefahren" und der "Hunger in der Welt" wurden erneut mit angst-besetzten Kommentaren zur schicksalshaften "sozialen Frage" proklamiert, von deren Lösung nicht zuletzt auch die ökonomische und politische Stabilität der Industrienationen abhängig sei.

Will der Währungsfondsdirektor Larosiére die Inflation weltweit mit einer "glaubwürdigeren Steuer- und Geldpolitik" bekämpfen, so setzt der Weltbankpräsident Mc Namara auf die "armutsorientierte Strategie zur Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse" in den Entwicklungsländern. Beide beklagten das "große Dilemma, in dem diese Länder stecken."

Das Weltmodell

Die an "Linderung der absoluten Armut" orientierte Weltbankstrategie legt verstärkten Nachdruck auf eine Politik der Einkommensumverteilung zugunsten der 40% Ärmsten in den Entwicklungsländern.

Spezielle "Zielgruppe" (so der Mc Namara-Jargon) sollen ländliche Arbeitslose und arme Kleinbauern sein, desgleichen sollen aber auch die städtischen Notleidenden von dem Weltbankprogramm profitieren.

Wirtschaftspolitisches Ziel ist die produktive Eingliederung der Masse der Bevölkerung in den Produktionsprozeß dieser Länder.

Infrastrukturmaßnahmen, wie ländliche Bewässerungsanlagen und Straßen, freilich auch direkte Einkommensumverteilung (Agrarreformen etc.) sehen die Weltbankstrategen in ihrem "redistribution with growth"-Modell als probates Mittel zur Abschaffung des Hungers von ungefähr 500-600 Millionen Menschen in den Entwicklungsländern an.

Hauptakteur soll dem Modell nach der Staat (oder in dessen "Vertretung" die Weltbank) sein und den Bedürftigen beschäftigungspolitisch unter die Arme greifen.

Soweit das theoretische Modell, das Mc Namara auch dieses Jahr wieder den Delegierten präsentierte. Zugleich verwehrt er sich entschieden, die Kreditvergabe zukünftig mit politischen Auflagen zu koppeln.

Die Frankfurter Rundschau (3.10.1979) stilisierte ihn deshalb kurzerhand als "Fürsprecher der Armen" und meinte, daß sich seit der Amtsübernahme Mc Namaras der Kurs der heute weitaus wichtigsten Entwicklungshilfe-Institution deutlich gewandelt hätte.

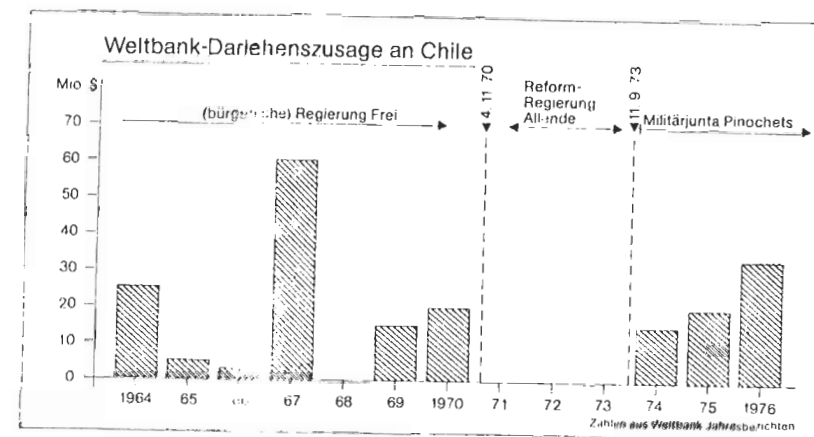
Ein Blick in die Jahresberichte der Bank hätte dies jedoch widerlegt. Als die besten Kunden erweisen sich nämlich die latein-

amerikanische Diktatoren (und nicht nur die).

Verfolgt nun ein Entwicklungsland die von der Weltbank vorgegeschlagenen Umverteilungspolitiken via sozialistischer oder auch "nur" nationalistischer Transformation, verwehrt gerade diese Institution u.a. weitere Kredite. Beispielsweise hat die Unidad Popular unter Allende keinerlei Kredite von der Weltbank bekommen; gleiches geschah bis Mitte 1973 mit Peru, ein bereits bewilligter Kredit für den Agrarsektor wurde aus politischen Gründen auch unter der Weltbankpräsidentenschaft Mc Namaras sogar zurückgezogen (Peruvian Times 20.6.1969).

Grundlage dieser Politik ist das "Policy Memorandum 204" der Weltbank, das Staaten die Kredite verweigert, die ohne entsprechende Kompensation ausländische Konzerne enteignen.

Die Kredit-, "Politik" der Weltbank



Ob nun der "armutsorientierten" Weltbankstrategie Erfolg beschieden ist, muß nicht nur angesichts der kritischen Äußerungen von Mc Namara selbst, sondern auch aufgrund der -auf der Weltagrarkonferenz dieses Jahr in Rom- vorgelegten Studien stark in Zweifel gezogen werden.

Am Beispiel Mexikos weist eine Studie nach, daß -sobald die ländlichen Armen in die "Gunst" der Kredite kommen- sie sich einer "Schuldknechtschaft" unterwerfen, die häufig ihre Subsistenzbasis zerstört und einer "Selbstliquidation" gleichkommt.

Das internationale Agrobusiness und nicht die Armen profitiert also hauptsächlich an der eigens für diese Entwicklungsdekade aus der Taufe gehobenen "armutsorientierten Grundbedürfnisstrategie."

Akzentuiert wird die wirtschaftliche Situation der Armen noch durch die IWF-Auflagenpolitik, die defizitären Entwicklungsländern "empfohlen" (sprich: aufgezwungen) wird.

Die IWF-Auflagen

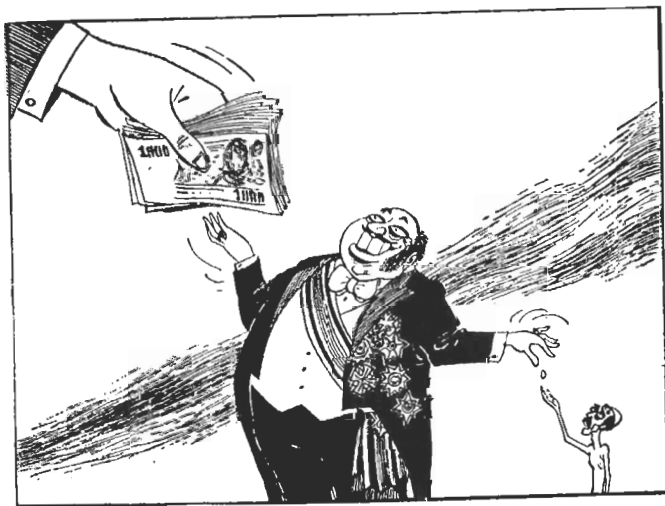
Der IWF -gerne als "Zuchtmeister" (FR) der Entwicklungsländer betitelt- verfolgt nämlich eine der Weltbank entgegengesetzte Entwicklungskonzeption.

Die von monetaristischen Grundsätzen inspirierte Stabilisierungspolitik des Fonds steht staatlicher Wirtschaftspolitik äußerst skeptisch gegenüber und vertraut vielmehr auf das "freie Spiel der Kräfte" im marktwirtschaftlichen System. Laut Währungsfonds ist das aktive Eingreifen des Staates in den Wirtschaftsprozess der Anfang allen Übels. Für Inflation, konjunkturellen Abschwung etc. wird dementsprechend auch dem Staat die "Sündenbockfunktion" zugeschoben.

Konsequenz: Jedes IWF-Stabilisierungspaket, das Voraussetzung für weitere Stützungskredite ist, sieht eine drastische Reduzierung der Staatstätigkeit vor. Sozialhilfemaßnahmen in den Entwicklungsländern müssen gestrichen werden, die Subventionen auf Grundnahrungsmittel entfallen, was insbesondere die Ärmsten der Armen in diesen Ländern hart trifft.

Beispielsweise in Peru, wo der IWF seit Jahren ein Stabilisierungsprogramm nach dem anderen der Regierung für weitere Bereitstellungskredite zur Auflage macht, stiegen die Preise der seither subventionierten Grundnahrungsmittel aufgrund des sogenannten "achten Pakets" allein von April bis Mai 78 um durchschnittlich 42%.

Infolge dessen können die meisten Peruaner nicht einmal mehr 2000 Kalorien pro Tag (Grundbedürfnisziel sind 2400) zu sich nehmen, bei den täglichen Proteinrationen ergibt sich eine noch schlechtere Relation; schätzungsweise 45% aller Kinder müssen deshalb wegen Unterernährung Fehlentwicklungen befürchten, und derzeit sterben in Peru 109 von 1000 Kindern, bevor sie gehen lernen.



Obwohl die IWF-Einflußnahme nicht die Ursache der peruanischen Krise, sondern deren Resultat ist, steckt trotz -oder gerade wegen- der verordneten Sparpolitik die peruanische Industrie auch weiterhin in einer tiefgreifenden Krise. Allein bis Oktober 1978 mussten im laufenden Jahr 386 peruanische Firmen (1977 waren es 391) ihre Tore schließen.

Portugal, Zaire, die Türkei und Jamaika sind nur die jüngsten Beispiele, wo sich ähnliche Auswirkungen der IWF-Politik zeigten, obgleich man die Liste der betroffenen Ländern noch um einiges erweitern könnte.

Wer ist nun der lachende Dritte einer solchen Politik der beiden Institutionen?

Eine einfache, kurze Antwort ist nicht zu geben, da sie die komplexen Zusammenhänge zu stark reduzieren würde, doch weisen die weiteren Forderungen im IWF-Auflagenkatalog die Richtung:

"Importrestriktionen, überbewertete Währungen und Kapitalimportverbote sollen abgeschafft und Gewinntransfergarantien von den Entwicklungsländern" zugesagt werden, um das "Vertrauen in die Wirtschaft" der krisengeschüttelten Länder wiederherzustellen.

Hierdurch sollen ausländische Direktinvestitionen angelockt werden, denen die Weltbank "unterstützende Funktion" und der IWF die "maßgebliche Initialfunktion zur Ankurbelung der Wirtschaft" in diesen Ländern beimißt.

Folgenreiche Funktion der hier skizzierten Politik für die Entwicklungsländer ist es, daß die Weltbank durch strukturpolitische Maßnahmen autochthone Produktionsstrukturen zerstört und dadurch den nationalen "inneren Markt" zu erweitern versucht, der IWF dagegen die Zollschränken -die gerade wegen der Entwicklung der nationalen Industrie aufgebaut wurden- wieder für die multinationalen Konzerne öffnet und die unterlegenenationalen Kapitale in den Bankrott treibt. Einer durch Aufkauf der nationalen Industrien stattfindenden "Entnationalisierung" durch die Multis sind mithin keine Schranken mehr gesetzt. Auch wird durch die Auflagenpolitik die Rohstoffversorgung der Industrienationen sichergestellt.

Das Dilemma der Belgrader Tagung ist, daß Mc Namara diese Situation unkritisiert als Dilemma der Entwicklungsländer bezeichnen kann und sich durch die "armutsorientierte Strategie" nicht nur die oben zitierte Zeitung ideologisch einfangen läßt.

Fazit für die im nächsten Jahr folgende Konferenz: Auch 1980 werden die "weltweite Inflation" und der "Hunger in der Welt" die Delegierten ein erneutes Mal konfrontieren.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen

Nachdem wir in der letzten Nummer der LN über die Probleme der Kreditbeschaffungspolitik der neuen Regierung geschrieben haben, wollen wir heute über die ersten wirtschaftspolitischen Maßnahmen berichten. Da sich sowohl die bürgerliche als auch die antiimperialistische Presse in ihrer Berichterstattung über Nicaragua mehr von der reizvollen Frage hinreißen läßt, ob denn nun aus Nicaragua "ein zweites Kuba" oder aber eher "eine neue Dependence der Sozialdemokratie" in Lateinamerika entstehen wird, gibt es kaum Nachrichten über die konkrete Politik (vor allem Wirtschaftspolitik).

Die Ansätze der neuen Agrarpolitik, die bevorstehende Agrarreform, wurden in der letzten Nummer behandelt. Darüberhinaus ist die Verstaatlichung der nationalen Banken verfügt worden. Betroffen von der Verstaatlichung sind neben den lokalen Banken "Banco Nicaragüense" und "Banco de América" noch die Somoza-eigene "Banco de Centroamérica" und die "Banco Calley Dagnall". Die "Banco Nicaragüense" verfügte über 70% der gesamten privaten Spareinlagen des Landes, hatte durch Mehrheitsbeteiligungen die Kontrolle über die 14 größten Industrieunternehmen Nicaraguas und sich durch Aktienbesitz zumindest Sperrminoritäten in weiteren 25 großen Aktiengesellschaften erworben.

Die "Banco de América" war in den Händen der Großgrundbesitzer und hatte ihre Finger in der Zucker-, Alkohol- und Bauindustrie sowie im Versicherungsgewerbe. Die "Banco Calley Dagnall" hatte die Kontrolle über das gesamte Exportgeschäft des Landes. Die wichtigsten ausländischen Banken (Bank of America, Wells Fargo und Bank of London) wurden von der Verstaatlichung verschont. Ihnen wurden zwar für das Inlandsgeschäft einige Restriktionen auferlegt, für die Zukunft wurde ihnen aber von Robelo ausdrücklich ein freies Geschäft ohne die Absicht einer späteren Verstaatlichung zugesichert. Die Einschränkungen für die ausländischen Banken betrifft nur das inländische Einlagengeschäft, d.h. sie dürfen in Zukunft keine Spar- oder Girokonten führen und müssen sich extern finanzieren – was ihnen nicht schwerfallen dürfte. Außerdem sollen die Aktionäre dieser Banken mit fünf Jahre laufenden Staatsanleihen entschädigt werden, die sich mit 6,5% jährlich verzinsen. Dagegen werden sowohl inländische wie ausländische Versicherungsunternehmen von der Verstaatlichung ausgenommen.

Zu den bisherigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der neuen Regierung kann man sagen, daß sie der vom neuen Wirtschaftsminister Robelo formulierten Programmatik (Aufbau einer "mixed economy": Verstaatlichung dort wo es nötig ist; Privatbesitz dort wo es unproblematisch ist; kollektives Gemeineigentum – z.B. Genossenschaften – dort wo es möglich ist) völlig entsprechen. Insofern sind auch für die nähere Zukunft keine spektakulären Maßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik zu erwarten.

Die finanzielle Situation Nicaraguas

Bei der Besprechung des Artikels "Nicaragua nach Somoza" im letzten Heft gab es in der Redaktion der Lateinamerika-Nachrichten unterschiedliche Ansichten über die Beurteilung der Tatsache, daß Nicaragua einen Kredit des Internationalen Währungsfonds (IWF) angenommen hat.

Einige von uns meinten, mit der Aufnahme dieses Kredites habe sich Nicaragua bereits in Abhängigkeit vom kapitalistischen Wirtschaftssystem begeben, da auf einen einmal beanspruchten IWF-Kredit immer höhere und härtere Kredite folgen würden, wenn dieser erste Kredit nicht zurückgezahlt werden könne. Nicaragua müsse alle Kredite strikt ablehnen, die an Bedingungen irgendwelcher Art geknüpft seien.

Andere hielten dem entgegen, daß ein Kredit in Höhe von 22 Mio \$ noch keine totale Abhängigkeit erzeugen könne; die Gewährung eines Kredites durch den IWF sei Voraussetzung für viele andere öffentliche Kredite von Entwicklungsbanken und Regierungen.

Deswegen hielten wir es für wichtig, die Zusammensetzung der Auslandsschulden Nicaraguas und die bestehenden Möglichkeiten, sie abzubauen, genauer zu durchleuchten. – Dies soll im folgenden versucht werden, wobei vorausgeschicken ist, daß wir nicht an alle Unterlagen herangekommen sind, die es in Bankerkreisen über dieses Gebiet sicherlich gibt.

Die Lage unter Somoza

Wie die meisten Entwicklungsländer hatte auch Nicaragua in den letzten zehn Jahren fast stets ein Leistungsbilanz-Defizit, d.h. es hat fast jedes Jahr mehr importiert als exportiert. – Dennoch haben sich die Währungsreserven des Landes fast kontinuierlich erhöht, da laufend neue Kredite ins Land flossen, was natürlich steigende Zinsenlasten und Rückzahlungsverpflichtungen bedeutet. Nicaragua war offenbar lange Zeit für Kapitalanlagen interessant, da unter dem Diktator Somoza keine Schwierigkeiten mit der Arbeitnehmerschaft zu erwarten waren.

Seit Anfang 1974 ist ein Ansteigen der öffentlichen Auslandsschulden (Kredite an Regierungsstellen) festzustellen, während die Zufuhren an privatem langfristigem Kapital zurückgingen. Es wäre nun aufschlußreich zu wissen, aus welchen Quellen die Darlehen an die öffentliche Hand stammen, von welchen Staaten Nicaragua also besonders abhängig ist. Für uns waren nur die Daten der Weltbank und anderer internationaler Kreditinstitute in etwa einsehbar. Ihr Anteil machte in den Jahren bis 1977 im Durchschnitt ein Viertel der gesamten Neuverschuldungen der Regierung aus, wobei der Anteil in den einzelnen Jahren erheblich schwankte. Von 1976 an konnten die Reservenverluste nur durch Rückgriffe auf den venezolanischen Investmentfonds und befreundete Zentralbanken und Regierungen verhindert werden.

1977 setzte eine Kapitalflucht der privaten ausländischen Kreditgeber ein, sodaß die Kapitalbilanz 1978 erstmals wieder negativ wurde (etwa – 250 Mio \$). Da die Importe in diesem Jahr um fast 25% zurückgegangen waren, während die Exporte stagnierten, war die Leistungsbilanz 1978 etwa ausgeglichen, sodaß die Währungsreserven um etwa denselben Betrag abnahmen.

In dieser Situation erhielt Somoza einen "Stand-by-Kredit" des IWF, der Ländern mit unerwarteten schweren Zahlungsbilanz-Ungleichgewichten gewährt wird. Nicaragua mußte sich dafür verpflichten, Preisbindungen aufzuheben, Importbeschränkungen zurückzunehmen, die Löhne auf dem gegenwärtigen Stand einzufrieren und den Córdoba abzuwerten.

Dieser Kredit in Höhe von 43 Mio \$ wurde nach dem Sturz Somozas zurückgezogen, da mit einer Einhaltung der Bedingungen nicht mehr zu rechnen war. - Allerdings dürfte die Junta darüber nicht allzu verbittert sein und stattdessen neue Kredite mit "weicheeren" Konditionen verlangen.

Finanzlage bei Regierungsübernahme der Junta

Mit den Regierungsgeschäften übernahm die Junta Auslandsschulden in Höhe von 1,24 Mrd \$, die sie in einer ihrer ersten öffentlichen Erklärungen ausdrücklich akzeptierte (bis auf Verbindlichkeiten gegenüber Staaten, die Somoza mit Waffen unterstützt hatten). Von diesen öffentlichen Schulden müssen 663 Mio \$ noch 1979 zurückgezahlt werden. - Der private Sektor Nicaraguas war mit 264 Mio \$ ans Ausland verschuldet. Andererseits wurde bis Mitte 1979 privates Auslandskapital in Höhe von 550 Mio \$ abgezogen.

Die Währungsreserven sind auf ein Minimum von 3.5 Mio \$ geschrumpft, (in der letzten Nr. wurden durch einen Tippfehler 30 Mo. angegeben)

sodaß die Importe auf lebensnotwendige Güter und die wichtigsten Produkte zur Wiedereingangssetzung der Produktion reduziert werden mußten. Diese unentbehrlichen Importe würden zu einem Importvolumen von 400 Mio \$ für 1979 führen, gegenüber etwa 760 Mio \$ 1977. - Die Exporte werden im zweiten Halbjahr 1979 wohl kaum mehr als 150 Mio \$ betragen. Der Leistungsbilanzsaldo würde dann etwa minus 650 Mio \$ ausmachen. - Würde alles importiert, was gebraucht wird, müßten sich die Importe auf etwa 750 Mio \$ erhöhen, was einen Leistungsbilanzsaldo von minus 1000 Mio \$ bedeutete.

Für 1980 wird mit Exporten von etwa 500 Mio \$ gerechnet. Für den Wiederaufbau und die Umstrukturierung der Landwirtschaft wären Importe in Höhe von 1.200 Mio \$ erforderlich, was wiederum einen Negativsaldo der Leistungsbilanz von 700 Mio \$ hervorrufen würde.

Fassen wir zusammen:

1. Rückzahlung auslaufender Kredite 1979	650 Mio \$
2. Leistungsbilanzdefizit 1979	1.000 Mio \$
3. Leistungsbilanzdefizit 1980	700 Mio \$
	<u>2.350 Mio \$</u>

Die Regierung von Nicaragua rechnet daher für die nächsten Jahre mit einem Devisenbedarf von etwa 2.5 Mrd \$. Diese finanzielle Seite spiegelt natürlich nicht die gesamte wirtschaftliche Situation des Landes wieder:

Zum einen erhält Nicaragua neben finanziellen Hilfen auch materielle Zuwendungen in Form von Lebensmitteln, Medikamenten usw. (Intern. Rotes Kreuz, Kuba, andere sozialistische Staaten). Weiterhin stellen mehrere Länder medizinisches Personal und schicken Lehrer für die Durchführung der Alphabetisierungskampagne, die 1980 gestartet werden soll.

Außerdem ist Nicaragua ein fruchtbares Land: Fast die gesamte Fläche ist landwirtschaftlich nutzbar. Dieses Land wurde unter Somoza sicherlich nicht in vollem Umfang genutzt, und die Erträge wurden

zum Großteil exportiert. So kann langfristig damit gerechnet werden, daß der Devisenbedarf für die Ernährung der Bevölkerung erheblich abnehmen wird. - Auch durch die effektive Nutzung der von Somoza übernommenen Industrie dürften die Aussichten für Nicaragua langfristig positiv sein.

Das Problem besteht lediglich darin, daß für den Anfang umfangreiche Finanzhilfen gewährt werden müssen. Diese Hilfen bleiben bisher aber hinter den zugesagten oder erwarteten Hilfeleistungen zurück, so daß im Juli noch 1 Mio. Nicaraguaner nicht genügend zu essen bekamen.

Maßnahmen zur Finanzierung des Wiederaufbaus

Die Regierung von Nicaragua hat eine Prioritätsliste über die Dringlichkeit der zu ergreifenden Maßnahmen für den Wiederaufbau aufgestellt, die auch für die Verwendung der Devisenbestände gilt:

1. Import von lebenswichtigen Nahrungsmitteln und Medikamenten
2. Ersatzteile für landwirtschaftliche Maschinen, industrielle Anlagen, Nutzungsfahrzeuge usw.
3. Grundstoffe für die Landwirtschaft
4. Grundstoffe für den nicht exportierenden Industriesektor (Der Exportsektor wird durch die Zentralbank finanziell unterstützt)
5. Wiederbeschaffung von im Krieg zerstörtem Inventar (Durch den Krieg sind Anlagen, Produktionsmittel usw. im Wert von 580 Mio \$ zerstört worden)
6. Rückzahlung von Auslandsschulden.

Im Laufe der letzten Wochen wurden erhebliche Darlehen und materielle Hilfen von einer Reihe von Ländern zugesagt, jedoch wurde bisher nur ein Teil davon wirklich ausgezahlt. Dennoch ist es interessant, die wichtigsten Versprechungen einmal aufzulisten:

Bei Regierungsübernahme verfügte die Junta über einen IWF-Kredit in Höhe von 21 Mio \$, einen Kredit der IDA (Entwicklungsbank, Tochter der Weltbank) in Höhe von 20 Mio \$, sowie einen Kredit des FOCEM (Fonds Centroamericano de Estabilizacion Monetaria) von 10 Mio \$, also insgesamt 51 Mio \$.

- | | |
|--|------------|
| 1. Der IWF bewilligte - gleichzeitig mit der Rücknahme des Stand-by-Kredits - eine Auszahlung aus der "Kredittranche" Nicaraguas in Höhe von | abrufbar |
| | 22 Mio \$ |
| 2. Darlehenszusagen der Weltbank: | abrufbar |
| a) Darlehen zur Auffüllung der Reserven (Zinssatz: 10%) | 21 Mio \$ |
| b) Ratifizierung eines Darlehens, das Somoza zugesagt worden war | 20 Mio \$ |
| c) Darlehenszusage für Straßenbauprojekte | 32 Mio \$ |
| d) Darlehenszusage für technische Hilfe zur Arbeitsplatzbeschaffung | 10 Mio \$ |
| e) Darlehen für den Wiederaufbau von Industrie u. Handel, Kauf von technischen Geräten im Landwirtschaftssektor | 100 Mio \$ |
| 3. IDA (Tochter der Weltbank) | |
| Gewährung eines Kredits mit einer Laufzeit von 40 Jahren und 1% Zinsen im ersten Jahr, 2% Zinsen in den weiteren 30 Jahren | 120 Mio \$ |

4. UNO		
Darlehen für Gesundheit, Erziehung, Verbesserung des Getreideanbaus	17 Mio \$	
5. Interamerikanische Entwicklungsbank		
Darlehen zu "günstigen Bedingungen"	98 Mio \$	
6. Consejo Monetario Centroamericano (CMC)		
Darlehenszusage v. 170 Mio \$	128 Mio \$	42 Mio \$
7. EG		
Zuschüsse und Darlehen für Nahrungsmittel, Medizin, Agrar- und Städtebau	7 Mio \$	
8. BRD (lt. Zuschrift an Nicaragua-Nachrichten)		
An Somoza nicht ausgezahlte Entwicklungs- hilfe	10.5 Mio DM	
Soforthilfe	20 Mio DM	
Materielle Zuwendungen	4.5 Mio DM	
	35 Mio DM	
	= 20 Mio \$	
	428 Mio \$	509 Mio

Weitere in Aussicht gestellte Hilfe:

1. BCIE (Banco Centroamericana de Integración Económica)
(Bank des mittelamerikanischen gemeinsamen Marktes)
Sie will einen Fonds zur Projektfinanzierung ohne Einfluß auf
Ideologie oder Politik des Nehmerlandes errichten und Nicaragua
Kredite zu günstigen Bedingungen gewähren.
Hierzu muß die Bank aber erst höhere Zuschüsse von den USA
erhalten.

2. OAS beschloß die Errichtung eines Fonds zur Finanzierung des
Wiederaufbaus von Nicaragua (Organisation Amerikanischer
Staaten)

3. CMC will einen eigenen Fonds zum Ausgleich von Zahlungsbilanz-
ungleichgewichten gründen. Hierzu soll jedes Mitgliedsland
10 Mio \$ einzahlen. Außerdem sollen auf freiwilliger Basis Über-
schüsse an Währungsreserven in diesem Fonds angelegt werden. Der
Fonds soll Stabilisierungskredite mit Laufzeiten zwischen 1 und 8
Jahren gewähren. Es können Kredite bis zum Dreifachen der Einlage
beansprucht werden, bei Zustimmung aller Fondsmitglieder auch mehr
als das Sechsfache der Einzahlungen.

4. Auch der Andenpakt beschloß die Errichtung eines Fonds zugunsten
Nicaraguas.

5. Einige lateinamerikanische Länder wollen ihre Kreditlinien
für Exporte nach Nicaragua erhöhen. So hat Costa Rica bereits
eine Erhöhung um 25 Mio \$ zugesagt, Peru will um 10 Mio \$ erhöhen,
Mexiko um 4 Mio \$. Weitere Länder wollen folgen.

Quellen:

1. Infopress Centroamericana, Ausgaben ab Mai 1979
Hierin insbesondere:
"El problema Económico y Político Nicaragüense" (informe especial
por Mario Carpio Nicolle in Nr. 356 v. 23.8.79, S. I-VII
"Nicaragua- Balanza de Pagos 1978" in Nr. 344 v. 31.5., S. III-V
2. LA Economic Report April-Sept. '79
3. Nicaragua-Nachrichten 9/79
4. Monthly Bulletin of Statistics, July/August 1979
5. UN: Yearbook of National Account Statistics 1977
Vol I, New York 1978
6. IWF: Balance of Payments Yearbook 1977
Annual Reports 1975-1978
IMF-Survey 1979 Jan.-Sept.
7. Weltbank: "World Debt Tables I"- External Public Debt of
Developing Countries. Document of the World Bank, 2.9.7
8. "Internationale Organisationen und Abkommen im Bereich
Währung und Wirtschaft"-Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank '78
9. Aschinger, Franz: "Das Währungssystem des Westens"
Ffm 1973

Was bedeutet eigentlich...?

Leistungsbilanzsaldo: Unterschied zwischen Ausfuhren und Einfuhren
eines Landes an Gütern und Dienstleistungen (Frachtgebühren,
versicherungszahlungen...). Der Saldo ist negativ, wenn die
Importe höher sind.

Kapitalbilanzsaldo: Unterschied zwischen Krediten des Auslandes
an das Inland und inländischen Krediten an das Ausland.

Zahlungsbilanzsaldo: Summe von Leistungsbilanz- und Kapitalbilanz-
saldo. Um diesen Betrag erhöhen oder verringern sich die

Währungsreserven: Sie bestehen aus den Beständen der Zentralbank
an Währungsgold, Sonderziehungsrechten, international aner-
kannten Devisen und Guthaben im IWF. Zu den Währungsreserven
im weiteren Sinne gehören auch Kredite des IWF.

Sonderziehungsrechte: Internationales Geld zwischen Zentralbanken,
die mit der Zeit den Dollar als Währungsreserve ablösen sollen.
1 SZR hat den Wert von etwa 1,3 US-\$.

Fonds: Internationale Bank, in die die Mitgliedsländer Einlagen
einzahlen. Aus diesem Fonds werden Mitgliedern, die Geld brau-
chen, Kredite gewährt, die den Betrag ihrer Einlage wesentlich
übersteigen können.
Am Bekanntesten ist der Internationale Währungsfonds (IWF),
dem fast alle Länder der Welt (außer dem Ostblock) angehören.
Die Stimmenverhältnisse entsprechen hier der Höhe der glei-
chen Einzahlungen (Quote).

Nicaragua hat in den Fonds 44 Mio \$ eingezahlt. Vor der Auszahlung des neuen Kredits in Höhe von 22 Mio \$ betragen seine Schulden gegenüber dem Fonds 34 Mio \$, was etwa 72,5% der Quote entspricht. Die Darlehen des IWF sind in mehrere "Tranchen" aufgeteilt, die jeweils 32,5% der Quote ausmachen.

Nicaragua befand sich also in der dritten Tranche. Je höher die Tranche, desto strenger sind die finanziellen und wirtschaftspolitischen Bedingungen, die allerdings bei jeder Kreditaufnahme individuell mit dem IWF ausgehandelt werden.

Weltbank: Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Schwesterorganisation des IWF. Sie gewährt marktübliche Kredite, teilweise aber auch solche mit "weichen" Konditionen. Die Durchführung der finanzierten Projekte wird durch Zweigstellen der Weltbank überwacht.

IDA: Tochterorganisation der Weltbank, die den ärmsten Entwicklungsländern Kredite mit Laufzeiten bis zu 50 Jahren und 1 - 2 % Zinsen gewährt.

Stand-by-Kredit: Kreditzusage des IWF mit einer Laufzeit von maximal 12 Monaten, die nur im Eventualfall auch beansprucht werden kann, aber Voraussetzung für Kredite anderer internationalen Institutionen ist.

Zur Solidaritätsbewegung

Im Frühjahr 1978 haben sich die ersten fünf Solidaritätskomitees der BRD in Göttingen getroffen. Es wurde eine Plattform ausgearbeitet, deren wichtigster Punkt die Unterstützung der FSLN als Einheit war. Im Laufe des Jahres bildeten sich dreißig weitere Komitees, die auf regelmäßigen Treffen ihre Arbeit koordinieren und gemeinsame Beschlüsse fassen. Unter anderem einigten sich die Komitees darauf, für möglichst viele Organisationen und Gruppierungen offen zu bleiben. Im Rahmen der Solidaritätsarbeit wurden Veranstaltungen und Demonstrationen organisiert, Geld gesammelt und vor allen Dingen über die Lage in Nicaragua informiert.

Innerhalb der Komitees informierte man sich eingehender über die Geschichte und sozialpolitische Entwicklung des Landes, was als Grundlage für die Interpretation der aktuellen Ereignisse in Nicaragua diente. Die bisherige Solidaritätsarbeit wurde ohne großartige Beteiligung der Linken durchgeführt. Die Komitees der BRD weisen ein breites Spektrum politischer Richtungen auf und erhalten trotzdem eine relativ starke Kontinuität in ihrer Arbeit. Es wurde vieles von wenigen Leuten getan. Daher kam die inhaltliche Diskussion über die Entwicklung in Nicaragua nach dem militärischen Sieg zu kurz. Ebenfalls die Diskussion über das Selbstverständnis der Komitees und über den Stellenwert der Internationalismusarbeit hier.

Die Einsicht in die realen Verhältnisse und Schwierigkeiten in Nicaragua soll dazu führen, daß wir nicht den Fehler machen, unsere eigenen politischen Wunschvorstellungen auf die dortige Entwicklung zu übertragen, damit die Solidaritätsarbeit nicht auf Grund von Enttäuschung und Frustrationen zusammenbricht.

Auch auf europäischer Ebene arbeiten die Nicaragua-Komitees zusammen. Auf dem letzten Treffen Ende September wurden von Vertretern der FSLN, die aus Nicaragua angereist waren Projekte vorgestellt, die unterstützt werden sollen, d.h. finanziert werden müssen. Die Komitees haben die Aufgabe, Geldgeber und Organisationen anzusprechen, um diese Unterstützung zu gewährleisten. Sehr wichtig ist darüber hinaus, Druck auf die jeweiligen Regierungen auszuüben, damit der Regierung des Nationalen Wiederaufbaus bedingungslose Kredite und Soforthilfemaßnahmen gewährt werden. Ein Beispiel ist die folgende Postkarte an den Herrn Bundeskanzler, die beim Berliner Nicaragua Solidaritätskomitee (c/o KSG, Meineckestr. 12, 1 Berlin 15) bestellt werden kann.

Herr Schmidt

Seit geraumer Zeit zögert die BRD, Nicaragua bedingungslose finanzielle Hilfe zu geben. Bisher wurden von 20 Millionen versprochener "Soforthilfe" nur 2,1 Mill. DM in Form von humanitärer Hilfe gezahlt.

In Anbetracht der katastrophalen Situation in Nicaragua ist dies ein lächerlicher Betrag! Bei dem großen Erdbeben 1972 unterstützte die BRD das Somoza-Regime mit 35 Mill. DM!

- Die medizinische Versorgung tausender Verwundeter ist immer noch nicht gewährleistet, es fehlt an Medikamenten, Instrumenten, fahrbaren Ambulanzen.

Von 200 Tonnen täglich notwendiger Nahrungsmittel, kommen nur ca. 50 Tonnen an.

- Um Handel und Industrie in Gang zu bringen, benötigt die Zentralbank mindestens 150 Mill. Dollar für die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland. Bisher sind 60 Mill. Dollar vorhanden.

Die Hilfeleistungen des Auslandes sollten nicht den Charakter von Almosen haben, sondern sind eine Entschädigung für die vorherige Unterstützung des Somoza-Regimes.

Die Bevölkerung ist dabei, unter größten Schwierigkeiten das Land, die völlig zerstörten Städte wiederaufzubauen. Es wird versucht, die nationale Souveränität und die nationalen Interessen zu bewahren, und die natürlichen Reichtümer zu verteidigen.

Die völlig unzureichende Hilfe der Bundesregierung läßt vermuten, daß Nicaragua erst dann ein unterstützenswürdiges Land sein wird, wenn sich dort ein den bundesdeutschen Wirtschaftskreisen entsprechendes politisches System entwickelt hat.

Diese Postkarte ist eine Aufforderung an Sie, zu diesen Problemen öffentlich Stellung zu beziehen und sofort dafür zu sorgen, daß Nicaragua eine bedingungslose Soforthilfe in der Höhe, in der die sandinistische Regierung diese Hilfe anfordert, erhält.

Zwei sandinistische Revolutionäre

Tomas Borge und Daniel Ortega, zwei Führer der sandinistischen Bewegung und Mitglieder der neuen Regierung, sollen nachfolgend vorgestellt werden - stellvertretend für die zahlreichen Kämpfer gegen die Somoza-Diktatur.

Tomas Borge, der sandinistische Innenminister

"Karl Marx habe ich in meiner Jugend nicht gelesen. Später habe ich dann kaum Zeit zum Lesen gehabt. Das heißt nicht, daß wir Ignoranten auf dem Gebiet dieser wissenschaftlichen Literatur wären. Welcher Revolutionär kann nicht eingestehen, von Marx beeinflusst worden zu sein? Aber ich will auch nicht sagen, daß wir uns auf diesem Gebiet sehr gut auskennen," äußerte Borge gegenüber Le Monde. Beeinflusst wurde sein Denken von Sandino, Carlos Fonseca, dem Mitbegründer der FSLN, Rousseau, Victor Hugo, John Steinbeck und Lenins 'Staat und Revolution'. Borge versteht sich vor allem als Nicaraguenser, als Patriot, der "mit den Dogmen brechen und den eigenen Stil einer sandinistischen Revolution" schaffen will.

Vor 49 Jahren wurde er als Sohn eines armen Schreibwarenladenbesitzers in Matagalpa geboren, schloß sich 1958 den Widerstandsgruppen an, nahm an Guerrillaaktivitäten teil und gründete 1961 unter dem Einfluß der cubanischen Revolution zusammen mit Carlos Fonseca und Silvio Mayorga die FSLN. Doch anders als in Cuba folgte der Aufnahme des Kampfs nicht der rasche Sieg. Im Gegenteil mußte die FSLN 1963 in Patuca, 1966 in Pancasan und 1970 in Jinica schwere Verluste hinnehmen. Nach der spektakulären Geiselnahme vom September 1974 verstärkte Somoza die militärische Unterdrückung der Guerrilla in den nördlichen Bergen. Innerhalb der FSLN mehrten sich die Differenzen bezüglich der strategischen Überlegungen zur Erringung der Macht und führten innerhalb von drei Jahren zu den Abspaltungen der 'Proletarios' und 'Terceristas'. Als Fonseca und Mayorga bei Kämpfen erschossen wurden, galt Borge, Führer der 'Guerra Popular y Prolongada', fortan auch als historischer Führer der Sandinisten. Er wurde verhaftet, im Gefängnis von Tipitapa gefoltert und, wie es heißt, bei dem Versuch verstümmelt, ihn zur Entschlüsselung seines kodierten Adreßbuchs zu zwingen - vergeblich. Borge verfügte inzwischen

über ein solches Ansehen in der Bevölkerung, daß sich Somoza gezwungen sah, ihn im Fernsehen zum Beweis dafür vorzuführen, daß er noch lebte.

Am 24.8.78 wurde Borge durch die Besetzung des Regierungsgebäudes freigelassen. Borge soll den Verantwortlichen dieser Aktion, die zum Septemberaufstand führte, Eden Pastora dafür kritisiert haben, daß er während der Besetzung nicht noch weiterreichende Forderungen aufgestellt hat. Doch derjenige Borge, der diese Kritik äußerte, der im Kampf gegen die Somoza-Diktatur jahrelang Entbehrungen, Verfolgungen und Folterungen erlitt und die Massaker der Nationalgarde an der Bevölkerung erlebte, setzt sich heute entschieden gegen eine Rache an den Unterdrückern ein - keine Todesstrafe, keine Folterungen: "Wenn wir unsere Gefangenen foltern, welchen Unterschied gibt es dann zwischen ihnen und uns? In diesem Land wird es niemals wieder Folterungen geben." Als sein Folterer verhaftet und ihm vorgeführt wurde, ließ er sich von ihm Feuer geben und sagte zu ihm: "Deine Bestrafung ist, daß ich Dir sage: ich vergebe Dir." Verurteilung, aber keine Exekution, auch dort nicht, wo sie auf Massenversammlungen gefordert wurde.

Borge gilt als bescheidener Mensch. Auf Versammlungen spricht er mehr zu den Anwesenden als Reden zu halten. "Ich und Minister, stell Dir das nur mal vor...der Ausdruck Minister gefällt mir überhaupt nicht. In Wirklichkeit habe ich gar keine Zeit gehabt, überrascht zu sein. Am überraschtesten sind, glaube ich, die Somozisten über die Tatsache, so plötzlich entmacht zu sein." (nach Libération)

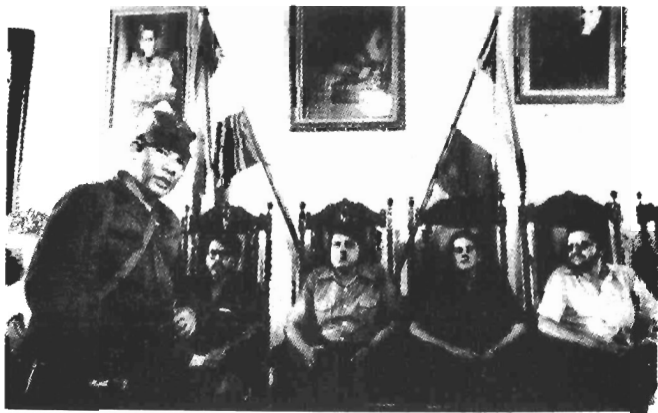
Mehr als die anderen Regierungsvertreter verkörpert Borge den militärischen und politischen Willen der sandinistischen Revolution. Statt Revolutionsexport "Export von Baumwolle und Poesie" und statt Übernahme ausländischer Wirtschaftsmodelle Rückkehr "zu den althergebrachten Gemeinschaften,... in einem modernen Kontext, in Übereinstimmung mit den neuen Errungenschaften".

Mit diesen Vorstellungen verhandelte er als der historische Führer der Sandinisten in der letzten Kampfphase mit den Unterhändlern der USA in Costa Rica, um eine Intervention zu verhindern und empfing als sandinistischer Innenminister den neuen US-Botschafter außerplanmäßig am Flughafen.

s. LN 54 und 70

Daniel Ortega, Sandinist in der Regierungsjunta

Daniel Ortega wurde 1945 in Managua geboren. Während seiner Schulzeit wurde er Führer der Oberschüler und mit 15 Jahren Mitglied der FSLN. 1965 ging er in den Untergrund. Sieben Jahre lang verbrachte er in den Gefängnissen Somozas, bis er im Dezember 1974 von dem Kommando "Juan José Quezada" befreit wurde. Fast ein Jahr verbrachte er daraufhin in Cuba, um sich 1975 wieder dem Kampf anzuschließen. Er organisierte den städtischen Widerstand, die Front "Carlos Fonseca Amador" im Norden und wurde zusammen mit seinem Bruder Humberto Ortega und Victor Tirado López einer der drei Führer der 'Terceristas'. Zwei weitere Brüder starben im Kampf gegen die Somoza-Diktatur. Mit der Wiedervereinigung der drei FSLN-Flügel wurden die Brüder Ortega Mitglieder der neuen Führung; Daniel wurde zudem Mitglied der provisorischen und heutigen Regierungsjunta als einziges FSLN-Mitglied, Humberto wurde nach dem Sieg zum Oberbefehlshaber der Sandinistischen Volksarmee Nicaraguas ernannt.



v.l.n.r.: Borge, Ortega, Ramirez, Chamorro, Robelo

ARGENTINIEN

Hintergründe der Militärrebellion

Am letzten Wochenende des September rebellierte der einflußreiche Chef des 3. Armeekorps in Córdoba, General Luciano Benjamín Menéndez, gegen die Heeresleitung in Buenos Aires. Mehrere Vorkommnisse der letzten Wochen gaben den direkten Anlaß zu dieser bisher härtesten Auseinandersetzung innerhalb rivalisierender Militärfraktionen im Heer. Doch die tieferen Ursachen liegen in unterschiedlichen Vorstellungen über die Repressions-, Wirtschafts- und Außenpolitik, sowie über die Behandlung der Gewerkschaften.

Direkter Anlaß der Rebellion waren:

1. General Menéndez wandte sich in scharfer Form gegen die Freilassung des Zeitungsverlegers, Jacobo Timerman. Der Oberste Gerichtshof hatte Timerman, der nach langer Haft seit einigen Monaten unter Hausarrest stand (vgl. die Affaire Graiver in CHILE Nachrichten Nr. 49 und 49^x), in der vorangegangenen Woche von dem Vorwurf freigesprochen, Kontakte zu den MONTONEROS gehabt zu haben. Vor dem Putsch im März 1976 zählte Timerman als Herausgeber der Zeitung "La Opinión" zu den engeren Vertrauten des damaligen Heeresoberbefehlshabers General Videla und war nach dem Putsch einer der intelligentesten und angesehensten Apologeten der Militärdiktatur. Die "Affaire Graiver" (ein junger Bankier, der Financier der MONTONEROS gewesen sein soll) und Timermans Verwicklung darin war in einer kombinierten Aktion von der Kriegsmarine unter Admiral Massera und der Menéndez-Fraktion im Heer zum Sturz Videlas lanciert worden. Timerman wurde verhaftet, der Pressesprecher General Videlas kam unter ungeklärten Umständen ums Leben. Die über die Freilassung Timermans heftig zerstrittene Armeeführung akzeptierte die Ausbürgerung Timermans nach Israel erst, als Präsident Videla mit seinem Rücktritt gedroht hatte.
2. Menéndez übte heftige Kritik am Besuch der OAS-(Organisation Amerikanischer Staaten)-Menschenrechtskommission. Dieser Besuch würde der "Subversion" nur eine größere Öffentlichkeit im Kampf gegen die argentinische Nation verschaffen. "Er (Menéndez) mißbilligte die Präsenz der Kommission als unverträgliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten" (afp/taz, 30.9.79).
3. Wenige Tage vor der Rebellion wurde das Haus des deutsch-stämmigen Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium, Guillermo Walter Klein, durch ein Bomben-Attentat der MONTONEROS zerstört, Klein und fünf weitere Familienmitglieder wurden schwer verletzt, zwei Leibwächter wurden getötet. Menéndez nahm dies zum Anlaß, Präsident Videla und Heeresoberbefehlshaber und Juntamitglied General Roberto Viola der "Nachlässigkeit gegenüber der marxistischen Subversion" zu bezichtigen, "den Zusammenhalt des Heeres zerstören und Personenkult zu betreiben" (FR, 1.10.79).

Putschgerüchte zirkulierten. Am Freitag, den 28.9., sollte in Córdoba eine Militärparade mit Manöverübungen stattfinden. Das Heereshauptquartier in Buenos Aires hatte dies aus Angst vor einem Putsch verboten. General Menéndez aber ließ am Freitagabend Truppen aufmarschieren und forderte in einer am Samstagmorgen um 3 Uhr eilig einberufenen Pressekonferenz den Rücktritt General Violas, weil er von den Zielen des Staatsstreiches von 1976 "abgewichen" sei (vgl. La Opinión, 1.10.79). Daraufhin ließ Viola General Menéndez absetzen und durch General Vaquero ersetzen. Menéndez verschanzte sich mit ca. 3000 Sol-

daten in der Unteroffiziersschule der Gendarmerie außerhalb Córdoba. Nach mehreren Vermittlungsversuchen flog er schließlich zu einem Gespräch mit Viola nach Buenos Aires und gab am Sonntagnachmittag auf.

Wer ist General Menendez

Menéndez stammt aus einer erz-katholischen Großgrundbesitzerfamilie der Provinz Córdoba, die ideologisch von klerikal-faschistischen, ständestaatlich orientierten katholischen Kreisen beeinflusst war. Zu den Freunden der Familie zählen Bischof Bonamín, stellvertretender Militärbischof, der Erzbischof von Paraná und oberste Militärbischof Adolfo Tortolo sowie der Bischof von San Luis, Sansierra - alle drei übelste antikommunistische kreuzzugsideologen, die wie Bonamín den Staatsterror mit Folter, Entführung und Ermordung tausender von Personen rechtfertigen als "Kampf zwischen den Aposteln des Lebens und den Arbeitern des Todes" (die Marxisten), Massenmord als Mysterium von Kreuzigung und Wiederauferstehung Jesu, Blutvergießen als Erlösung (vgl. ausführlicher ChN 36). Dies ist der ideologische Sumpf, in welchem die Familie Menéndez seit Jahrzehnten dachte und handelte: arbeiterfeindlich, antiperonistisch, katholisch-elitär.

Schon der Vater des rebellischen Generals, der General Benjamín Menéndez, putschte 1952 gemeinsam mit dem späteren Diktator General Lanusse, gegen die erste peronistische Regierung. Damals noch erfolglos. Drei Jahre später dann siegreich. Und im April 1973, kurz vor der Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie, versuchte Vater Menéndez erneut - diesmal gegen seinen einstigen Putschgefährten Lanusse - zu rebellieren, um die in den Wahlen vom März 1973 erfolgreichen Peronisten unter Héctor Cámpora an der Regierungsübernahme zu hindern. Wenig später, nach der Rückkehr Peróns aus dem spanischen Exil, beging der in den Ruhestand versetzte Benjamín Menéndez Selbstmord: erbittert über die Rückkehr seiner peronistischen Intimfeinde, die er zwei Jahrzehnte lang mit Folter und Mord bekämpft hatte.

Sein Sohn Luciano Benjamín - in ideologischer Nachfolge seines Vaters - tat sich ebenfalls durch besondere Grausamkeit im Kampf gegen die Peronisten hervor. Ende 1974 gründete er mit weiteren Offizieren und Polizisten die berüchtigten Todesschwadronen von Córdoba, die noch zu Zeiten der formalen Demokratie Hunderte von Personen entführte, folterte oder ermordete. Als Kommandant von Córdoba ließ er Streiks wie sein Vater beim Cordobazo 1969 mit Waffengewalt bekämpfen. Er wurde vom Volke der "Bluthund von Córdoba" genannt.

Menéndez gilt als der exponierteste Vertreter einer starken klerikal-faschistischen Militärfraktion in Abgrenzung zur rechtsextremen Fraktion der Generäle Videla und Viola. Zwar vertreten beide Fraktionen die Interessen der argentinischen Agraroligarchie; die Menéndez-Fraktion steht dabei eher den traditionellen Sektoren der Agraroligarchie der weniger fruchtbaren Agrarzonen der Zentral- und Nordwestprovinzen nahe, während die Videla-Viola-Fraktion der mit multinationalem Agro-Kapital verwickelten Agraroligarchie der fruchtbaren "feuchten Pampa" in den Provinzen Buenos Aires und Santa Fé verbunden ist.

Beide Fraktionen unterscheiden sich in vielen wichtigen nationalen Fragen nur in Nuancen. In der Repressionspolitik verfolgen sie dieselben Ziele. Menéndez ist für offenes Abschlagen aller Oppositionellen, Videla und Viola sind für verdecktes, selektives Morden. Menéndez tritt dafür ein, die diplomatischen Beziehungen zu solchen Ländern abzutren-



chen, die die Verletzung der Menschenrechte in Argentinien kritisieren. Menéndez möchte die Gewerkschaften ganz verbieten lassen, Videla/Viola möchten sie militärisch kontrollieren. Menéndez möchte einen argentinischen Ständestaat organisieren. Die Videla-Viola-Fraktion strebt eine gelenkte Demokratie unter militärischer Kontrolle an unter Ausschaltung aller links von der KP Argentinien stehenden Parteien. In der Wirtschaftspolitik lehnt die Menéndez-Fraktion den Handel mit den Ostblockländern ab, steht multinationalem Kapital reserviert gegenüber und fordert eine stärkere Förderung der nicht so finanzstarken Großgrundbesitzer der inneren Provinzen des Landes.

Die Videla-Viola-Fraktion hat sich auch bei dieser Auseinandersetzung durchsetzen können. Nachdem General Vilas als Chef des 5. Armeekorps in Bahía Blanca schon 1976 zwangsweise in den Ruhestand treten mußte und General Suarez Mason die Kommandantur des 1. Armeekorps in Buenos Aires mit dem Posten des einflusslosen Generalstabschefs tauschen mußte, ist nun auch der Kopf der klerikal-faschistischen Fraktion seines direkten militärischen Einflusses beraubt. Die 40 Stunden Militärrebellion Ende September verdeutlichten einmal mehr den schwindenden Einfluß dieser Fraktion. Nur ein einziger Brigadegeneral und nur wenige weitere Offiziere schlossen sich Menéndez an.

Montonero-Führer ermordet

Am 17. September wurden die beiden Montonero-Führer Armando Croatto und Horacio Menizabal entführt. Als sich internationale Organisationen und europäische Gewerkschaften dringend für die beiden einsetzten, gab das Oberkommando der Armee bekannt, dass beide bei einem Schusswechsel ums Leben gekommen seien.

Croatto arbeitete Ende der 60er Jahre in der oppositionellen Gewerkschaftszentrale Confederación General del Trabajo de los Argentinos mit. Nachdem er sich den Montoneros angeschlossen hatte, gehörte er zu den Organisatoren des Gewerkschaftsblocks der Bewegung. Nach dem Putsch von 1976 war er einer der Führer der Gewerkschaftszentrale im Widerstand CGT-R. Horacio Menizabal schloß sich zu Beginn der siebziger Jahre den Montoneros an. 1975 gehörte er zu den Organisatoren der Gewerkschaftskoordination, die die Vorläufer der späteren CGT-R waren. Seit 1976 war er in der Führung des militärischen Flügels der Montonero Bewegung.

Am gleichen Tag wurde auch der Peronist Regino A. González zusammen mit seiner Frau und seinen drei kleinen Töchtern (5, 4 und 3 Jahre) verschleppt. Auf die Intervention des spanischen Botschafters hin (Frau González ist Spanierin) gab die Armee bekannt, die Frau sei in ein Gefängnis verlegt worden, während die drei Mädchen zu gegebener Zeit ihren Angehörigen zurückgegeben würden. Über das Schicksal von R. González wurde nichts bekannt.

OAS untersucht Menschenrechtsverletzungen

Die Kommission der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zur Untersuchung der Situation der Menschenrechte in Argentinien hat ihre Arbeit mit einem ungewöhnlichen Schritt beendet: sie legte General Videla bereits vor Abfassung des offiziellen Untersuchungsberichts ein Memorandum vor, in dem die argentinische Regierung dazu aufgefordert wird, Maßnahmen zur besseren Beachtung der Menschenrechte zu ergreifen.

Während ihres Aufenthaltes in Argentinien vom 6. bis 20. September (vgl. LN 74) untersuchte die Interamerikanische Menschenrechtskommission vor Ort die Situation der Menschenrechte. Dazu führte sie einerseits Gespräche mit Vertretern der Regierung, aber auch mit oppositionellen Politikern wie Ricardo Balbín, dem Vorsitzenden der Radikalen Partei. Auch Gewerchaftsvertreter kamen zu Wort, und zwar gab es ein Gespräch mit dem ehemaligen Generalsekretär der Metallergewerkschaft UOM. Außerdem besuchten Kommissionsmitglieder mehrere Gefängnisse. Davon dürfte allerdings nicht viel Aufklärung zu erwarten sein, da die Diktatur sicherlich Möglichkeiten gefunden hat, die Spuren von Folterungen zu beseitigen.

Besonders wichtig für die Untersuchung der Situation der Menschenrechte waren die Aussagen von unmittelbar Betroffenen, von Angehörigen von Verschwundenen. Diese standen auch stundenlang Schlangen, um der Kommission ihre Erfahrungen berichten zu können. Die Regierung hatte zugesagt, keinerlei Repressalien gegenüber den Personen zu ergreifen, die ihre Anklagen vor der Kommission vortrugen. Aber bereits der Überfall auf Menschenrechtsbüros durch die Polizei kurz vor der Ankunft der OAS-Gruppe (vgl. LN 74) relativierte dieses Versprechen. Wie sich die Junta dann weiterhin daran hielt, zeigte der Film eines ARD-Teams: das Team filmte Agenten der Sicherheitskräfte, die die Wartenden vor dem OAS-Büro fotografierten.

Unter diesen Wartenden befand sich auch Adriana Lesgart, die Vorsitzende der Frauensektion der Montonero-Bewegung. Sie wollte der Kommission das Schicksal ihrer Geschwister erzählen, die beide von den Sicherheitsorganen der Diktatur verschleppt worden sind. Am 21. September – also ein Tag nach Beendigung der Arbeit der OAS-Kommission – wurde Adriana Lesgart entführt und ist seither verschwunden. Nach dem Bekanntwerden dieses Falls ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß auch die anderen Personen, die vor dem OAS-Büro identifiziert werden konnten, Repressalien zu befürchten haben.

Vorläufige Untersuchungsergebnisse

Die Kommission gab über die Ergebnisse ihrer Untersuchungen keinen offiziellen Kommentar ab. Der Bericht soll erst im nächsten Frühjahr der OAS vorgelegt und veröffentlicht werden, nachdem die Junta Gelegenheit hatte, zu den Ergebnissen Stellung zu nehmen.

Inoffiziell ließen jedoch Kommissionsmitglieder verlauten, man habe zahlreiche Beweise für eine fortgesetzte systematische Verletzung der Menschenrechte gefunden. Weiterhin würden politische Gegner verschleppt und gefoltert. Es gäbe auch wichtige Hinweise darauf, daß ein großer Teil der Verschwundenen von den Sicherheitskräften ermordet worden sei. So gäbe es wahrscheinlich auf drei Friedhöfen in der Umgebung von Buenos Aires Massengräber, in denen die Ermordeten, die offiziell noch als verschwunden gelten, verscharrt worden seien.

Die Untersuchungsergebnisse waren offensichtlich so erschreckend, daß sich die Kommission zu einem ungewöhnlichen Schritt entschloß: sie wartete nicht die endgültige Formulierung des Berichts ab, sondern legte dem Staatspräsidenten General Videla ein Memorandum vor. Im offiziellen Schlußkommuniqué der Kommission heißt es dazu: "... wegen der Dringlichkeit und Wichtigkeit (des Anliegens, d.Red.) hat die Kommission heute dem Präsidenten der Nation ein Dokument überreicht, das vorläufige Vorschläge zu bestimmten Angelegenheiten enthält, die einer sofortigen Aufmerksamkeit bedürfen." (Opinión, 21.9.79)

Trotz dieser überraschenden Aktion darf man wohl von dem offiziellen Bericht zur Situation der Menschenrechte in Argentinien keine allzu harte Anklage der Diktatur erwarten. In der OAS selbst sind zu viele Diktaturen versammelt, die selbst systematisch die Menschenrechte in ihren Ländern verletzen. Schon die Tatsache, daß unter den Kommissionsmitgliedern auch ein Vertreter Chiles war, legt die Vermutung nahe, daß der Bericht nur die schlimmsten Auswüchse der Repression angreifen wird. Darauf deutet auch ein Bericht hin, den Adriana Lesgart noch vor ihrer Entführung abfassen konnte, in dem sie kritisiert, daß bei den Befragungen den konservativen Kritikern der Diktatur offensichtlich der Vorrang vor Vertretern der radikaleren Opposition gegeben wurde.

Reaktionen in Argentinien

Die argentinische Presse berichtete sehr ausführlich über den Besuch der Menschenrechtskommission, allerdings so, daß über die inhaltliche Arbeit der Gruppe fast nichts bekannt wurde. Breiten Raum wurde dagegen Berichten eingeräumt, die die Arbeit der Kommission ins "rechte" Licht rücken.

Der Unternehmerverband der Provinz Buenos Aires versuchte der Kommission klarzumachen, daß in Argentinien wieder ein "Klima des Friedens, der Sicherheit und Gerechtigkeit (herrsche), das es den argentinischen Industriellen erlaubt, ihre Aufgaben normal zu erfüllen und dem ganzen Volk ermöglicht, in Ruhe und Freiheit zu leben." Auch der Erzbischof von San Luis, Ildefonso Sansierra sah es offensichtlich als seine Christenpflicht an, die Repression der Diktatur zu relativieren: "Niemand braucht zu akzeptieren, daß da jemand in sein eigenes Land kommt, um herumzuspüffeln... Die Menschenrechte gehören nicht nur denen, die Gefangene sind, sondern auch denen, die Angehörige durch die Aktionen der jetzigen Gefangenen verloren haben." (Opinión, 8.9.79)

Quellen: Latin America Political Report, Latin America Economic Report, Neue Zürcher Zeitung, Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung, La Opinión (Buenos Aires), Pressedienst des Movimiento Peronista Montonero

Gemeinderat von Konstanz will Argentinier aufnehmen

Der Gemeinderat der Stadt Konstanz hat am 20.9.79 beschlossen, bei Bund und Land Baden-Württemberg auf das Problem der politischen Gefangenen in Argentinien hinzuweisen und auf eine beschleunigte Aufnahme von 500 asylsuchenden Argentinern in die Bundesrepublik zu drängen.

Hintergrund dieses Beschlusses: Vor mehr als einem Jahr hat sich die Bundesregierung angesichts der breiten Solidaritätskampagne bei der Fußball-WM bereiterklärt, 500 politisch Verfolgte aus Argentinien aufzunehmen. Daraufhin stellten 500 politisch verfolgte Argentinier in den Gefängnissen Asylanträge. Doch bis heute konnte erst eine einzige Gefangene einreisen. 499 Menschen sitzen immer noch in den Gefängnissen einer der blutigsten Diktaturen, obwohl sie in der BRD Schutz hätten finden können. Durch ein schleppendes bürokratisches Vorgehen der zuständigen Behörden der BRD sowie durch detaillierte Sicherheitsüberprüfungen wird die Aufnahme der Gefangenen in unverantwortlicher Weise verzögert und verschleppt.

Das Chile- und Lateinamerika-Komitee Konstanz und Amnesty International Konstanz haben gemeinsam eine Unterschriftenkampagne durchgeführt. Bei Stadtständen, Ausländerfest, Jugendzentrumsveranstaltungen wurden über 700 Unterschriften gesammelt. Der Gemeinderat hat nicht nur eine Beschleunigung des Verfahrens gefordert. Es wurde ebenso die Bereitschaft erklärt, zwei oder drei Argentinier in der Stadt Konstanz aufzunehmen und Wohnraum und Arbeitsplätze für sie zur Verfügung zu stellen.

Die Unterstützung, die die Solidaritätsbewegung durch den Gemeinderat gefunden hat, ist in Baden-Württemberg besonders wichtig. Das Staatsministerium Baden-Württemberg hat nämlich verlauten lassen, daß argentinische Flüchtlinge ein Sicherheitsrisiko darstellen würden, das der Bevölkerung nicht unbegrenzt zugemutet werden könne. Die Konstanzer Bevölkerung und der Gemeinderat haben durch ihre Unterschriften und Beschlüsse ein Zeichen des Protests und der Solidarität mit politisch verfolgten Argentinern gesetzt. Um den Druck auf die Bundes- und Landesregierung verstärken zu können, wäre es wichtig, auch in anderen Städten solche Kampagnen durchzuführen.

**SPENDET FÜR DEN
WIDERSTAND
IN ARGENTINIEN**

★ ★ ★ ★

Pschk. Berlin-West E.Kohut Nr. 380 087-108
Kennwort: Argentinien - Hilfe

über ein solches Ansehen in der Bevölkerung, daß sich Somoza gezwungen sah, ihn im Fernsehen zum Beweis dafür vorzuführen, daß er noch lebte.

Am 24.8.78 wurde Borge durch die Besetzung des Regierungsgebäudes freigelassen. Borge soll den Verantwortlichen dieser Aktion, die zum Septemberaufstand führte, Eden Pastora dafür kritisiert haben, daß er während der Besetzung nicht noch weiterreichende Forderungen aufgestellt hat. Doch derjenige Borge, der diese Kritik äußerte, der im Kampf gegen die Somoza-Diktatur jahrelang Entbehrungen, Verfolgungen und Folterungen erlitt und die Massaker der Nationalgarde an der Bevölkerung erlebte, setzt sich heute entschieden gegen eine Rache an den Unterdrückern ein - keine Todesstrafe, keine Folterungen: "Wenn wir unsere Gefangenen foltern, welchen Unterschied gibt es dann zwischen ihnen und uns? In diesem Land wird es niemals wieder Folterungen geben." Als sein Folterer verhaftet und ihm vorgeführt wurde, ließ er sich von ihm Feuer geben und sagte zu ihm: "Deine Bestrafung ist, daß ich Dir sage: ich vergebe Dir." Verurteilung, aber keine Exekution, auch dort nicht, wo sie auf Massenversammlungen gefordert wurde.

Borge gilt als bescheidener Mensch. Auf Versammlungen spricht er mehr zu den Anwesenden als Reden zu halten. "Ich und Minister, stell Dir das nur mal vor...der Ausdruck Minister gefällt mir überhaupt nicht. In Wirklichkeit habe ich gar keine Zeit gehabt, überrascht zu sein. Am Überraschtesten sind, glaube ich, die Somozisten über die Tatsache, so plötzlich entmacht zu sein." (nach Libération)

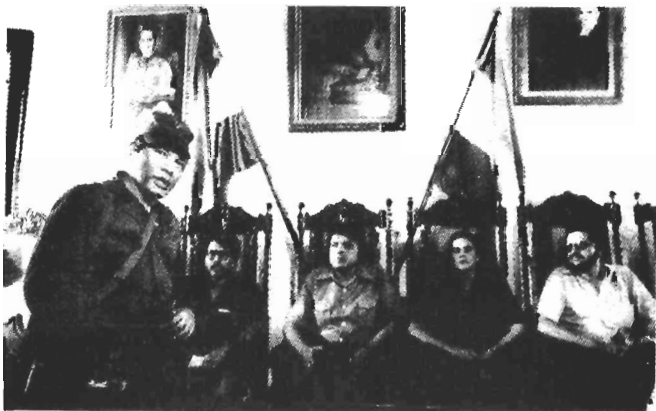
Mehr als die anderen Regierungsvertreter verkörpert Borge den militärischen und politischen Willen der sandinistischen Revolution. Statt Revolutionsexport "Export von Baumwolle und Poesie" und statt Übernahme ausländischer Wirtschaftsmodelle Rückkehr "zu den althergebrachten Gemeinschaften,... in einem modernen Kontext, in Übereinstimmung mit den neuen Errungenschaften".

Mit diesen Vorstellungen verhandelte er als der historische Führer der Sandinisten in der letzten Kampfphase mit den Unterhändlern der USA in Costa Rica, um eine Intervention zu verhindern und empfing als sandinistischer Innenminister den neuen US-Botschafter außerplanmäßig am Flughafen.

s. LN 64 und 70

Daniel Ortega, Sandinist in der Regierungsjunta

Daniel Ortega wurde 1945 in Managua geboren. Während seiner Schulzeit wurde er Führer der Oberschüler und mit 15 Jahren Mitglied der FSLN. 1965 ging er in den Untergrund. Sieben Jahre lang verbrachte er in den Gefängnissen Somozas, bis er im Dezember 1974 von dem Kommando "Juan José Quezada" befreit wurde. Fast ein Jahr verbrachte er daraufhin in Cuba, um sich 1975 wieder dem Kampf anzuschließen. Er organisierte den städtischen Widerstand, die Front "Carlos Fonseca Amador" im Norden und wurde zusammen mit seinem Bruder Humberto Ortega und Victor Tirado López einer der drei Führer der 'Terceristas'. Zwei weitere Brüder starben im Kampf gegen die Somoza-Diktatur. Mit der Wiedervereinigung der drei FSLN-Flügel wurden die Brüder Ortega Mitglieder der neuen Führung; Daniel wurde zudem Mitglied der provisorischen und heutigen Regierungsjunta als einziges FSLN-Mitglied, Humberto wurde nach dem Sieg zum Oberbefehlshaber der Sandinistischen Volksarmee Nicaraguas ernannt.



v.l.n.r.: Borge, Ortega, Ramirez, Chamorro, Robelo

ARGENTINIEN

Hintergründe der Militärrebellion

Am letzten Wochenende des September rebellierte der einflußreiche Chef des 3. Armeekorps in Córdoba, General Luciano Benjamín Menéndez, gegen die Heeresleitung in Buenos Aires. Mehrere Vorkommnisse der letzten Wochen gaben den direkten Anlaß zu dieser bisher härtesten Auseinandersetzung innerhalb rivalisierender Militärfraktionen im Heer. Doch die tieferen Ursachen liegen in unterschiedlichen Vorstellungen über die Repressions-, Wirtschafts- und Außenpolitik, sowie über die Behandlung der Gewerkschaften.

Direkter Anlaß der Rebellion waren:

1. General Menéndez wandte sich in scharfer Form gegen die Freilassung des Zeitungsverlegers, Jacobo Timerman. Der Oberste Gerichtshof hatte Timerman, der nach langer Haft seit einigen Monaten unter Hausarrest stand (vgl. die Affaire Graiver in CHILE Nachrichten Nr. 49 und 49^x), in der vorangegangenen Woche von dem Vorwurf freigesprochen. Kontakte zu den MONTONEROS gehabt zu haben. Vor dem Putsch im März 1976 zählte Timerman als Herausgeber der Zeitung "La Opinión" zu den engeren Vertrauten des damaligen Heeresoberbefehlshabers General Videla und war nach dem Putsch einer der intelligentesten und angesehensten Apologeten der Militärdiktatur. Die "Affaire Graiver" (ein junger Bankier, der Financier der MONTONEROS gewesen sein soll) und Timermans Verwicklung darin war in einer kombinierten Aktion von der Kriegsmarine unter Admiral Massera und der Menéndez-Fraktion im Heer zum Sturz Videlas lanciert worden. Timerman wurde verhaftet, der Pressesprecher General Videlas kam unter ungeklärten Umständen ums Leben. Die über die Freilassung Timermans heftig zerstrittene Armeeführung akzeptierte die Ausbürgerung Timermans nach Israel erst, als Präsident Videla mit seinem Rücktritt gedroht hatte.
2. Menéndez übte heftige Kritik am Besuch der OAS-(Organisation Amerikanischer Staaten)-Menschenrechtskommission. Dieser Besuch wurde der "Subversion" nur eine größere Öffentlichkeit im Kampf gegen die argentinische Nation verschaffen. "Er (Menéndez) mißbilligte die Präsenz der Kommission als unvermeidbare Einmischung in die inneren Angelegenheiten" (afp/taz, 30.9.79).
3. Wenige Tage vor der Rebellion wurde das Haus des deutsch-stämmigen Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium, Guillermo Walter Klein, durch ein Bomben-Attentat der MONTONEROS zerstört, Klein und fünf weitere Familienmitglieder wurden schwer verletzt, zwei Leibwächter wurden getötet. Menéndez nahm dies zum Anlaß, Präsident Videla und Heeresoberbefehlshaber und Juntamitglied General Roberto Viola der "Nachlässigkeit gegenüber der marxistischen Subversion" zu bezichtigen, "den Zusammenhalt des Heeres zerstören und Personenkult zu betreiben" (FR, 1.10.79).

Putschgerüchte zirkulierten. Am Freitag, den 28.9., sollte in Córdoba eine Militärparade mit Manöverübungen stattfinden. Das Heereshauptquartier in Buenos Aires hatte dies aus Angst vor einem Putsch verboten. General Menéndez aber ließ am Freitagabend Truppen aufmarschieren und forderte in einer am Samstagmorgen um 3 Uhr eilig einberufenen Pressekonferenz den Rücktritt General Violas, weil er von den Zielen des Staatsstreiches von 1976 "abgewichen" sei (vgl. La Opinión, 1.10.79). Daraufhin ließ Viola General Menéndez absetzen und durch General Vaquero ersetzen. Menéndez verschanzte sich mit ca. 3000 Sol-

daten in der Unteroffizierschule der Gendarmerie außerhalb Córdoba. Nach mehreren Vermittlungsversuchen flog er schließlich zu einem Gespräch mit Viola nach Buenos Aires und gab am Sonntagnachmittag auf.

Wer ist General Menéndez

Menéndez stammt aus einer erz-katholischen Großgrundbesitzerfamilie der Provinz Córdoba, die ideologisch von klerikal-faschistischen, ständestaatlich orientierten katholischen Kreisen beeinflusst war. Zu den Freunden der Familie zählen Bischof Bonamín, stellvertretender Militärbischof, der Erzbischof von Paraná und oberste Militärbischof Adolfo Tortolo sowie der Bischof von San Luis, Sansierra - alle drei übelste antikommunistische Kreuzzugsideologen, die wie Bonamín den Staatsterror mit Folter, Entführung und Ermordung tausender von Personen rechtfertigen als "Kampf zwischen den Aposteln des Lebens und den Arbeitern des Todes" (die Marxisten), Massenmord als Mysterium von Kreuzigung und Wiederauferstehung Jesu, Blutvergießen als Erlösung (vgl. ausführlicher CaN 36). Dies ist der ideologische Sumpf, in welchem die Familie Menéndez seit Jahrzehnten dachte und handelte: arbeitfeindlich, antiperonistisch, katholisch-elitär.

Schon der Vater des rebellischen Generals, der General Benjamín Menéndez, putschte 1952 gemeinsam mit dem späteren Diktator, General Lanusse, gegen die erste peronistische Regierung. Damals noch erfolglos. Drei Jahre später dann siegreich. Und im April 1973, kurz vor der Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie, versuchte Vater Menéndez erneut - diesmal gegen seinen einstigen Putschgefährten Lanusse - zu rebellieren, um die in den Wahlen vom März 1973 erfolgreichen Peronisten unter Héctor Cámpora an der Regierungsübernahme zu hindern. Wenig später, nach der Rückkehr Peróns aus dem spanischen Exil, beging der in den Ruhestand versetzte Benjamín Menéndez Selbstmord: erbittert über die Rückkehr seiner peronistischen Intimfeinde, die er zwei Jahrzehnte lang mit Folter und Mord bekämpft hatte.

Sein Sohn Luciano Benjamín - in ideologischer Nachfolge seines Vaters - tat sich ebenfalls durch besondere Grausamkeit im Kampf gegen die Peronisten hervor. Ende 1974 gründete er mit weiteren Offizieren und Polizisten die berüchtigten Todesschwadronen von Córdoba, die noch zu Zeiten der formalen Demokratie Hunderte von Personen entführte, folterte oder ermordete. Als Kommandant von Córdoba ließ er Streiks wie sein Vater beim Cordobazo 1969 mit Waffengewalt bekämpfen. Er wurde vom Volke der "Bluthund von Córdoba" genannt.

Menéndez gilt als der exponierteste Vertreter einer starken klerikal-faschistischen Militärfraktion in Abgrenzung zur rechtsextremen Fraktion der Generale Videla und Viola. Zwar vertreten beide Fraktionen die Interessen der argentinischen Agraroligarchie; die Menéndez-Fraktion steht dabei eher den traditionellen Sektoren der Agraroligarchie der weniger fruchtbaren Agrarzonen der Zentral- und Nordwestprovinzen nahe, während die Videla-Viola-Fraktion der mit multinationalem Agro-Kapital verquickten Agraroligarchie der fruchtbaren "feuchten Pampa" in den Provinzen Buenos Aires und Santa Fé verbunden ist.

Beide Fraktionen unterscheiden sich in vielen wichtigen nationalen Fragen nur in Nuancen. In der Repressionspolitik verfolgen sie dieselben Ziele. Menéndez ist für offenes Abschlagen aller Oppositionellen, Videla und Viola sind für verdecktes, selektives Morden. Menéndez tritt dafür ein, die diplomatischen Beziehungen zu solchen Ländern abubre-



chen, die die Verletzung der Menschenrechte in Argentinien kritisieren. Menéndez möchte die Gewerkschaften ganz verbieten lassen, Videla/Viola möchten sie militärisch kontrollieren. Menéndez möchte einen argentinischen Ständestaat organisieren. Die Videla-Viola-Fraktion strebt eine gelenkte Demokratie unter militärischer Kontrolle an unter Ausschaltung aller links von der KP Argentinien stehenden Parteien. In der Wirtschaftspolitik lehnt die Menéndez-Fraktion den Handel mit den Ostblockländern ab, steht multinationalem Kapital reserviert gegenüber und fordert eine stärkere Förderung der nicht so finanzstarken Großgrundbesitzer der inneren Provinzen des Landes.

Die Videla-Viola-Fraktion hat sich auch bei dieser Auseinandersetzung durchsetzen können. Nachdem General Vilas als Chef des 5. Armeekorps in Bahía Blanca schon 1976 zwangsweise in den Ruhestand treten mußte und General Suarez Mason die Kommandantur des 1. Armeekorps in Buenos Aires mit dem Posten des einflußlosen Generalstabschefs tauschen mußte, ist nun auch der Kopf der klerikal-faschistischen Fraktion seines direkten militärischen Einflusses beraubt. Die 40 Stunden Militärrebellion Ende September verdeutlichten einmal mehr den schwindenden Einfluß dieser Fraktion. Nur ein einziger Brigadegeneral und nur wenige weitere Offiziere schlossen sich Menéndez an.

Montonero-Führer ermordet

Am 17. September wurden die beiden Montonero-Führer Armando Croatto und Horacio Menizabal entführt. Als sich internationale Organisationen und europäische Gewerkschaften dringend für die beiden einsetzten, gab das Oberkommando der Armee bekannt, dass beide bei einem Schusswechsel ums Leben gekommen seien.

Croatto arbeitete Ende der 60er Jahre in der oppositionellen Gewerkschaftszentrale Confederación General del Trabajo de los Argentinos mit. Nachdem er sich den Montoneros angeschlossen hatte, gehörte er zu den Organisatoren des Gewerkschaftsblocks der Bewegung. Nach dem Putsch von 1976 war er einer der Führer der Gewerkschaftszentrale im Widerstand CGT-R. Horacio Mendizabal schloß sich zu Beginn der siebziger Jahre den Montoneros an. 1975 gehörte er zu den Organisatoren der Gewerkschaftskoordination, die die Vorläufer der späteren CGT-R waren. Seit 1976 war er in der Führung des militärischen Flügels der Montonero Bewegung.

Am gleichen Tag wurde auch der Peronist Regino A. González zusammen mit seiner Frau und seinen drei kleinen Töchtern (5, 4 und 3 Jahre) verschleppt. Auf die Intervention des spanischen Botschafters hin (Frau González ist Spanierin) gab die Armee bekannt, die Frau sei in ein Gefängnis verlegt worden, während die drei Mädchen zu gegebener Zeit ihren Angehörigen zurückgegeben würden. Über das Schicksal von R. González wurde nichts bekannt.

OAS untersucht Menschenrechtsverletzungen

Die Kommission der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zur Untersuchung der Situation der Menschenrechte in Argentinien hat ihre Arbeit mit einem ungewöhnlichen Schritt beendet: sie legte General Videla bereits vor Abfassung des offiziellen Untersuchungsberichts ein Memorandum vor, in dem die argentinische Regierung dazu aufgefordert wird, Maßnahmen zur besseren Beachtung der Menschenrechte zu ergreifen.

Während ihres Aufenthaltes in Argentinien vom 6. bis 20. September (vgl. auch LN 74) untersuchte die Interamerikanische Menschenrechtskommission vor Ort die Situation der Menschenrechte. Dazu führte sie einerseits Gespräche mit Vertretern der Regierung, aber auch mit oppositionellen Politikern wie Ricardo Balbín, dem Vorsitzenden der Radikalen Partei. Auch Gewerkschaftsvertreter kamen zu Wort, und zwar gab es ein Gespräch mit dem ehemaligen Generalsekretär der Metallergewerkschaft UOM. Außerdem besuchten Kommissionsmitglieder mehrere Gefängnisse. Davon dürfte allerdings nicht viel Aufklärung zu erwarten sein, da die Diktatur sicherlich Möglichkeiten gefunden hat, die Spuren von Folterungen zu beseitigen.

Besonders wichtig für die Untersuchung der Situation der Menschenrechte waren die Aussagen von unmittelbar Betroffenen, von Angehörigen von Verschwundenen. Diese standen auch stundenlang Schlangen, um der Kommission ihre Erfahrungen berichten zu können. Die Regierung hatte zugesagt, keinerlei Repressalien gegenüber den Personen zu ergreifen, die ihre Anklagen vor der Kommission vortrugen. Aber bereits der Überfall auf Menschenrechtsbüros durch die Polizei kurz vor der Ankunft der OAS-Gruppe (vgl. LN 74) relativierte dieses Versprechen. Wie sich die Junta dann weiterhin daran hielt, zeigte der Film eines ARD-Teams: das Team filmte Agenten der Sicherheitskräfte, die die Wartenden vor dem OAS-Büro fotografierten.

Unter diesen Wartenden befand sich auch Adriana Lesgart, die Vorsitzende der Frauensektion der Montonero-Bewegung. Sie wollte der Kommission das Schicksal ihrer Geschwister erzählen, die beide von den Sicherheitsorganen der Diktatur verschleppt worden sind. Am 21. September – also ein Tag nach Beendigung der Arbeit der OAS-Kommission – wurde Adriana Lesgart entführt und ist seither verschwunden. Nach dem Bekanntwerden dieses Falls ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß auch die anderen Personen, die vor dem OAS-Büro identifiziert werden konnten, Repressalien zu befürchten haben.

Vorläufige Untersuchungsergebnisse

Die Kommission gab über die Ergebnisse ihrer Untersuchungen keinen offiziellen Kommentar ab. Der Bericht soll erst im nächsten Frühjahr der OAS vorgelegt und veröffentlicht werden, nachdem die Junta Gelegenheit hatte, zu den Ergebnissen Stellung zu nehmen.

Inoffiziell ließen jedoch Kommissionsmitglieder verlauten, man habe zahlreiche Beweise für eine fortgesetzte systematische Verletzung der Menschenrechte gefunden. Weiterhin würden politische Gegner verschleppt und gefoltert. Es gäbe auch wichtige Hinweise darauf, daß ein großer Teil der Verschwundenen von den Sicherheitskräften ermordet worden sei. So gäbe es wahrscheinlich auf drei Friedhöfen in der Umgebung von Buenos Aires Massengräber, in denen die Ermordeten, die offiziell noch als verschwunden gelten, verscharrt worden seien.

Die Untersuchungsergebnisse waren offensichtlich so erschreckend, daß sich die Kommission zu einem ungewöhnlichen Schritt entschloß: sie wartete nicht die endgültige Formulierung des Berichts ab, sondern legte dem Staatspräsidenten General Videla ein Memorandum vor. Im offiziellen Schlußkommuniqué der Kommission heißt es dazu: "... wegen der Dringlichkeit und Wichtigkeit (des Anliegens, d.Red.) hat die Kommission heute dem Präsidenten der Nation ein Dokument überreicht, das vorläufige Vorschläge zu bestimmten Angelegenheiten enthält, die einer sofortigen Aufmerksamkeit bedürfen." (Opinión, 21.9.79)

Trotz dieser überraschenden Aktion darf man wohl von dem offiziellen Bericht zur Situation der Menschenrechte in Argentinien keine allzu harte Anklage der Diktatur erwarten. In der OAS selbst sind zu viele Diktaturen versammelt, die selbst systematisch die Menschenrechte in ihren Ländern verletzen. Schon die Tatsache, daß unter den Kommissionsmitgliedern auch ein Vertreter Chiles war, legt die Vermutung nahe, daß der Bericht nur die schlimmsten Auswüchse der Repression angreifen wird. Darauf deutet auch ein Bericht hin, den Adriana Lesgart noch vor ihrer Entführung abfassen konnte, in dem sie kritisiert, daß bei den Befragungen den konservativen Kritikern der Diktatur offensichtlich der Vorrang vor Vertretern der radikaleren Opposition gegeben wurde.

Reaktionen in Argentinien

Die argentinische Presse berichtete sehr ausführlich über den Besuch der Menschenrechtskommission, allerdings so, daß über die inhaltliche Arbeit der Gruppe fast nichts bekannt wurde. Breiten Raum wurde dagegen Berichten eingeräumt, die die Arbeit der Kommission ins "rechte" Licht rücken.

Der Unternehmerverband der Provinz Buenos Aires versuchte der Kommission klarzumachen, daß in Argentinien wieder ein "Klima des Friedens, der Sicherheit und Gerechtigkeit (herrsche), das es den argentinischen Industriellen erlaubt, ihre Aufgaben normal zu erfüllen und dem ganzen Volk ermöglicht, in Ruhe und Freiheit zu leben." Auch der Erzbischof von San Luis, Ildefonso Sansierra sah es offensichtlich als seine Christenpflicht an, die Repression der Diktatur zu relativieren: "Niemand braucht zu akzeptieren, daß da jemand in sein eigenes Land kommt, um herumzuschneffeln... Die Menschenrechte gehören nicht nur denen, die Gefangene sind, sondern auch denen, die Angehörige durch die Aktionen der jetzigen Gefangenen verloren haben." (Opinión, 8.9.79)

Quellen: Latin America Political Report, Latin America Economic Report, Neue Zürcher Zeitung, Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung, La Opinión (Buenos Aires), Pressedienst des Movimiento Peronista Montonero

Gemeinderat von Konstanz will Argentinier aufnehmen

Der Gemeinderat der Stadt Konstanz hat am 20.9.79 beschlossen, bei Bund und Land Baden-Württemberg auf das Problem der politischen Gefangenen in Argentinien hinzuweisen und auf eine beschleunigte Aufnahme von 500 asylsuchenden Argentinern in die Bundesrepublik zu drängen.

Hintergrund dieses Beschlusses: Vor mehr als einem Jahr hat sich die Bundesregierung angesichts der breiten Solidaritätskampagne bei der Fußball-WM bereiterklärt, 500 politisch Verfolgte aus Argentinien aufzunehmen. Daraufhin stellten 500 politisch verfolgte Argentinier in den Gefängnissen Asylanträge. Doch bis heute konnte erst eine einzige Gefangene einreisen. 499 Menschen sitzen immer noch in den Gefängnissen einer der blutigsten Diktaturen, obwohl sie in der BRD Schutz hätten finden können. Durch ein schleppendes bürokratisches Vorgehen der zuständigen Behörden der BRD sowie durch detaillierte Sicherheitsüberprüfungen wird die Aufnahme der Gefangenen in unverantwortlicher Weise verzögert und verschleppt.

Das Chile- und Lateinamerika-Komitee Konstanz und Amnesty International Konstanz haben gemeinsam eine Unterschriftenkampagne durchgeführt. Bei Stadtständen, Ausländerfest, Jugendzentrumsveranstaltungen wurden über 700 Unterschriften gesammelt. Der Gemeinderat hat nicht nur eine Beschleunigung des Verfahrens gefordert. Es wurde ebenso die Bereitschaft erklärt, zwei oder drei Argentinier in der Stadt Konstanz aufzunehmen und Wohnraum und Arbeitsplätze für sie zur Verfügung zu stellen.

Die Unterstützung, die die Solidaritätsbewegung durch den Gemeinderat gefunden hat, ist in Baden-Württemberg besonders wichtig. Das Staatsministerium Baden-Württemberg hat nämlich verlauten lassen, daß argentinische Flüchtlinge ein Sicherheitsrisiko darstellen würden, das der Bevölkerung nicht unbegrenzt zugemutet werden könne. Die Konstanzer Bevölkerung und der Gemeinderat haben durch ihre Unterschriften und Beschlüsse ein Zeichen des Protests und der Solidarität mit politisch verfolgten Argentinern gesetzt. Um den Druck auf die Bundes- und Landesregierung verstärken zu können, wäre es wichtig, auch in anderen Städten solche Kampagnen durchzuführen.

SPENDET FÜR DEN WIDERSTAND IN ARGENTINIEN

★ ★ ★ ★

Pschk. Berlin-West E.Kohut Nr. 380 087-108

Kennwort: Argentinien - Hilfe

Die Wirtschaftskrise verschärft sich

Zum Hauptproblem der bolivianischen Wirtschaft droht sich z.Zt. der von den USA angekündigte Verkauf von 35.000 Tonnen Zinn auf dem Weltmarkt zu entwickeln. Dieses Zinn gehört zu den strategischen Reserven der USA, die sie während des 2. Weltkrieges zu Preisen von 1 US Dol./Pfund von Bolivien erworben haben und nun für 7 Dol./Pf. verkaufen wollen. Dies würde einen enormen Preissturz hervorrufen und hätte für die bolivianische Wirtschaft, die extrem vom Zinn abhängig ist, katastrophale Folgen. Zur Verdeutlichung einige Zahlen: Bolivien produziert jährlich 30 Mill. Tonnen Zinn; Zinnexporte machen 50 % der gesamten Exporteinnahmen aus, ein Sinken des Zinnpreises von nur 10 cents würde für Bolivien jährlich 6 Mill. US Dollar Verlust bedeuten.

Die Androhung des Zinnverkaufs rief in Bolivien Proteste aller polit. Kräfte hervor. Von der COB über Walter Guevara bis zu Ex-Diktator Banzer überboten sich alle Gruppen in antiimperialistischen Äußerungen. So schrieb Banzer bereits einen empörten Brief an Carter und die Regierung beschloß, das Problem bei internationalen Organisationen wie UNO und OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) vorzubringen. Die COB veranstaltete am 20.9. eine Protestdemonstration in La Paz.

Jedoch auch wenn der Zinnverkauf verhindert werden kann, befindet sich die bolivianische Wirtschaft weiterhin in einer schweren Krise. Das Jahr 1979 wird erwartungsgemäß das höchste Zahlungs-

defizit in der Geschichte des Landes aufweisen (350 Mill. US \$, 3mal so viel wie 1978). Weiterhin besteht ein enormes Haushaltsdefizit der Zentralregierung und der öffentlichen Unternehmen (die beiden wichtigsten, COMIBOL, die Bergwerksgesellschaft, und YFPB, die Ölgesellschaft, stehen kurz vor dem Bankrott). Die Exporte stagnieren und enorme Schuldenbelastungen sollen abgezahlt werden. Gleichzeitig steigen die Lebenshaltungskosten ständig an (Inflation von ca. 30 %) und ziehen entsprechende Lohn- und Gehaltsforderungen nach sich.



Dementsprechend äußerte sich der Präsident der Zentralbank kürzlich in dem Sinne, daß dringend wirtschaftliche Maßnahmen ergriffen werden müßten, weil die augenblickliche prekäre "Stabilität" nicht unbeschränkt lange aufrecht erhalten werden kann.

Die Regierung bereitet nun für November dieses Jahres ein Paket von wirtschaftlichen Maßnahmen vor. Ein Dekret hat sie jedoch bereits im Voraus erlassen. Es bestimmt die Errichtung eines vorherigen Depots von 500 % auf alle Importe von Luxusgütern (über 600 Artikel werden genannt). Dies soll eine Einschränkung der Importe bewirken und so zur Devisensparnis führen. Die COB hat diese Maßnahme zunächst begrüßt, jedoch zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme 3 zusätzliche Maßnahmen gefordert:



- Beendigung der Rückzahlung der Auslandsschuld an die USA
- Strikte Kontrolle des Wechselkurses
- Staatliches Monopol des Aussenhandels.

Der Unternehmerverband dagegen hat massiv gegen das Dekret protestiert, mit der Behauptung, es treibe die Inflation voran. Daraufhin fand auch bereits ein Treffen zwischen Regierung und Unternehmerverband statt und die Regierung erklärte, daß sie evtl. bereit sei, die Maßnahme zurückzunehmen.

Was das Problem der Auslandsverschuldung anbelangt, so ist eine Kommission eifrig damit beschäftigt, mit den Gläubigern eine Neufinanzierung der Verschuldung auszuhandeln.

Die Gewerkschaften werden sich darum bemühen, daß die Folgen der Wirtschaftskrise nicht voll auf die Arbeiter abgewälzt werden (was man sicherlich versuchen wird) und werden in diesem Sinn für den lebensnotwendigen Mindestlohn von 5000 Pesos (= 500 DM) kämpfen.

Es fanden bereits erste Streiks in den Bergwerken und in einigen Fabriken statt. Dabei ging es hauptsächlich um das Fehlen von Grundnahrungsmitteln in den mineigenen Läden und die Preiserhöhungen.

Es bleibt abzuwarten, welche genauen Wirtschaftsmaßnahmen die Regierung Guevara trifft, und wie die Gewerkschaften darauf reagieren.



Quellen: Presencia, Coyuntura, LAPR, Sango Info, La Mentira

10 Tote durch radioaktive Experimente

Am "Bolivianischen Institut für Höhenbiologie" wurden Experimente mit radioaktiven Substanzen an Arbeitslosen durchgeführt, die inzwischen bereits zu 10 Toten und Dutzenden von Verletzten geführt haben.

Das Institut für Höhenbiologie (IBBA) wurde mit finanzieller und technischer Unterstützung der französischen Regierung errichtet und beschäftigt mehrere französische Ärzte. Die Einrichtungen des Institutes sind allerdings völlig unzureichend, da ein großer Teil der technischen Ausrüstung bereits in privaten und halbstaatlichen Laboratorien in Frankreich blieb und gar nicht erst nach Bolivien gelangte.

Für seine Experimente suchte sich das Institut Arbeitslose aus den Elendsvierteln von La Paz, die bereit waren, sich für 100 Pesos (= 10 DM) den Experimenten zur Verfügung zu stellen. Ihnen wurden radioaktive Substanzen injiziert, unter absolut unzureichenden Schutzvorkehrungen und in teilweise tödlicher Dosis. Die Patienten wußten nichts von der Gefährlichkeit der Experimente, denen sie sich unterzogen, und waren aufgrund ihrer wirtschaftlichen Notlage dazu bereit, diese Möglichkeit des Verdienstes zu nutzen. Das Ergebnis dieses Verhaltens waren 5 Tote und Dutzende von Verletzten. Nicht ohne Grund erinnern wohl solche Methoden an gewisse Praktiken in den KZs des Dritten Reichs.

Jedoch auch die Angestellten des Instituts waren gezwungen, unter völlig unzureichenden Bedingungen mit dem radioaktiven Material umzugehen. Einer der Ärzte des Instituts, Gerardo Antezana, ist hierdurch geistig krank geworden, da die Radioaktivität bei ihm Gehirnzellen abgetötet hat. Die Mitarbeiterin des Instituts, Amparo Ferrufino de Coca, war in den ersten Monaten ihrer Schwangerschaft der Strahlung ausgesetzt. Das Kind starb 20 Tage nach der Geburt.

All das erklärte der bolivianische Arzt Luis Briancon Betram, beschäftigt an der Universität von La Paz, der inzwischen schon seit mehreren Jahren auf die Zustände am Institut hinweist. Nunmehr werden seine Anklagen von verschiedenen Persönlichkeiten Boliviens unterstützt, und eine offizielle Untersuchung soll eingeleitet werden. Die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, wird allerdings schwierig sein. Einer der Hauptschuldigen, der Franzose Coudert, hat sich bereits auf seine diplomatische Immunität zurückgezogen. Außerdem befürchtet Briancon, daß das Institut Akten und Hinweise auf Schuldige vernichten wird.

Quellen: TAZ, Uno mas Uno

Teile und herrsche

Der Zerfall der politischen Opposition Brasiliens in mehrere Parteien und Gruppen ist unaufhaltsam. Er wurde noch beschleunigt durch die Rückkehr der von der Teil-Amnestie begünstigten Politiker aus jahrelangem Exil. Das Regime des Staatspräsidenten General Figueiredo versucht, durch geschickte Steuerung der politischen "Öffnung" die Fortdauer der eigenen Herrschaft zu sichern. Dabei sieht es sich wachsenden sozialen Unruhen und heftiger Kritik aus den Reihen rechter Militärs gegenüber.

Am 8. Oktober verkündete Informationsminister Said Farnhat in Rio de Janeiro, daß die beiden bisher einzigen politischen Parteien Brasiliens, die "Arena" (Allianz der nationalen Erneuerung) und das MDB (Demokratische Bewegung Brasiliens als geduldete Oppositionspartei) demnächst aufgelöst würden. Ein entsprechender Gesetzesentwurf des Präsidenten Figueiredo soll noch Mitte Oktober vorgelegt und bis spätestens Mitte November vom Kongreß verabschiedet werden. An der Annahme dieses Gesetzesentwurfs ist kaum zu zweifeln, da die Arena in beiden Häusern des Kongresses über die absolute Mehrheit verfügt.

Noch wenige Tage zuvor hatte der Präsident bei einem Treffen mit führenden Arena-Politikern angekündigt, daß nach der Aufgabe des Zwei-Parteien-Systems nur eine offizielle Regierungspartei zugelassen würde. Da auch in der Arena die Einigkeit nicht sehr groß ist, aber alle Fraktionen und Klüngel sehr daran interessiert sind, an den Fleischtopfen und Gunstbeweisen der Regierung weiterhin teilzuhaben, nahm Figueiredo Zuflucht zu Drohungen, die in ihrer Deutlichkeit nichts zu wünschen lassen und zeigen, wie weit die "langsame, aber sichere Demokratisierung" gehen darf: "Es ist entscheidend, vereinigt zu bleiben", sagte der Präsident, "damit nicht als Ergebnis der Liberalisierungspolitik und des Anwachsens sozialer Spannungen ein Eingreifen der Armee nötig wird."

Wenn jetzt auch die Arena aufgelöst werden soll, so kann das Ergebnis sein, daß sie unter neuem Namen direkt wiederaufersteht. Es ist auch möglich, daß sich zwei oder mehr Koalitionen von Provinz-Caudillos unter den alten Namen der herkömmlichen bürgerlichen Parteien Brasiliens bilden, die miteinander um die Gunst des Militärregimes wetten. In jedem Fall hofft die Regierung, mehr Parlamentarier vom äußersten rechten Flügel des MDB auf ihre Seite ziehen zu können, als Arena-Leute ins Lager der Opposition abzuwandern. Die ganze Reform des Parteien-Systems zielt denn auch eindeutig und erklärtermaßen auf die Zerschlagung und Zersplitterung der Oppositionspartei MDB, deren wachsende Wahlerfolge seit 1974 nur noch durch Manipulationen des Wahlsystems gebremst und neutralisiert werden konnten.

Das MDB hatte allerdings nie etwas anderes dargestellt als ein großes Sammelbecken unterschiedlichster politischer Strömungen. Bei einer Bandbreite, die von extrem konservativen Kräften bis

zu Kommunisten und Linksradikalen, von reichen Bankiers bis zu klassebewußten Gewerkschaftsführern und elend lebenden Slumbewohnern reichte, konnte der Zusammenhalt nur dadurch bewahrt werden, daß die Forderungen nach politischen Freiheiten und Rechten, nach Amnestie und Verfassungsgebender Versammlung in den Vordergrund gestellt wurden. In dem Maße, in dem diese Forderungen wenigstens teilweise erfüllt wurden und die gewonnenen Freiheiten im Kampf für wirtschaftliche und soziale Ziele eingesetzt werden können, ist dieser Zusammenhalt immer mehr verlorengegangen.

Sieht man einmal von der extremen Rechten des MDB um den Gouverneur von Rio de Janeiro, Chagas Freitas, ab, die schon bisher die Regierung der Militärs unterstützt hat, so ist es vor allem eine größere Gruppe von Parlamentariern um den Senator Tancredo Neves, die eine größere Distanz zu den verschiedenen Linken innerhalb des MDB sucht. Diese Unabhängigen wollen als "Linke Mitte" eine "verantwortliche" Oppositionspartei gründen, die als Alternative auch von den Militärs akzeptiert werden könnte. Diese Gruppe rechnet auf Übertritte von Seiten der bisherigen Arena und erfüllt in jedem Fall die von der Regierung gesetzten Kriterien für die Gründung einer Partei.

Brizola, Arraes und die Kommunisten

Die Bemühungen, von den Militärs als "verantwortlich" und "respektabel" akzeptiert zu werden, sind fast noch größer bei Leonel Brizola, dem von der Sozialistischen Internationale unterstützten Führer des brasilianischen Trabalhismo (einer Art populistischer Labour Party), der nach 15 Jahren des Exils dank der Teilamnestie jetzt nach Brasilien zurückkehren konnte.

Der von Brizola geplante triumphale Empfang wurde allerdings zu einem großen Reifall. Zu seiner Begrüßung in der kleinen Stadt São Borja im Staat Rio Grande do Sul, wo die beiden populistischen Präsidenten Getulio Vargas und João Goulart (Brizolas Schwiegervater) begraben sind, erschienen statt der erwarteten 30 000 Leute ganze 3 000. Zur gleichen Zeit fand in Porto Alegre, einst Brizolas Hochburg, ein Streik von Bankangestellten statt, der von der Regierung für illegal erklärt wurde. So wurde Brizola die Schau gestohlen. Während die Politiker des MDB, die Gewerkschaften und die Bevölkerung den Kampf der Bankangestellten unterstützten, sprach Brizola von der Notwendigkeit des Dialogs nach allen Seiten und von dem Mangel an historischem Bewußtsein bei den Gewerkschaften. Einem staunenden Publikum, das die ganzen letzten Jahre politischer und sozialer Kämpfe mitgemacht hatte, versuchte er klarzumachen, daß wirkliche Opposition gegen das Militärregime gar nicht stattgefunden habe in den letzten 15 Jahren, daß das MDB dafür auch nicht taugte und daß erst mit seiner Rückkehr die Bedingungen für eine grundsätzliche Wende gegeben seien.

Ganz anders war der Empfang, der dem ehemaligen Gouverneur von Pernambuco, Miguel Arraes, eine Woche später (Mitte September) nach 14 Jahren algerischem Exil zuerst in Rio de Janeiro, dann in Recife bereitet wurde. Zehntausende kamen zu seiner Begrüßung auf die Flughäfen, wo Arraes auf Schultern gehoben und umjubelt wurde: "Arraes, der Vorkämpfer der Freiheit und Freund der Unterdrückten, ist zurückgekehrt!"

Arraes ließ keinen Zweifel daran, daß er nach wie vor in heftiger Opposition zum Militärregime steht, erkannte die Leistungen der Opposition in Brasilien an und forderte alle linken Kräfte auf, im MDB vereint zu bleiben.

Die Aufrechterhaltung der Einheit des MDB ist vor allem auch eine

Sorge der brasilianischen Kommunisten, deren erste Rückkehrer aus dem Exil wiederum eine Woche später in Rio de Janeiro eintrafen, wo sie von einer kleinen Freundesschar unter den wachsamen Augen der Polizei willkommen geheißen wurden. Die Rückkehr des legendären, nun schon 32 Jahre alten Parteiführers Luis Carlos Prestes aus Moskau wird für Mitte Oktober erwartet.

Die Kommunistische Partei (PCB), die seit ihrer Gründung im Jahre 1922 nur zwei Jahre legalen Lebens gehabt hat und schon seit 1957 verboten ist, dringt aus verständlichen Gründen darauf, eine möglichst breite Sammlungsbewegung unter Einschluß des liberalen Bürgertums beizubehalten, in deren Schutz und Schatten sie wie bisher aktiv bleiben kann. Allein wird sie schon deshalb nicht gut agieren können, weil die von Präsident Figueiredo vorgeschlagene Parteireform ausdrücklich bestimmt, daß es keine kommunistische Partei geben darf.

Von dieser Bestimmung ist auch die maoistische Kommunistische Partei Brasiliens (PC do B) betroffen, die sich heute nicht mehr an China, sondern an Albanien orientiert. Allerdings tritt die PC do B für eine entschiedene linke Sammlungsbewegung ein, innerhalb derer den sogenannten auténticos des MDB und den jungen Kräften aus der erneuerten Gewerkschaftsbewegung die Führung eingeräumt wird.

Die Gründung einer solchen breiten linken Partei steht denn auch auf der Tagesordnung. Mit der Ankündigung der Parteienreform ist die Zerschlagung des MDB eine beschlossene Sache, die nicht mehr verhindert werden kann. Es geht jetzt nur noch um die Erbmasse. Mitte des Jahres hat sich bereits in São Paulo ein Nationales Koordinationskomitee gebildet, in dem linke Parlamentarier des MDB, Gewerkschafter, Professoren und Studenten sowie Vertreter der Stadtteil-Basisbewegungen vereinbart haben, in Zukunft nicht mehr ohne gemeinsame Absprache zu handeln. In der Partei, die nun aus dieser Initiative fast zwangsläufig entstehen wird, fließen frühere Bestrebungen zusammen, die auf eine Partei der Arbeiter, auf eine Sozialistische Partei oder auf eine Demokratische Partei gerichtet waren. Das wesentliche Kennzeichen der neuen Gruppierung soll aber nach der Ansicht der Initiatoren sein, daß sie von den Arbeitern, Studenten, Landarbeitern und Bewohnern der Elendsviertel selbst getragen wird und daß Politik nicht mehr nur für die Massen gemacht wird, sondern auch mit und von den Massen.

Mit dieser Philosophie, die in den letzten Jahren des politischen und sozialen Kampfes in Brasilien längst Praxis geworden ist, steht die brasilianische Linke nicht nur im Gegensatz zu den hergebrachten Traditionen des Populismus, sondern vor allem in einem totalen und absoluten Gegensatz zur Ideologie der Nationalen Sicherheit, wie sie von den brasilianischen Militärs vertreten wird. Sie muß sich darüber klar sein, daß die immer drohender auftretenden rechten Militärs die neue linke Partei zu ihrem Hauptfeind machen wird. Je stärker diese Linke wird, desto härter wird der Kampf werden. Ende September sagte der General José Maria de Toledo Camargo in einer Rede, wie man sie lange nicht mehr in Brasilien gehört hatte: "Der innere Feind ist gefährlicher geworden als der äußere." Er weiß, wen er meint.

An den erstmals seit 11 Jahren abgehaltenen Wahlen für die Führung des Nationalen Studentenverbandes UNE nahmen trotz Verbots durch die Regierung 350 000 Studenten teil. Die vier von linken Gruppierungen vorgeschlagenen Kandidatenlisten erhielten die überwältigende Mehrheit der Stimmen.

Quellen: Latin America Political Report, VEJA, Le Monde, DIE NEUE.

CHILE

Die politische Situation in Chile ist in den letzten Wochen von folgenden Ereignissen gekennzeichnet:

- Hungerstreiks und Straßenkundgebungen
- wieder zunehmenden Spannungen zwischen Regierung und katholischer Kirche
- Ablehnung des Auslieferungsantrags im Mordfall Letelier
- Streikabstimmungen.

Die erste Septemberhälfte bedeutete in Chile ein Anwachsen öffentlicher Proteste gegenüber der Junta wie seit dem 1. Mai nicht mehr. Menschenansammlungen vor dem ehemaligen Präsidentenpalast am Jahrestag des Putsches; am 4. September, dem Tag, an dem traditionsgemäß der neue chilenische Präsident gewählt worden wäre, fanden Straßenkundgebungen statt. Unter den gegenwärtigen Bedingungen lassen sich solche Demonstrationen am ehesten an "historischen" Daten organisieren - wie sonst noch am 1. Mai: zu Anlässen, bei denen eine breite politische Plattform sozusagen vorgegeben ist. Für den 4.9. hatten auch die Christdemokraten aufgerufen, in Form einer Spaziergangdemonstration wurden Freiheit und Demokratie verlangt. Dagegen entsprangen die Versammlungen am 11.9. und am Todestag Nerudas der Initiative der Linken.

Vor den Repressionskräften suchten die Menschen Zuflucht in Kirchen; in einigen Fällen bedurfte es der Vermittlung Geistlicher, daß die Menschen die Kirchen auch wieder verlassen konnten. Soweit wir wissen, wurden Verhaftete ohne Anklageerhebung wieder freigelassen.

Schon am 3. September hatten 75 Familienangehörige von Verschwundenen, darunter 15 Kinder, einen erneuten Hungerstreik begonnen. Sie verteilten sich auf sechs Kirchen in Santiago und die dänische Botschaft. Priester, Nonnen und ein katholischer Bischof unterstützten die Forderungen mit einem 24-stündigen Fasten.

Die Forderungen:

- Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen,
- Rückgabe der aus dem Kalkofen von Lonquén exhumierten Leichen, damit die Familienangehörigen sie bestatten können,
- Verurteilung der für diese Morde verantwortlichen Polizisten (die aufgrund der Amnestie kurz vorher freigelassen wurden.)

Die Regierung ging auf keine dieser Forderungen ein. Als bekannt wurde, daß die Regierung die 15 Leichen in einem Massengrab hatte beisetzen lassen, wurde der Hungerstreik abgebrochen.

Gegen diese kaltschnäuzige Mißachtung einfachster humaner Forderungen hat die katholische Kirche zwar protestiert, aber insgesamt sind es nur kleine Gruppen in der Kirche, die sich konsequent (und politisch bewußt) für die von der Diktatur Unterdrückten einsetzen. Der Kardinal hat dagegen eben wieder einmal unmißverständlich demonstriert, daß er jede Zuspitzung des Konflikts mit der Regierung verhindern will.

Das Engagement kirchlicher Kreise äußert sich vor allem gegen - über Menschenrechtsverletzungen - sei es im Hinblick auf die

Warum der Kardinal was nicht sagte

Interview mit der Wochenzeitung HOY

Frage: Das Te Deum am 18. September, an dem die Frauen der Juntamitglieder nicht wie in früheren Jahren teilnahmen, ließ die Spannungen (zwischen Kirche und Regierung, d.R.) offenkundig werden. Sind Sie unter Druck gesetzt worden, um nicht die ganze Predigt zu halten? Wenn das der Fall ist, warum haben Sie diesem Druck nachgegeben? Warum begann die Predigt zwei Tage später zu zirkulieren, vom Erzbischofsamt verteilt?

A. Druck im Wortsinn ist glaube ich nicht auf mich ausgeübt worden. Mir scheint jedoch, daß ich unter den gegebenen Umständen in der Versammlung vom 18. September versuchen mußte, vor den Regierenden und dem diplomatischen Korps, etwas zu sagen, was nicht konfliktiv wäre – nicht aus sich selbst konfliktiv, nicht weil die Lehre der Kirche von sich aus konfliktiv wäre, sondern weil es unter den Umständen, die wir durchleben, und dem erwachenden Mißtrauen falsch interpretiert werden könnte. Deshalb habe ich niemanden kränken wollen und nicht der Grund für die Vertiefung der bestehenden Konflikte sein wollen, sondern wir wollten im Gegenteil Männer des Friedens sein und zu ihm beitragen. Deshalb las ich nur einen Teil der Predigt, jenen, der mir weniger konfliktiv schien. Wir haben für den Frieden und die Verständigung der Chilenen ein Opfer gebracht, und wir sind damit zufrieden.

FR. Am Ende der Predigtteile, die Sie nicht lasen, schlossen Sie mit den Worten der Bischöfe vor sechs Jahren "Wir vertrauen auf die Besonnenheit und den Patriotismus der Chilenen, auf die demokratische Tradition der Streitkräfte, auf das Versprechen der Juntamitglieder, daß sie uns sehr bald erlauben werden, zur institutionellen Normalität zurückzukehren, um einen Weg des Friedens und Fortschritts wiederaufzunehmen." Bedeutete das, daß Sie heute noch dasselbe Vertrauen haben?

A. Ja. Wir glauben, daß diese Worte heute wie gestern volle Gültigkeit haben, und wir bewahren dasselbe Vertrauen. Wir wollen gute Beziehungen zu allen unterhalten und besonders zur Regierung, und wir bitten Gott, daß ihr Handeln Erfolg habe zum Wohl unseres Vaterlandes.

...

FR. Würden Sie sagen, daß die Kirche im allgemeinen und auch Sie in einem Klima der Überwachung leben, oder daß Sie weiterhin die Freiheit des Handelns und des Ausdrucks haben, die Sie immer gehabt haben?

A.: Wir glauben, daß das Klima der Überwachung, das wir haben vielleicht dem gleich ist, das alle Chilenen in diesem Moment ihrer Geschichte leben. Innerhalb dieses Klimas von Überwachung haben wir eine gewisse Handlungsfreiheit, und wir können uns mit einigen Einschränkungen ausdrücken.

Und auf die Frage, ob nach sechs Jahren Militärregierung die Kirche sich in die wichtigste oppositionelle Kraft verwandelt habe:

A: Die Kirche macht keine politische Opposition, sie verkündet das Evangelium und klagt die Situationen an, die im Gegensatz zur Erlösung durch Jesus Christus scheinen, und wir suchen dazu beizutragen, daß sie sich verbessern.



PATER LUIS ALBERTO RESTREPO
ALVARO RESTREPO, PROVINZIAL DES JESUITENORDENS
PATER JORGE ARANGO

Die Verbundenheit dieses Teiles der Kirche mit dem Volk kommt in den Worten von Pater Jesus Antonio Munar noch vor seiner Freilassung zum Ausdruck: "Die wichtigste Unterstützung habe ich von der Bevölkerung erhalten, die eine engagierte Haltung von den Bischöfen und von dem Klerus erwartet. Die Bewohner von Tello haben sich sowohl als Individuen als auch in ihren Volksorganisationen sehr gut verhalten."

Wie sehr Vicente Mejía mit dem Volk verbunden ist, zeigt sein über 10 jähriges Leben und Arbeiten an der Seite der Ärmsten in Medellín. So sagte er z.B. auf einer Rede zur Zeit der Bischofskonferenz in Medellín 1968: "Ich, der ich mit den Armen gelebt habe, kann all das nachfühlen, was sie leiden; Ich, der ich in einer dunklen und einsamen Nacht half, das Kind einer hungernden Mutter, die völlig verlassen auf einem Sack lag, auf die Welt zu bringen, ich muß Gerechtigkeit verlangen. Denn Gerechtigkeit wurde von Christus gepredigt und als sein Repräsentant in der Welt muß ich bereit sein, alle Lasten und Strafen, die ich unweigerlich bekommen werde, auf mich zu nehmen. Deshalb werde ich die Armen verteidigen und werde sie auch dann noch verteidigen, wenn alle erdenklichen Hindernisse in meinen Weg gelegt werden. Die Gesellschaft, diese ungerechte Gesellschaft, muß erkennen lernen, daß Tausende von unseren Brüdern Unbilden aller Art erleiden und daß die Behörden, die Sache noch schlimmer machen durch kalkulierten Zynismus, dadurch, daß sie ihre armseligen Hütten zerstören ohne jeglichen Respekt für die Tränen der Mütter und für die nackten Kinder, die sogar zu hungrig sind um zu schreien."

Nochmals bitten wir darum, Telegramme an den Kommandanten der IV. Brigade in Medellín zu senden, um Nachricht über seinen Verbleib und sein Wohlergehen zu erhalten.

MEXIKO

Schwarzer Reichtum – Grüne Armut (II)

Stachel im Fleisch – Probleme und Schwerpunkte der mexikanischen Bauernbewegung

Wie der Artikel in LN 73 zeigte, nimmt die Misere der mexikanischen Bauern und Landarbeiter auch nach 60 Jahren 'institutionalisierter Revolution' nicht ab sondern zu. Seit dem Amtsantritt Lopez Portillos, der sich noch eindeutiger als sein Vorgänger Echeverria als Propagandist agrarkapitalistischer Strukturen erweist, haben daher auch die Kämpfe auf dem Land an Zahl und Ausmaß zugenommen, obwohl man in der mexikanischen Tagesberichterstattung kaum etwas davon erfährt. Der Alltag des Großteils der mexikanischen Bevölkerung scheint nicht bedeutend genug, um sich damit zu befassen.

Im Zusammenhang mit der sich verschärfenden Krise des mexikanischen Agrarsektors seit 1974 (dem Ende des sog. 'mexikanischen Wunders' läßt sich eine Ausweitung der Kämpfe auf dem Land feststellen. D.h. aber nicht, daß dies eine einheitliche Einschätzung der Auseinandersetzungen ermöglicht. Die politische Gewichtung von Landkämpfen ist ja bekanntlich auch in der Linken umstritten

DAS VIERTE REICH



(vgl. auch Leserbriefdiskussion in LN 74). Dies trifft erst recht zu, wenn man hier in Europa am Schreibtisch sitzt und sich über die lateinamerikanische Bauernschaft Gedanken macht. Die Verfasserin dieses Artikels meint damit vor allem auch sich selbst, da sie es zwar für wichtig hält, über die Entwicklung der mexikanischen Bauernbewegung ebenso zu berichten wie über den Erdölboom, zumal da dieser sehr stark in den Agrarbereich hineinwirkt (vgl. LN 71), andererseits aber große Schwierigkeiten hat, politische Perspektiven aufzuzeigen. Bleibt es bei der allgemein pessimistischen Perspektive der Proletarisierung der Bauern, die auf ihr 'Verschwinden' hinausläuft, oder kann man den Bauern außerhalb der gängigen marxistischen Prämissen noch eine Chance einräumen, ihren eigenen Weg durchzusetzen? Dies im Falle Mexikos zu entscheiden, erscheint kaum möglich. Der Artikel beschränkt sich daher darauf, zum einen eine kurze Zusammenfassung der Faktoren zu geben, die den mexikanischen Agrarsektor in den letzten Jahren bestimmen, zum anderen einige Schwerpunkte zu benennen, die sich innerhalb der Vielzahl von Bauernkämpfen angeben lassen.

Einige Bestimmungsfaktoren des Agrarsektors

Bis 1974 konnte die mexikanische Landwirtschaft im wesentlichen die Funktionen erfüllen, die ihr in einem peripher kapitalistischen Land zukommen:

- Erwirtschaftung landwirtschaftlicher Überschüsse für den Export, um den Import von Kapitalgütern zu finanzieren.
- Übertragung des landwirtschaftlichen Surplus zur Akkumulation von Kapital im Industriesektor
- Bindung und kontrollierte Freisetzung von Arbeitskraft je nach den Bedürfnissen des ländlichen und städtischen Kapitals.

Die Träger dieser landwirtschaftlichen Produktion waren die folgenden:

- ein agrarkapitalistischer Sektor, der den größten Teil des gut bewässerten Landes bewirtschaftet und bei einer gesicherten Versorgung mit billiger und temporaler Arbeitskraft moderne Agrarprodukte sowohl für den Binnenmarkt als auch für den Export herstellt.



- ein Bereich von Zwischenhändlern, die die kleinen und mittleren Produzenten kontrollieren und ausbeuten, indem sie ihre Produkte weiterliefern, verkaufen und z.T. auch weiterverarbeiten, wobei der größte Teil der Gewinne in die eigenen Taschen geht. Die Güter gehen halb- und fertigverarbeitet auf den Binnenmarkt und teilweise auch in den Export.

- Die große Masse von kleineren und mittleren Produzenten, die in der Mehrheit nur noch zeitweise auf Subsistenzebene ihr eigenes Land bewirtschaften und über sehr spärliche Produktionsmittel verfügen. Sie verkaufen ihre Güter zu niedrigsten Preisen auf lokalen Märkten oder an die Zwischenhändler.

Um diese Form des abhängigen Kapitalismus auf dem Land zu garantieren, versuchte die nationale Agrarbourgeoisie, sich einerseits des Landes und der Ressourcen sukzessive zu bemächtigen und andererseits den Bauern noch einen minimalen Anteil davon zuzugestehen, um ihren Anteil an billiger Produktion aufrechtzuerhalten. Dies ist die Basis des Klassenkampfes auf dem Land, wobei ein Gleichgewicht in einem tolerierbaren Rahmen immer schwerer zu erreichen ist. Die Ausbeutung der Landarbeit tendiert auch in Mexiko letztlich zur völligen Enteignung des Direktproduzenten und zur massiven Konzentration der Produktionsmittel in den Händen kapitalistischer Großbetriebe. Die meisten Regierungen haben mehr oder weniger klar diese Tendenz mit Krediten, Infrastrukturinvestitionen etc. gefördert, während kollektive Bewirtschaftungsformen auf Seiten der Bauern in der Kreditvergabe und bei den Infrastrukturmaßnahmen häufig benachteiligt wurden.

Die Konflikte spitzen sich seit 1974 von dem Moment an zu, wo der Export Mexikos an landwirtschaftlichen Produkten stagniert und gleichzeitig die Eigenversorgung der mexikanischen Landwirtschaft so zurückgeht, daß immer mehr Lebensmittel importiert werden müssen. Auch das Anwachsen der industriellen Exportproduktion konnte diese Tendenz nicht ausgleichen, ebenso wenig wie der neue Erdölreichtum. Es kam zu einer zunehmend ungünstigen Entwicklung der Handelsbilanz und schließlich zu der schwerwiegenden Abwertung des mexikanischen Peso.

Die Gründe für diese Krise ergaben sich hauptsächlich daraus, daß die Ausbeutung der Landarbeit in dieser Form nach 30 Jahren zwangsläufig an ihre Grenzen gelangt war. Der kleine und mittlere Produzent war bis zum letzten geschröpft worden und in Verbindung mit dem explosiven Bevölkerungswachstum konnte die notwendige Güterproduktion speziell an Grundnahrungsmitteln nicht mehr garantiert werden. Immer mehr Kleinproduzenten gaben ihr Land auf, weil die Arbeit sich nicht mehr lohnte oder das Land an Qualität verloren hatte. Selbst als Tagelöhner wurde es immer schwerer zu überleben. So wanderten immer mehr Landarbeiter in die Städte ab und vergrößerten den Anteil subproletarischer Schichten z.B. in den Elendsvierteln. Der Anteil der ejido-Besitzer, comuneros und Bauern am Nationaleinkommen betrug schon 1976 nur noch 3,7% und der Anteil der von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung im Agrarbereich Betroffenen betrug im Juni dieses Jahres 58,1% der arbeitsfähigen Bevölkerung, wobei noch nicht die verschiedenen Grade der Beschäftigung berücksichtigt sind. Man kann sich den Verelendungsprozeß in diesem Bereich gar nicht schlimm genug vorstellen - wie wenig dagegen getan wird, hat der vorige Artikel aufgezeigt. Es ist klar, daß die Beschleunigung dieses Prozesses in den letzten Jahren auch ein Anwachsen der Mobilisierung zeitigen mußte. Zu fragen ist allerdings, inwieweit dieser Mobilisierung auch ein entsprechendes Bewußtsein über die Hintergründe der Krise zugrundeliegt.

Scherpunkte der Bauernbewegung

In dem dargestellten sozialen und ökonomischen Kontext lassen sich die Grundtendenzen der ländlichen Mobilisierung um vier große Blöcke gruppieren.

1. Der Kampf um Land

Der Kampf um Land stellt nach wie vor eines der wichtigsten Ziele der mexikanischen Bauernbewegung dar. Dabei ist zu bedenken, daß sehr oft zwar Land zugestanden wird, seine Qualität aber schlecht ist und die Produktionsmittel, die seine Bewirtschaftung dennoch ermöglichen würden, fehlen. Der Ertrag bleibt dann oft so niedrig, daß es zu einer Teilproletarisierung kommt, die wiederum oft die Kontinuität der Subsistenzproduktion gefährdet. Kampf um Land müßte daher zumindest heißen, Kampf um gutes, bewässerbares Land und die Möglichkeit, in den Besitz der notwendigen Produktionsmittel zu gelangen. Diese Forderung stehen wiederum in engem Zusammenhang mit den anderen noch zu erwähnenden und eines der Hauptprobleme auf dem Land besteht gerade darin, daß einige Auseinandersetzungen unverbunden ablaufen und man so nicht immer die Gemeinsamkeit der Zielvorstellungen erkennen kann.

Auch der Kampf um Land muß in diesem Zusammenhang unter verschiedenen Aspekten gesehen werden.

a) der Kampf um die Erfüllung der Agrarreform

Dieser Kampf wird trotz seiner relativen Aussichtslosigkeit (vgl. letzte Nummer) nach wie vor weitergeführt, weil bei vielen diesbezüglichen Aktionen das Bewußtsein fehlt, daß die Auf- und Verteilung des Landes in ihrem Sinne, die sie als Ziel der Agrarreform betrachten, nicht ihr wirkliches Ziel ist. Die Formen des Kampfes für dieses Ziel sind Besetzungen von Land, von Büros der Agrarreformbehörde und von anderen öffentlichen Gebäuden. Sie vollziehen sich sehr spontan als Zusammenschlüsse einzelner Familien oder ejido-Organisationen und werden meist von unabhängigen Bauernorganisationen auf lokaler Ebene unterstützt. Die offiziellen Bauernverbände haben im Vergleich zu den 60er Jahren ihre Beteiligung an Landnahmen und Besetzungen reduziert oder beteiligen sich nur aus Prestigegründen und in 'Stellvertreterkämpfen'. Immerhin fanden unter diesem Aspekt von 1977-78 allein 250 Landbesetzungen in Puebla, Sinaloa, Oaxaca, Hidalgo, Veracruz und San Luis Potosí statt.

b) der Kampf gegen den Neolatifundismo

Über das Weiterbestehen des Latifundiums hat der vorige Artikel und die Leserbriefdiskussion genug gesagt. Es gibt jeden Monat immer noch mehrere Aktionen von mehreren Tausenden von Bauern, die versuchen unter Ausschöpfung gesetzlicher Möglichkeiten, gegen Großgrundbesitzer vorzugehen. Der Erfolg dieser Aktionen bleibt zwangsläufig begrenzt, da zwar manchmal Land besetzt bleibt oder zugeteilt wird, dieses aber kurz darauf wieder von den Großgrundbesitzern über ihre 'weißen Brigaden' geraubt wird. Auch diese Aktionen zeigen, daß der Mobilisierungsgrad wenig darüber aussagt, wie wenig die mexikanischen Bauern die tatsächliche Agrarpolitik durchschauen können.

c) Kampf gegen Verhaftungen und Korruption

Die Auseinandersetzungen obiger Art führen oft nicht nur zur Konfrontation mit 'weißen Brigaden' sondern auch mit regulären Truppen oder Polizei. Die verhafteten Bauernführer müssen dann mit erneuten Aktionen freigekämpft werden, wenn die Großgrundbesitzer nicht die Korruptionsmethode vorziehen. Der Kampf um Land ist so gleichzeitig ein ständiger Kampf im Alltag um Unabhängigkeit und Echtheit vor dem Gesetz.

2. Der Kampf um Preiserhöhungen für Agrarprodukte. Die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung sieht sich auf der einen Seite mit dem Sinken ihrer Einkünfte als Produzenten von Grundprodukten, auf der anderen Seite mit dem rapiden Anstieg der Preise für die zur Subsistenz notwendigen Güter, vor allem einem Anstieg der Kosten für landwirtschaftliche Maschinen konfrontiert. Das Problem zeigt sich gleichermaßen in den Regionen, wo fortgeschrittenere Technologien verwendet werden wie in den Gebieten, wo der Bauer um einen Zuwachs in der Produktion zu erreichen, allein auf die Intensivierung seiner Arbeit angewiesen ist. Gerade auch die Sparpolitik der jetzigen Regierung hat dazu beigetragen, daß die Produktionskosten in keiner Hinsicht durch Preiserhöhungen aufgefangen werden können. Aus diesem Grunde haben sich in mehreren Gebieten die Bauern zusammengeschlossen, um gegen die Festlegung der Preise, auch durch die Monopolunternehmen vorzugehen. Je größer die Organisationen der Produzenten sind, desto größer ist auch die Verhandlungsbasis, allerdings auch die Gefahr verstärkter Repression. Es ist so auch hier sehr wichtig, die politische und ideologische Unabhängigkeit zu bewahren, da nicht nur die offiziellen Bauernorganisationen wie die CNC, sondern auch die Zwischenhändler oder auch Kaziken durch minimale Zugeständnisse zu pazifizieren versuchen. Der dritte Schwerpunkt der Kämpfe ist daher auch

3. der Kampf gegen Autoritarismus und Kazikentum

Dieser Kampf drückt sich in Protesten gegen die Bestellung bestimmter 'Autoritäten' zur Vermittlung in Agrarkonflikten aus. Vor allem Stadtpräsidenten, Ejido-Kommissare und derartige Persönlichkeiten fühlen sich dazu immer wieder berufen. Auch die Funktionäre verschiedener Unternehmen, oft Zwischenhändler oder aufgestiegene Kleinbauern, haben sich oft das Vertrauen von Bauernassoziationen erschlichen und sie dann betrogen. In diesem Punkt hat sich das Bewußtsein der Bauern sehr geschärft und gibt ständig ziemlich gewaltsame Auseinandersetzungen, wenn die Bauernorganisationen die Beraubung durch öffentliche und private Organismen, u.a. auch Unternehmen wie BANRURAL, INMECAFE und TABAMEX, die im Agrarbereich eine große Rolle spielen, denunzieren. Eine Gefahr dieses Kampfes liegt allerdings in der persönlichen Fixierung, der Gegner ist der Kazike, der Großgrundbesitzer, der Agrarbeauftragte, die Korruption der Institution, die dahintersteht gerät so leicht aus dem Blickfeld.

4. Der Kampf gegen die Intervention von militärischen und paramilitärischen Organisationen. Einige Fälle aus diesem Bereich sind im vorigen schon angeklungen. Der Einsatz paramilitärischer und parapoliizeilicher Gruppen hat aber in den letzten Jahren ein Ausmaß erreicht, daß er eine eigene Erfahrungsrealität auf dem Land darstellt. Viele ejido-Besitzer und Bauerngemeinschaften haben daher schon Wachmannschaften organisiert und versucht, die Öffentlichkeit auf derartige Repressionen aufmerksam zu machen. Das Anwachsen derartiger Repressionsmechanismen wird aber in der Mehrheit der Fälle noch unzureichend als Ausdruck der Verschärfung der allgemeinen Krise des Agrarsektors begriffen.

+ Staatsunternehmen mit Monopolcharakter
BANRURAL - Bank
INMECAFE - Instituto Mexicano de Cafe
TABAMEX - mexikanisches Tabakinstitut

Neue Bündnispartner?

Nachdem die Schwerpunkte der Auseinandersetzungen auf dem Land dargestellt sind, bleibt zu fragen, inwieweit diese mit den anderen Kämpfen in der Stadt und im Industriebereich zu verknüpfen sind. Die schon eingangs erwähnte Tatsache, daß die gängigen Informationsmedien kaum über Bauernkämpfe berichten, läßt darauf schließen, daß kaum ein Interesse daran von anderen Sektoren artikuliert wird.

Bisher ist nur im Falle Oaxaca ein breiteres Bündnis zwischen Arbeitern, Bauern und Studenten zustandegekommen, als es darum ging, gemeinsam gegen die repressive Politik des Gouverneurs vorzugehen (vgl. LN (ChN 49)). Die COCEI (Confederacion Obrero Campesino Estudiantil del Istmo - Konföderation von Arbeitern, Bauern und Studenten am Istmo) gilt auch nach wie vor als eine unabhängige und besonders aktive Organisation, die auch um ein weitreichenderes politisches Konzept bemüht ist.

Die 'offizielle' Bauernorganisation CNC hat mit der Registrierung einer Nationalen Bauerngewerkschaft, die alle Bereiche umfaßt, einen Schritt getan, der die innenpolitische Konfliktlage verdeutlicht. Die neue Gewerkschaft, die mit 3 Millionen Mitgliedern eine der größten des Landes darstellt, stellt einerseits einen Gegenpol zur Nationalen Gewerkschaft der Landarbeiter, die von der CIOAC, der unabhängigen Zentrale der Landarbeiter und Bauern, initiiert wurde und die weitaus fortschrittlichere Zielsetzungen vertritt, dar, andererseits macht sie mit ihrer Existenz der CTM (Offizielle Arbeiter-Zentrale) den Führungsanspruch bei den Landarbeitern streitig. Die Konkurrenz von CTM und CNC (beide PRI-dominiert) läuft im wesentlichen über Deklarationen ab, denen gemeinsam ist, daß sie wenig wirklich Konkretes zur Situation auf dem Land zu sagen haben.

Die Auseinandersetzung zeigt aber, daß eine gemeinsame Strategie von CNC und CTM noch nicht ansteht, obwohl von dem Zusammengehen von Bauern und Industriearbeitern viel abhängt. Dies hat bisher am ehesten die PMT (Mexikanische Arbeiterpartei) in ihrer Arbeit begriffen. Sie tritt unter den Parteien am häufigsten bei Aktionen der Bauern auf den Plan und unterstützt sie. Ihr Wirkungsbereich ist allerdings stark begrenzt.

Man muß davon ausgehen, daß eine ungelöste Agrarfrage folgende Konsequenzen hat:

1. die möglicherweise irreversible Unfähigkeit des Landes, eine Selbstversorgung mit Basisgütern zu erreichen, d.h. radikale Abhängigkeit von außen.
 2. Schaffung einer unabsehbaren Masse von Marginalisierten in Stadt und Land
 3. Verschärfung der sozialen und politischen Konflikte, d.h. ökonomische und soziale Gewalt als tägliche Realität
- Bedenkt man diese Konsequenzen, wird klar, daß es potentielle Bündnispartner für die Landbevölkerung geben muß, die an einer derartigen Situation nicht interessiert sind. Inwieweit derartige Bündnispartner wirklich gewonnen werden können, hängt neben vielem anderen stark von der Herstellung einer breiteren Öffentlichkeit für diese Probleme ab.

Quellen: Comercio Exterior, Juni '78, Punto Critico 1978 u. '79, nexos 14, 1979, uno mas uno, cencos 4/79

PERU

SUTEP *An harter Linie der Militärs gescheitert*



Hungerstreikende: Moral hochgehalten

Ende August begann die Kritik an der unmachgiebigen Haltung der peruanischen Militärs gegenüber den Forderungen der seit drei Monaten streikenden Lehrern nachdem sie von allen Parteien (mit Ausnahme der APRA), Gewerkschaften und der Kirche Perus übernommen worden ist, nun auch im Ausland ihre Kreise zu ziehen. Und das, während Präsident Morales in Havanna auf der Konferenz der Blockfreien mit Fidel Castro den Bruderkuß übte. So schien es durchaus opportun, daß Vertreter des Erziehungsministeriums sich zu Gesprächen bereitfanden mit einer internationalen Kommission, die aus Vertretern der Kirche, des Roten Kreuzes, Amnesty International und Delegierten der - von streikenden Lehrern besetzten - Botschaften Schwedens, Dänemarks und Belgiens zusammengesetzt die Regierung zumindest zur Zurücknahme der Repressionen gegen die Lehrer veranlassen wollte. Was dabei an Zugeständnissen herauskam war jedoch weniger als mager: diejenigen der 2300 entlassenen Lehrer, die nicht aktiv in der Lehrergewerkschaft SUTEP mitarbeiteten und von der maoistischen Patria Roja beeinflusst wären, könnten wiedereingestellt werden und auch ein Teil der 1200 Verhafteten würde bald wieder frei sein, aber Verhandlungen mit der SUTEP würde es keine geben.

Daraufhin traten am Montag den 3. September 32 bekannte Köpfe der



PATER LUIS ALBERTO RESTREPO
ALVARO RESTREPO, PROVINZIAL DES JESUITENORDENS
PATER JORGE ARANGO

Die Verbundenheit dieses Teiles der Kirche mit dem Volk kommt in den Worten von Pater Jesús Antonio Munar noch vor seiner Freilassung zum Ausdruck: "Die wichtigste Unterstützung habe ich von der Bevölkerung erhalten, die eine engagierte Haltung von den Bischöfen und von dem Klerus erwartet. Die Bewohner von Tello haben sich sowohl als Individuen als auch in ihren Volksorganisationen sehr gut verhalten."

Wie sehr Vicente Mejía mit dem Volk verbunden ist, zeigt sein über 10 jähriges Leben und Arbeiten an der Seite der Ärmsten in Medellín. So sagte er z.B. auf einer Rede zur Zeit der Bischofskonferenz in Medellín 1968: "Ich, der ich mit den Armen gelebt habe, kann all das nachfühlen, was sie leiden; Ich, der ich in einer dunklen und einsamen Nacht half, das Kind einer hungernden Mutter, die völlig verlassen auf einem Sack lag, auf die Welt zu bringen, ich muß Gerechtigkeit verlangen. Denn Gerechtigkeit wurde von Christus gepredigt und als sein Repräsentant in der Welt muß ich bereit sein, alle Lasten und Strafen, die ich unweigerlich bekommen werde, auf mich zu nehmen. Deshalb werde ich die Armen verteidigen und werde sie auch dann noch verteidigen, wenn alle erdenklichen Hindernisse in meinen Weg gelegt werden. Die Gesellschaft, diese ungerechte Gesellschaft, muß erkennen lernen, daß Tausende von unseren Brüdern Unbilden aller Art erleiden und daß die Behörden, die Sache noch schlimmer machen durch kalkulierten Zynismus, dadurch, daß sie ihre armseligen Hütten zerstören ohne jeglichen Respekt für die Tränen der Mütter und für die nackten Kinder, die sogar zu hungrig sind um zu schreien."

Nochmals bitten wir darum, Telegramme an den Kommandanten der IV. Brigade in Medellín zu senden, um Nachricht über seinen Verbleib und sein Wohlergehen zu erhalten.

MEXIKO

Schwarzer Reichtum – Grüne Armut (II)

Stachel im Fleisch – Probleme und Schwerpunkte der mexikanischen Bauernbewegung

Wie der Artikel in LN 73 zeigte, nimmt die Misere der mexikanischen Bauern und Landarbeiter auch nach 60 Jahren 'institutionalisierter Revolution' nicht ab sondern zu. Seit dem Amtsantritt Lopez Portillos, der sich noch eindeutiger als sein Vorgänger Echeverria als Propagandist agrarkapitalistischer Strukturen erweist, haben daher auch die Kämpfe auf dem Land an Zahl und Ausmaß zugenommen, obwohl man in der mexikanischen Tagesberichterstattung kaum etwas davon erfährt. Der Alltag des Großteils der mexikanischen Bevölkerung scheint nicht bedeutend genug, um sich damit zu befassen.

Im Zusammenhang mit der sich verschärfenden Krise des mexikanischen Agrarsektors seit 1974 (dem Ende des sog. 'mexikanischen Wunders' läßt sich eine Ausweitung der Kämpfe auf dem Land feststellen. D.h. aber nicht, daß dies eine einheitliche Einschätzung der Auseinandersetzungen ermöglicht. Die politische Gewichtung von Landkämpfen ist ja bekanntlich auch in der Linken umstritten

DAS VIERTE REICH



(vgl. auch Leserbriefdiskussion in LN 74). Dies trifft erst recht zu, wenn man hier in Europa am Schreibtisch sitzt und sich über die lateinamerikanische Bauernschaft Gedanken macht. Die Verfasserin dieses Artikels meint damit vor allem auch sich selbst, da sie es zwar für wichtig hält, über die Entwicklung der mexikanischen Bauernbewegung ebenso zu berichten wie über den Erdölboom, zumal da dieser sehr stark in den Agrarbereich hineinwirkt (vgl. LN 71), andererseits aber große Schwierigkeiten hat, politische Perspektiven aufzuzeigen. Bleibt es bei der allgemein pessimistischen Perspektive der Proletarisierung der Bauern, die auf ihr 'Verschwinden' hinausläuft, oder kann man den Bauern außerhalb der gängigen marxistischen Prämissen noch eine Chance einräumen, ihren eigenen Weg durchzusetzen? Dies im Falle Mexikos zu entscheiden, erscheint kaum möglich. Der Artikel beschränkt sich daher darauf, zum einen eine kurze Zusammenfassung der Faktoren zu geben, die den mexikanischen Agrarsektor in den letzten Jahren bestimmen, zum anderen einige Schwerpunkte zu benennen, die sich innerhalb der Vielzahl von Bauernkämpfen angeben lassen.

Einige Bestimmungsfaktoren des Agrarsektors

Bis 1974 konnte die mexikanische Landwirtschaft im wesentlichen die Funktionen erfüllen, die ihr in einem peripher kapitalistischen Land zukommen:

- Erwirtschaftung landwirtschaftlicher Überschüsse für den Export, um den Import von Kapitalgütern zu finanzieren.
- Übertragung des landwirtschaftlichen Surplus zur Akkumulation von Kapital im Industriesektor
- Bindung und kontrollierte Freisetzung von Arbeitskraft je nach den Bedürfnissen des ländlichen und städtischen Kapitals.

Die Träger dieser landwirtschaftlichen Produktion waren die folgenden:

- ein agrarkapitalistischer Sektor, der den größten Teil des gut bewässerten Landes bewirtschaftet und bei einer gesicherten Versorgung mit billiger und temporaler Arbeitskraft moderne Agrarprodukte sowohl für den Binnenmarkt als auch für den Export herstellt.



- ein Bereich von Zwischenhändlern, die die kleinen und mittleren Produzenten kontrollieren und ausbeuten, indem sie ihre Produkte weiterliefern, verkaufen und z.T. auch weiterverarbeiten, wobei der größte Teil der Gewinne in die eigenen Taschen geht. Die Güter gehen halb- und fertigverarbeitet auf den Binnenmarkt und teilweise auch in den Export.
- Die große Masse von kleineren und mittleren Produzenten, die in der Mehrheit nur noch zeitweise auf Subsistenzebene ihr eigenes Land bewirtschaften und über sehr spärliche Produktionsmittel verfügen. Sie verkaufen ihre Güter zu niedrigsten Preisen auf lokalen Märkten oder an die Zwischenhändler.

Um diese Form des abhängigen Kapitalismus auf dem Land zu garantieren, versuchte die nationale Agrarbourgeoisie, sich einerseits des Landes und der Ressourcen sukzessive zu bemächtigen und andererseits den Bauern noch einen minimalen Anteil davon zuzugestehen, um ihren Anteil an billiger Produktion aufrechtzuerhalten. Dies ist die Basis des Klassenkampfes auf dem Land, wobei ein Gleichgewicht in einem tolerierbaren Rahmen immer schwerer zu erreichen ist. Die Ausbeutung der Landarbeit tendiert auch in Mexiko letztlich zur völligen Enteignung des Direktproduzenten und zur massiven Konzentration der Produktionsmittel in den Händen kapitalistischer Großbetriebe. Die meisten Regierungen haben mehr oder weniger klar diese Tendenz mit Krediten, Infrastrukturinvestitionen etc. gefördert, während kollektive Bewirtschaftungsformen auf Seiten der Bauern in der Kreditvergabe und bei den Infrastrukturmaßnahmen häufig benachteiligt wurden.

Die Konflikte spitzen sich seit 1974 von dem Moment an zu, wo der Export Mexikos an landwirtschaftlichen Produkten stagniert und gleichzeitig die Eigenversorgung der mexikanischen Landwirtschaft so zurückgeht, daß immer mehr Lebensmittel importiert werden müssen. Auch das Anwachsen der industriellen Exportproduktion konnte diese Tendenz nicht ausgleichen, ebensowenig wie der neue Erdölreichtum. Es kam zu einer zunehmend ungünstigen Entwicklung der Handelsbilanz und schließlich zu der schwerwiegenden Abwertung des mexikanischen Peso.

Die Gründe für diese Krise ergaben sich hauptsächlich daraus, daß die Ausbeutung der Landarbeit in dieser Form nach 30 Jahren zwangsläufig an ihre Grenzen gelangt war. Der kleine und mittlere Produzent war bis zum letzten geschröpft worden und in Verbindung mit dem explosiven Bevölkerungswachstum konnte die notwendige Güterproduktion speziell an Grundnahrungsmitteln nicht mehr garantiert werden. Immer mehr Kleinproduzenten gaben ihr Land auf, weil die Arbeit sich nicht mehr lohnte oder das Land an Qualität verloren hatte. Selbst als Tagelöhner wurde es immer schwerer zu überleben. So wanderten immer mehr Landarbeiter in die Städte ab und vergrößerten den Anteil subproletarischer Schichten z.B. in den Elendsvierteln. Der Anteil der ejido-Besitzer, comuneros und Bauern am Nationaleinkommen betrug schon 1976 nur noch 3,7% und der Anteil der von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung im Agrarbereich Betroffenen betrug im Juni dieses Jahres 58,1% der arbeitsfähigen Bevölkerung, wobei noch nicht die verschiedenen Grade der Beschäftigung berücksichtigt sind. Man kann sich den Verelendungsprozeß in diesem Bereich gar nicht schlimm genug vorstellen - wie wenig dagegen getan wird, hat der vorige Artikel aufgezeigt. Es ist klar, daß die Beschleunigung dieses Prozesses in den letzten Jahren auch ein Anwachsen der Mobilisierung zeitigen mußte. Zu fragen ist allerdings, inwieweit dieser Mobilisierung auch ein entsprechendes Bewußtsein über die Hintergründe der Krise zugrundeliegt.

Scherpunkte der Bauernbewegung

In dem dargestellten sozialen und ökonomischen Kontext lassen sich die Grundtendenzen der ländlichen Mobilisierung um vier große Blöcke gruppieren.

1. Der Kampf um Land

Der Kampf um Land stellt nach wie vor eines der wichtigsten Ziele der mexikanischen Bauernbewegung dar. Dabei ist zu bedenken, daß sehr oft zwar Land zugestanden wird, seine Qualität aber schlecht ist und die Produktionsmittel, die seine Bewirtschaftung dennoch ermöglichen würden, fehlen. Der Ertrag bleibt dann oft so niedrig, daß es zu einer Teilproletarisierung kommt, die wiederum oft die Kontinuität der Subsistenzproduktion gefährdet. Kampf um Land muß daher zumindest heißen, Kampf um gutes, bewässerbares Land und die Möglichkeit, in den Besitz der notwendigen Produktionsmittel zu gelangen. Diese Forderung stehen wiederum in engem Zusammenhang mit den anderen noch zu erwähnenden und eines der Hauptprobleme auf dem Land besteht gerade darin, daß einige Auseinandersetzungen unverbunden ablaufen und man so nicht immer die Gemeinsamkeit der Zielvorstellungen erkennen kann. Auch der Kampf um Land muß in diesem Zusammenhang unter verschiedenen Aspekten gesehen werden.

a) der Kampf um die Erfüllung der Agrarreform

Dieser Kampf wird trotz seiner relativen Aussichtslosigkeit (vgl. letzte Nummer) nach wie vor weitergeführt, weil bei vielen diesbezüglichen Aktionen das Bewußtsein fehlt, daß die Auf- und Verteilung des Landes in ihrem Sinne, die sie als Ziel der Agrarreform betrachten, nicht ihr wirkliches Ziel ist. Die Formen des Kampfes für dieses Ziel sind Besetzungen von Land, von Büros der Agrarreformbehörde und von anderen öffentlichen Gebäuden. Sie vollziehen sich sehr spontan als Zusammenschlüsse einzelner Familien oder ejido-Organisationen und werden meist von unabhängigen Bauernorganisationen auf lokaler Ebene unterstützt. Die offiziellen Bauernverbände haben im Vergleich zu den 60er Jahren ihre Beteiligung an Landnahmen und Besetzungen reduziert oder beteiligen sich nur aus Prestigegründen und in 'Stellvertreterkämpfen'. Immerhin fanden unter diesem Aspekt von 1977-78 allein 250 Landbesetzungen in Puebla, Sinaloa, Oaxaca, Hidalgo, Veracruz und San Luis Potosí statt.

b) der Kampf gegen den Neolatifundismo

Über das Weiterbestehen des Latifundiums hat der vorige Artikel und die Leserbriefdiskussion genug gesagt. Es gibt jeden Monat immer noch mehrere Aktionen von mehreren Tausenden von Bauern, die versuchen unter Ausschöpfung gesetzlicher Möglichkeiten, gegen Großgrundbesitzer vorzugehen. Der Erfolg dieser Aktionen bleibt zwangsläufig begrenzt, da zwar manchmal Land besetzt bleibt oder zugeteilt wird, dieses aber kurz darauf wieder von den Großgrundbesitzern über ihre 'weißen Brigaden' geraubt wird. Auch diese Aktionen zeigen, daß der Mobilisierungsgrad wenig darüber aussagt, wie wenig die mexikanischen Bauern die tatsächliche Agrarpolitik durchschauen können.

c) Kampf gegen Verhaftungen und Korruption

Die Auseinandersetzungen obiger Art führen oft nicht nur zur Konfrontation mit 'weißen Brigaden' sondern auch mit regulären Truppen oder Polizei. Die verhafteten Bauernführer müssen dann mit erneuten Aktionen freigekämpft werden, wenn die Großgrundbesitzer nicht die Korruptionsmethode vorziehen. Der Kampf um Land ist so gleichzeitig ein ständiger Kampf im Alltag um Unabhängigkeit und Echtheit vor dem Gesetz.

2. Der Kampf um Preiserhöhungen für Agrarprodukte. Die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung sieht sich auf der einen Seite mit dem Sinken ihrer Einkünfte als Produzenten von Grundprodukten, auf der anderen Seite mit dem rapiden Anstieg der Preise für die zur Subsistenz notwendigen Güter, vor allem einem Anstieg der Kosten für landwirtschaftliche Maschinen konfrontiert. Das Problem zeigt sich gleichermaßen in den Regionen, wo fortschrittlichere Technologien verwendet werden wie in den Gebieten, wo der Bauer um einen Zuwachs in der Produktion zu erreichen, allein auf die Intensivierung seiner Arbeit angewiesen ist. Gerade auch die Sparpolitik der jetzigen Regierung hat dazu beigetragen, daß die Produktionskosten in keiner Hinsicht durch Preiserhöhungen aufgefangen werden können. Aus diesem Grunde haben sich in mehreren Gebieten die Bauern zusammengeschlossen, um gegen die Festlegung der Preise, auch durch die Monopolunternehmen vorzugehen. Je größer die Organisationen der Produzenten sind, desto größer ist auch die Verhandlungsbasis, allerdings auch die Gefahr verstärkter Repression. Es ist so auch hier sehr wichtig, die politische und ideologische Unabhängigkeit zu bewahren, da nicht nur die offiziellen Bauernorganisationen wie die CNC, sondern auch die Zwischenhändler oder auch Kaziken durch minimale Zugeständnisse zu pazifizieren versuchen. Der dritte Schwerpunkt der Kämpfe ist daher auch

3. der Kampf gegen Autoritarismus und Kazikentum. Dieser Kampf drückt sich in Protesten gegen die Bestellung bestimmter 'Autoritäten' zur Vermittlung in Agrarkonflikten aus. Vor allem Stadtpräsidenten, Ejido-Kommissare und derartige Persönlichkeiten fühlen sich dazu immer wieder berufen. Auch die Funktionäre verschiedener Unternehmen, oft Zwischenhändler oder aufgestiegene Kleinbauern, haben sich oft das Vertrauen von Bauernassoziationen erschlichen und sie dann betrogen. In diesem Punkt hat sich das Bewußtsein der Bauern sehr geschärft und gibt es ständig ziemlich gewaltsame Auseinandersetzungen, wenn die Bauernorganisationen die Beraubung durch öffentliche und private Organismen, u.a. auch Unternehmen wie BANRURAL, INMECAFE und TABAMEX, die im Agrarbereich eine große Rolle spielen, denunzieren. Eine Gefahr dieses Kampfes liegt allerdings in der persönlichen Fixierung, der Gegner ist der Kazike, der Großgrundbesitzer, der Agrarbeauftragte, die Korruption der Institution, die dahintersteht gerät so leicht aus dem Blickfeld.

4. Der Kampf gegen die Intervention von militärischen und paramilitärischen Organisationen. Einige Fälle aus diesem Bereich sind im vorigen schon angeklungen. Der Einsatz paramilitärischer und parapolizeilicher Gruppen hat aber in den letzten Jahren ein Ausmaß erreicht, daß er eine eigene Erfahrungsrealität auf dem Land darstellt. Viele ejido-Besitzer und Bauerngemeinschaften haben daher schon Wachmannschaften organisiert und versucht, die Öffentlichkeit auf derartige Repressionen aufmerksam zu machen. Das Anwachsen derartiger Repressionsmechanismen wird aber in der Mehrheit der Fälle noch unzureichend als Ausdruck der Verschärfung der allgemeinen Krise des Agrarsektors begriffen.

+ Staatsunternehmen mit Monopolcharakter
BANRURAL - Bank
INMECAFE - Instituto Mexicano de Cafe
TABAMEX - mexikanisches Tabakinstitut

Neue Bündnispartner?

Nachdem die Schwerpunkte der Auseinandersetzungen auf dem Land dargestellt sind, bleibt zu fragen, inwieweit diese mit den anderen Kämpfen in der Stadt und im Industriebereich zu verknüpfen sind. Die schon eingangs erwähnte Tatsache, daß die gängigen Informationsmedien kaum über Bauernkämpfe berichten, läßt darauf schließen, daß kaum ein Interesse daran von anderen Sektoren artikuliert wird.

Bisher ist nur im Falle Oaxaca ein breiteres Bündnis zwischen Arbeitern, Bauern und Studenten zustandegekommen, als es darum ging, gemeinsam gegen die repressive Politik des Gouverneurs vorzugehen (vgl. LN (ChN 49)). Die COCEI (Confederacion Obrero Campesino Estudiantil del Istmo - Konföderation von Arbeitern, Bauern und Studenten am Istmo) gilt auch nach wie vor als eine unabhängige und besonders aktive Organisation, die auch um ein weitreichenderes politisches Konzept bemüht ist.

Die 'offizielle' Bauernorganisation CNC hat mit der Registrierung einer Nationalen Bauerngewerkschaft, die alle Bereiche umfaßt, einen Schritt getan, der die innenpolitische Konfliktlage verdeutlicht. Die neue Gewerkschaft, die mit 3 Millionen Mitgliedern eine der größten des Landes darstellt, stellt einerseits einen Gegenpol zur Nationalen Gewerkschaft der Landarbeiter, die von der CIOAC, der unabhängigen Zentrale der Landarbeiter und Bauern, initiiert wurde und die weitaus fortschrittlichere Zielsetzungen vertritt, dar, andererseits macht sie mit ihrer Existenz der CTM (Offizielle Arbeiter-Zentrale) den Führungsanspruch bei den Landarbeitern streitig. Die Konkurrenz von CTM und CNC (beide PRI-dominiert) läuft im wesentlichen über Deklarationen ab, denen gemeinsam ist, daß sie wenig wirklich Konkretes zur Situation auf dem Land zu sagen haben.

Die Auseinandersetzung zeigt aber, daß eine gemeinsame Strategie von CNC und CTM noch nicht ansteht, obwohl von dem Zusammengehen von Bauern und Industriearbeitern viel abhängt. Dies hat bisher am ehesten die PMT (Mexikanische Arbeiterpartei) in ihrer Arbeit begriffen. Sie tritt unter den Parteien am häufigsten bei Aktionen der Bauern auf den Plan und unterstützt sie. Ihr Wirkungsbereich ist allerdings stark begrenzt.

Man muß davon ausgehen, daß eine ungelöste Agrarfrage folgende Konsequenzen hat:

1. die möglicherweise irreversible Unfähigkeit des Landes, eine Selbstversorgung mit Basisgütern zu erreichen, d.h. radikale Abhängigkeit von außen.
 2. Schaffung einer unabsehbaren Masse von Marginalisierten in Stadt und Land
 3. Verschärfung der sozialen und politischen Konflikte, d.h. ökonomische und soziale Gewalt als tägliche Realität
- Bedenkt man diese Konsequenzen, wird klar, daß es potentielle Bündnispartner für die Landbevölkerung geben muß, die an einer derartigen Situation nicht interessiert sind. Inwieweit derartige Bündnispartner wirklich gewonnen werden können, hängt neben vielem anderen stark von der Herstellung einer breiteren Öffentlichkeit für diese Probleme ab.

Quellen: Comercio Exterior, Juni '78, Punto Critico 1978 u. '79, nexos 14, 1979, uno mas uno, cencos 4/79

PERU

SUTEP *An harter Linie der Militärs gescheitert*



Hungerstreikende: Moral hochgehalten

Ende August begann die Kritik an der unnachgiebigen Haltung der peruanischen Militärs gegenüber den Forderungen der seit drei Monaten streikenden Lehrern nachdem sie von allen Parteien (mit Ausnahme der APRA), Gewerkschaften und der Kirche Perus übernommen worden ist, nun auch im Ausland ihre Kreise zu ziehen. Und das, während Präsident Morales in Havanna auf der Konferenz der Blockfreien mit Fidel Castro den Bruderkuß übte. So schien es durchaus opportun, daß Vertreter des Erziehungsministeriums sich zu Gesprächen bereitfanden mit einer internationalen Kommission, die aus Vertretern der Kirche, des Roten Kreuzes, Amnesty International und Delegierten der - von streikenden Lehrern besetzten - Botschaften Schwedens, Dänemarks und Belgiens zusammengesetzt die Regierung zumindest zur Zurücknahme der Repressionen gegen die Lehrer veranlassen wollte. Was dabei an Zugeständnissen herauskam war jedoch weniger als mager: diejenigen der 2300 entlassenen Lehrer, die nicht aktiv in der Lehrergewerkschaft SUTEP mitarbeiteten und von der maoistischen Patria Roja beeinflusst wären, könnten wiedereingestellt werden und auch ein Teil der 1200 Verhafteten würde bald wieder frei sein, aber Verhandlungen mit der SUTEP würde es keine geben.

Daraufhin traten am Montag den 3. September 32 bekannte Köpfe der

peruanischen Linken in der Universität von San Marcos (Lima) in den Hungerstreik. Die Beteiligung reichte von den linksrevolutionären Parteien UDP, PCR, POMR, FOCEP zur orthodoxen kommunistischen Partei PCP und weitete sich bis ins bürgerlich-rechte Lager zur Accion Popular aus. Dieser Hungerstreik breitete sich in den folgenden zwei Wochen im ganzen Land aus, in Trujillo, Piura, Huancayo, Yurimaguas, Nasca und Cuzco, ja sogar in Mexikostadt erklärten sich Gruppen solidarisch mit den streikenden Lehrern und verweigerten die Nahrungsaufnahme um ihren Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen. Doch als am 15. 9. schon die meisten der Hungerstreikenden, allen voran der 81 jährige Generalsekretär der kommunistischen Partei, wegen akuter gesundheitlicher Gefährdung in die nächsten Krankenhäuser eingeliefert wurden, blieb die Regierung immer noch hart.

So brachen die Hungerstreikenden in der folgenden Woche angesichts der Erfolglosigkeit dieses äußersten Mittels ihre Aktion mit der Empfehlung ab, für Ende September einen nationalen Generalstreik auszurufen. An der Frage des Generalstreiks - in diesem Jahr war bereits dreimal mehr oder weniger erfolgreich zum Generalstreik aufgerufen worden - zerbrach allerdings die so schnell zustandegewonnenen Gemeinsamkeit der Linken wieder. Die Kommunistische Partei (PCP) und die von ihr größte Zentralgewerkschaft Perus, die CGTP wiesen auf die bevorstehenden Wahlen (Mai '80) und die Gefahr hin, eine neue Repression der Militärs gegen die gesamte Linke zu provozieren. So kam es zu keinem einheitlichen Vorgehen. Am 18/19. September wurden in den Provinzen in Cuzco, Ayacucho, Huancayo und Arequipa Generalstreiks mit großer Beteiligung der Bevölkerung durchgeführt, doch in Lima z.B. war davon nichts zu bemerken.

Am 4. Oktober erreichte uns die Meldung, daß die SUTEP ihren Streik, der genau 4 Monate lang durchgehalten worden war, abbrechen mußte. Da wir bisher keine weiteren Informationen bekommen haben, müssen wir auf die nächste Nummer der IN verweisen, in der wir hoffentlich ausführlicher auf diese plötzliche Wendung in dem Lehrerstreik, der schließlich zu einer Machtprobe zwischen den Militärs und der Linken gemacht wurde, eingehen können.

Wir möchten Euch nochmals bitten angesichts der ausweglosen materiellen Lage, in der sich die Lehrer allgemein aber vor allem die Entlassenen befinden, Spenden zu überweisen auf das Konto PSA BlnW, Elfriede Kohut, KtoNr. 38 00 87 - 108
Kennwort: Peru - SUTEP.

Die verschlungenen Pfade der APRA

II. Teil

1945 begünstigt die internationale politische Lage mit dem Sieg der "freien Welt" und der "Demokratie" den ersten Versuch in Peru, der Oligarchie die Staatsmacht abzunehmen. Die Agroexportoligarchie, die sich seit 15 Jahren durch zivile oder Militärdiktaturen an der Macht hält, sieht sich unter diesen Umständen gezwungen, die Wahlen und deren Resultate zu akzeptieren. Die APRA, die fast ohne Unterbrechung seit ihrer Gründung 1930 als Partei verboten war, und endlich wieder in die Legalität zurückkehren konnte, wird zum ersten Mal an einer Regierung teilnehmen.

Da sie keine Möglichkeit hat, einen eigenen Präsidentschaftskandidaten zu stellen, unterstützt die APRA bei den Wahlen J. L. Bustamente und schließt sich der Nationalen Demokratischen Front an, in der sie die stärkste Position hat. Diese Front beschließt ein gemäßigt reformistisches Programm, um die Industrialisierung voranzutreiben. Verstaatlichung der Industrie und Agrarreform, einst grundsätzliche Forderungen des Aprismus, werden nicht in Betracht gezogen. Obwohl die APRA einige Minister in der Regierung und praktisch die Mehrheit im Kongreß hat, wird dieses Programm nur sehr beschränkt durchgeführt.

Der Haupteffekt der Regierungsbeteiligung der APRA ist die Kontrolle der Gewerkschaften, die in großer Zahl offiziell anerkannt werden - allein 1946 162 Gewerkschaften -. Das erlaubt der Partei, ihre Machtstellung in der für viele Jahre einzigen Gewerkschaftszentrale (Confederacion de los Trabajadores del Peru, CTP) zu stärken. Die wichtigste Basis der CTP sind die Zucker-, Bergwerk- und Textilarbeiter und die Anestellte. Ihre Gewerkschaftspolitik orientiert sich an der nordamerikanischen "freien Gewerkschaftsbewegung", was ein weiteres Beispiel der pro-yanqui Entwicklung der APRA in den letzten Jahren ist. So tritt die CTP 1945 aus der prokommunistischen Confederacion de Trabajadores de America Latina aus, um sich der kontinentalen Organisation der "freien Gewerkschaftsbewegung" anzuschließen. 1948 ist die CTP Mitbegründerin der Confederacion Interamericana de Trabajadores, CIT, die unter der Schirmherrschaft der AFL/CIO steht. Die CIT schließt sich schließlich 1951 der heutigen ORIT an, deren erster Präsident A. Sabroso ist, damals Generalsekretär der CTP...

Die CTP setzt in Peru eine große antikommunistische Kampagne in Gang. In dieser Epoche gibt Haya de la Torre vor Gewerkschaftsführern Kurse über die "Antikommunistische Dialektik"... Diese stark antikommunistische Haltung blieb bis zum heutigen Tag ein Grundsatz der Apristen und ihrer Gewerkschaften.

Abschied von den revolutionären Zielen

Obwohl die Politik der Bustamente-Regierung gemäßigt ist, stößt sie auf aktiven Widerstand von Seiten der Agroexportbourgeoisie. Diese sieht in einer protektionistischen Wirtschaftspolitik - Preise und Devisenkontrolle, Kontrolle der Kreditvergabe zum Vorteil der nationalen Industrie - ihre Interessen gefährdet. Und andererseits fühlt sie sich auf sozialer Ebene durch das schnelle Anwachsen der Gewerkschaftskämpfe und die Wiederorganisierung der Arbeiterbewegung nach 15 Jahren Unterdrückung durch eben diese Oligarchie bedroht. Nachdem sie die Auflösung des Bündnisses Bustamente-APRA erreicht hat - die apristischen Minister werden Anfang 1947 aus der Regierung entlassen,

der Kongreß ist beschlußfähig - versuchen sie einen Staatsstreich zu ihren Gunsten herbeizuführen. Angesichts dieser Tatsache entstehen innerhalb der APRA Widersprüche zwischen den reformistischen Mittelschichten und den radikaleren Arbeitern über die zu wählende Taktik, um aus diesem Engpaß herauszukommen. Während die Parteiführung eine Lösung auf Verhandlungsbasis mit den anderen politischen Kräften sucht, schlägt die Basis den Weg zum Aufstand ein, ohne von der Parteiführung aufgehalten zu werden, die dies als Drohung in ihren Verhandlungen benutzt und außerdem auf die Einheit und das



revolutionäre Image der Partei angewiesen ist. Dieser, der APRA und ihrem doppelzüngigen Führer eigene Zwiespalt erklärt den Aufstand vom 3. Okt. 1948 und sein Scheitern; erklärt, wie diese Bewegung der Basis von der Spitze ermutigt und mit Teilen der Marine koordiniert wurde, um sie, einmal im Gange, wieder abzublasen. Nachdem die Parteiführung ihren paramilitärischen Apparat zur Machtübernahme - die Verteidigungskomitees - neu gegründet und organisiert hatte, übernahm sie es selbst, die Basis zu stoppen, indem sie das ganze als kommunistische Aktion darstellte!... Später erklärte man, daß die Aktion zu früh gestartet worden sei: der Chef hätte sich für den 8. Okt. entschieden. Neben total widersprüchlichen Erklärungen der Parteikader über den Stop des Aufstandes wurde nie die versprochene Untersuchung über den Fall eingeleitet. Nach 7jährigem Schweigen bezeichnete Haya de la Torre die Ereignisse als "eine Bewegung von Verräterratten", ohne näher darauf einzugehen.

Dies war der letzte Versuch der APRA, die Macht durch Waffengewalt zu erobern, und es war ein weiterer Fehlschlag. Die Vorfälle von Okt. 48 und die wiederholten Kompromisse in Zeiten, in denen die APRA an der Regierung beteiligt ist, rufen eine schwere Krise der Partei hervor. Jetzt kann man die revolutionären Parolen der APRA endgültig nicht mehr ernst nehmen.

Friedliche Koexistenz mit der Oligarchie

Nachdem die schwersten Zeiten der Repression durch die Diktatur Odrias für die APRA überstanden sind, werden harte Kritiken der exilierten Parteiführung an Haya laut. Man versucht, die Thesen von 1924 wieder aufzugreifen, doch der Versuch bleibt fruchtlos. Nach seinem 5jährigen Exil in der kolumbianischen Botschaft in Lima setzt Haya seine pro-amerikanische und pro-oligarchische Versöhnungspolitik weiterhin durch, verbündet sich 1956 mit dem Finanzsektor der Oligarchie - dies war die Zeit der sogenannten convivencia (=friedliche Koexistenz) - und 1962 mit dem reaktionärsten Sektor der Landoligarchie - diese Zeit wird als superconvivencia bezeichnet:

Nach dem Ende der Diktatur Odrias (1948-56) verlieren die traditionellen Sektoren der Agroexportoligarchie langsam ihre politische Vorherrschaft und müssen die Macht mit der Finanzoligarchie teilen. Dieser relative Machtverlust der Landoligarchie erklärt sich durch ihren sinkenden Einfluß auf die nationale Wirtschaft: 1950 stellten die Agrarexporte 57 % der Gesamtexporte, während es 1965 nur noch 29 % waren.

Ab 1956 entscheidet sich die APRA klar und endgültig zum Bündnis mit diesen Sektoren, die historisch zum Untergang verurteilt waren. Die Oligarchie kann dank der apristischen Unterstützung ihre Interessen



Die APRA demonstriert gegen Demagogie!

Die APRA ermöglicht 1956 durch ihre Stimmen die Wahl Prados (Vertreter der Finanzoligarchie und Besitzer der Banco Popular) mit 42 % der Stimmen gegen Belaunde mit 34 %. Im Kongreß ist die APRA mit 26 % zweitstärkste Partei. Die Regierung der convivencia verfolgt anfangs ein Programm zur Modernisierung und Industrialisierung mit mehrheitlicher Beteiligung ausländischen Kapitals. 1959 schlägt sie jedoch eine den Agroexportsektor begünstigende Politik ein, welcher durch den Kanzler P. Beltran (Eigentümer der Tageszeitung La Prensa und führender Vertreter der Agraroligarchie) repräsentiert wird. Diesbezüglich erklärt die APRA, daß ihre Politik einzig eine Taktik ist, um Demokratie, Partei- und Gewerkschaftsfreiheit zu erreichen.

Den Parteichef, der immer noch sein revolutionäres Image aufrechterhalten will, beschreibt die TIME am 5. Aug. 57 in einem Bericht aus Talara als einen "gemäßigten Mann": Haya verteidigt eine verantwortliche Gewerkschaftspolitik, die Notwendigkeit ausländischen Kapitals und die Politik der freien Wirtschaft. Er kritisiert die Forderungen nach Lohnhöhungen, die Streiks und die Kommunisten. Auf die Frage, ob die Politik der convivencia weitergeführt werde, mit der die APRA die Legalität von dem konservativen Präsidenten Prado zurückhielt, ist die rasche und bejahende Antwort Hayas: "Unser Volk und auch wir, seine Führer, sind politisch reifer geworden. Die peruanische Demokratie muß die Möglichkeit haben, ein bißchen Fleisch und Muskeln anzusetzen." Auf eine Reihe sauberer Backsteinhäuser in Talaraweisend fügte er hinzu: "Früher bekämpften wir die International Petroleum Company, aber heute können wir das nicht mehr tun, weil sie diese Häuser für euch gebaut hat...."

Die gleiche Time interviewte 1956 R. Priale, damals Generalsekretär der Partei und fragte ihn nach den Punkten des Parteiprogramms von 1924. Die Antwort Priale's war:

"Heute glauben wir, daß nur die öffentlichen Dienste verstaatlicht werden sollten."

"Heute betrachten wir die Einheit Lateinamerikas als Utopie."

"Seit langem schon haben wir die Idee der Internationalisierung des Panamakanals aufgegeben."

"Wir unterscheiden heute zwischen dem Kapital der Vereinigten Staaten, das wir, wie jeder weiß, brauchen, und der kapitalistischen Ausbeutung, die wir ablehnen."

"Natürlich halten wir unsere Solidarität mit den unterdrückten Klassen und Völkern aufrecht."

Ist die apristische Gewerkschaftspolitik konsequent bezüglich der

gegenüber der stärker werdenden Industrie- und Handelsbourgeoisie wahren. Diese wird auf politischer Ebene durch Parteien wie Accion Popular (Belaunde) und die Christdemokraten vertreten, die den, durch den Zusammenschluß APRA-Oligarchie von der APRA fallengelassenen Reformismus aufgreifen, mit dem sie große Teile der städtischen Kleinbourgeoisie für sich gewinnen. Die APRA hat, indem sie sich zum Verteidiger der konservativsten Kreise macht, aufgehört, die grundlegende Alternative in der peruanischen Politik zu sein, die sie von 1930 bis 1956 unangefochten eingenommen hatte.

"Ablehnung der kapitalistischen Ausbeutung", wenn sie die Bewegung für Lohnforderungen bremst? Mit Hilfe der Kontrolle, die sie immer noch über den Gewerkschaftsapparat hat, trägt sie ihren Teil zur Stabilität und Verteidigung des konstitutionellen Regimes der convivencia bei.

Bezüglich des schwierigen Problems der Agrarreform hat man schon lange die Verstaatlichung der Ländereien, die Zeit des "Staatskapitalismus", vergessen:

1959 beteiligt die APRA sich an Beltrans Projekt einer "Agrarreform". Haya gibt diesem Text seine "grundsätzliche Unterstützung", der von den Großgrundbesitzern ausgearbeitet worden war, im Namen einer Politik, die "realistisch und konstruktiv" sein sollte. "Die grüne Revolution", deren Projekt in den Archiven landet, wollte die dramatische Situation des peruanischen Bauern lösen und dessen Entfeudalisierung durch eine Kolonisierungspolitik des Urwaldes vorantreiben; wollte die Modernisierung der Landwirtschaft und die Schaffung breiter Mittelschichten von Besitzern und landwirtschaftlichen Unternehmen favorisieren. Eine Veränderung der Verteilung des Land- und Wasserbesitzes wird nicht in Betracht gezogen.

Die convivencia APRA-Prado ruft eine harte Kritik innerhalb der Partei hervor, was 1959 auf dem III. Parteitag mit dem Ausschluß ihres radikalsten Flügels endet. Die Spaltung vollzieht sich auf der Ebene mittlerer Kader und nicht in der Parteispitze.

Die "Super-convivencia"

In den Wahlen 1962 kann Haya de la Torre kandidieren und erhält die Unterstützung der Finanz- und Agroexportoligarchie. In seinem Wahlkampf wiederholt er die revolutionären Ideale des Aprismus, die "niemals verraten worden sind". Aber "man darf Revolution nicht mit Demagogie verwechseln... Wir sind Revolutionäre, aber wir wollen keine Revolution, die zerstört, sondern eine, die Neues schafft, organisiert und aufbaut... Es interessiert uns nicht zu drohen, die Produktivität und die Wirtschaft eines Landes anzugreifen... Wir werden nicht Verstaatlichung mit der Anstrengung verwechseln, eine eigene peruanische Industrie zu schaffen, noch werden wir die Besetzung von Privatbesitz mit der Form und Norm verwechseln, unsere Probleme zu lösen." "Unsere, die apristische Revolution in Peru, muß vor allem eine Revolution gegen die Natur sein."

Mit der Unterstützung der Regierung Prado gewinnt Haya die Wahlen, ohne die nötige Mehrheit zu haben, um Präsident zu werden, vor Belaunde, der nur einige Tausend Stimmen weniger erhält. Odria, Vertreter der traditionellsten Landoligarchie, wird Dritter. So mußte der Präsident vom Kongreß gewählt werden. Haya verbündet sich mit Odria und verspricht diesem die Präsidentschaft. Der Verzicht Haya's kann mit dem traditionellen Veto der Militärs gegen die APRA und einem angedrohten Staatsstreik erklärt werden. Offiziell gibt es keine Erklärung für die Unterstützung des Ex-Diktators Odria. Die Nachricht vom Bündnis provoziert den militärischen Staatsstreich am darauffolgenden Tag.

Für die Macht der Oligarchie ist die Armee zum ersten Mal kein Garant mehr: konfrontiert mit der Gefahr, die die Bauernbewegungen in der Sierra darstellen, erkennen die Militärs die Notwendigkeit von Reformen, diese natürlich im Rahmen der "Nationalen Sicherheit". Die Allianz von Apristen und Odristen hätte die Aufrechterhaltung des status-quo und ein Hindernis für jegliche Reform bedeutet.

Nach einem Jahr Militärregierung werden 1963 Neuwahlen abgehalten, an denen die gleichen Kandidaten teilnehmen. Dieses Mal gewinnt Belaunde

mit seinen Reformprojekten. Die APRA hat allerdings mit den Odristen zusammen die Mehrheit im Kongreß. Mit dem, was die Apristen die "erste Staatsgewalt" nennen, lähmen sie die Exekutive und schwächen die Reformvorschläge ab. So erreichen sie, daß die Enteignung der Agroidustriekomplexe nicht in Betracht kommt und so die Macht der "Zuckerbarone", die die APRA in den 30er Jahren bekämpft hatte, unangetastet bleibt. Zum Schluß war Belaundes Agrarreform aufgrund der Blockierung des Parlaments gänzlich lahmgelegt. Ende 1968 haben nur 11.000 Familien (=1 % der Bauern ohne Land) von dieser Reform profitiert. 1964 allerdings hatte die APRA dieses Gesetz als "eines der fortschrittlichsten in der ganzen Welt" bezeichnet, "das die wahre friedliche Revolution ohne Gewalt, ohne Besetzungen vollzieht, indem es das Feudalsystem des Landbesitzes total umwandelt in ein neues, soziales und revolutionäres System, das, dank des Nationalparlaments und speziell der Koalition des 'Volkes' anfängt, in Peru zu herrschen." (Solido Norte 64)

Bei diesem "revolutionären Gesetz" muß man sich fragen, was die apristische Forderung "Wasser und Land" bedeutet, wenn man sieht, daß das Gesetz nichts an der alten Struktur des Wasserbesitzes geändert hat. Das gleiche gilt für die alte Forderung "Brot mit Freiheit": dank der "Volkskoalition" APRA-UNO lebt der arme Bauer auch 1968 noch fast als Leibeigener in einem Land, in dem 76 % des Landes im Besitz von 0,4 % der Bevölkerung sind.

Diese revolutionäre Phraseologie und ihre Demagogie kann nicht die Verteidigung des Großgrundbesitzes vertuschen. So kritisiert die APRA das erste Kabinett Belaundes, weil es nicht repressiv genug auf die Landbesetzungen durch indianische Dorfgemeinschaften antwortet.



Die These von "Zeit-Raum-Geschichte" der APRA.... Haya mit Beltran und Odría in den 60er Jahren

Belaunde wird als das "troyanische Pferd des Kommunismus" angegriffen. Um die Guerrillas des MIR 1965 zu stoppen, stimmt die APRA für ein Gesetz, das die Todesstrafe für diese "russischen Soldaten in Peru" vorsieht, "für diese Landesverräter, die, dem kommunistischen Imperialismus verkauft sind und versuchen, Peru russischer oder chinesischer Herrschaft zu unterwerfen, und die durch ihre kriminellen Taten peruanisches Blut bescheidener Soldaten und irreführter Bauern auf unserem Boden vergießen."

In dieser Zeit beteiligten sich die Apristen an einer Kampagne, die, um "die nationale Souveränität" zu verteidigen, Finanzierungsbonus zu verkaufen

suchte. Die besten Käufer fanden sie in der IPC und der Cerro de Pasco Corp. (US-Multis im Erdöl- und Bergbausektor)

Der gleiche heftige Antikommunismus, sowie eine stark arbeitgeberfreundliche Haltung wird auch von der apristischen "freien Gewerkschaftsbewegung", der CTP, gezeigt: "Arbeiter und Angestellte haben erkannt, daß ein permanenter Druck - mit Hilfe von Verhandlungen und ohne Streiks - genügt, um bessere Arbeitsbedingungen und höhere Gehälter auszuhandeln, die mit dem Ertrag des Unternehmens vereinbar sind. Dies war der Anfang unserer Tarifverhandlungspolitik.... Folglich übertreibt die CTP nicht, wenn sie feststellt, daß niemand zum Kampfmittel des Streiks greifen darf, und am wenigsten die Arbeiter, wegen der finanziellen Folgen, die so etwas mit sich bringt. Die CTP billigt auch keine offene unverantwortliche Haltung wie das einige

Gewerkschaften tun... und so kann sie diese Methoden der Fabrik- und Werkstattbesetzungen auch nur auf das schärfste verurteilen, die das Ansehen und die Würde der Arbeiterklasse insgesamt gefährden."

1967 spricht sich die CTP angesichts der Wirtschaftskrise offen für den "Arbeitsfrieden" aus: "Wir sind bereit, unsere Verantwortung zu übernehmen und bieten Produktionsverbesserungen und -erhöhungen, Ruhe und Arbeitsfrieden..."

Die APRA verteidigt durch ihre Gewerkschaften auch die US-Firmen, wie z.B. die IPC. So stellt sich die Vereinigung der Erdölarbeiter hinter die Interessen dieser Standard-Oil Tochtergesellschaft in Peru: "Unsere Vereinigung wiederholt ihre Stellungnahme bezüglich des Problems der La Brea und Parinas und weist ganz energisch die sofortige Verstaatlichung des Erdöls zurück, da sie glaubt, daß dadurch die Interessen unseres Landes und der Arbeiterklasse verletzt werden und daß sie nur Demagogen und Opportunisten dienen kann."



Der Erdölskandal, bei dem die Anhänger Belaundes und die APRA ihre völlige Unterwerfung unter den US-Imperialismus bewiesen, war der Auslöser für den Staatsstreich der Armee am 3. Okt. 1968. Ihm zugrunde lag der Regierungsvertrag mit der IPC (Acta de Talará): Gegen die Aushandigung der fast erschöpften Ölfelder Talará, für die die IPC noch rund 200 Mill. Dollar Steuern schuldet, bot man ihr das Monopol über den Kauf, die Raffinerierung und den Vertrieb des Erdöls bis zum Jahre 2048 und außerdem Konzessionen für eine Mill. Hektar Land im Urwald an.

Die Militärs beenden den gescheiterten reformistischen Versuch und den letzten poli-

tischen Schachzug, mit dem die APRA sich mit Belaunde selbst und dem rechten Flügel der Belaunde-Partei verbündet. Der führende Vertreter dieses Flügels ist in diesem Moment Manuel Ulloa, Finanz- und Wirtschaftsminister; ein Unternehmer, der durch die Deltec, Tochtergesellschaft der Rockefeller-Gruppe, direkt mit dem Imperialismus zusammenarbeitet.

Fortsetzung und Schluß in der nächsten Nr.

EL SALVADOR

Reaktionen auf Nicaragua

Der US - amerikanische Botschafter in El Salvador konnte nicht umhin es auszusprechen: "Es wäre ein absolut unverzeihlicher Fehler, die Augen gegenüber der dramatischen Lehre aus den tragischen Ereignissen des Nachbarlandes zu verschliessen; ... bezüglich der Menschenrechte wurde in El Salvador noch kein deutlicher Fortschritt erzielt."

Was der Botschafter der USA "tragische Ereignisse" nennt, ist für die Gruppierungen der Opposition gegen die Diktaturen Mittelamerikas ein identifikationsschwächeres Erfolgserlebnis und eine langersehnte moralische Stärkung. Die Erfahrung der MÖGLICHKEIT des politisch-militärischen Sieges über den Somoza-Clan, seinen Staats- und Militärapparat und dessen mächtige Verbündete in den USA ist für die Opposition eine Gegen-Erfahrung von unschätzbarem Wert. Allzu dauerhaft und unüberwindlich schien die Herrschaft der sich der "Solidarität" der USA erfreuenden ökonomisch-militärischen Interessengruppen, ihre Niederlage war kaum noch vorstellbar. Der Sieg der nicaraguanischen Revolution hat der kritischen, herrschaftsfeindlichen Phantasie eine Gasse geschlagen: sie wird blühen.

Dieser Blüte stehen ökonomische und gesellschaftliche Bedingungen entgegen, die die Lage der Opposition in jedem der mittelamerikanischen Staaten schwieriger erscheinen lässt, als diese in den beiden letzten Jahren in Nicaragua war. So auch in El Salvador: Die Bourgeoisie ist nicht in ähnlicher Weise gespalten wie in Nicaragua, Präsident Umberto Romero ist nicht isoliert "unter den seinen", wie es Somoza wegen des Mißbrauchs des Staatsapparats zu Konkurrenzkämpfen lange Zeit war. Die berühmten "14 Familien", die einen Löwenanteil El Salvadors besitzen, setzen vorläufig auf Romero, die bürgerliche Opposition ist relativ schwach. Die Bemühungen innerhalb der Linken um eine gemeinsame Kampfform und Strategie waren noch nicht erfolgreich, die schädliche Konkurrenz unter ihren Parteien und Gewerkschaften ist noch nicht ausgeräumt, oder in eine produktive Form gebracht. (vergl. LN 51, 60, 68, 72 und besonders 71)

Von der Entwicklung in Nicaragua geht ein politischer Druck aus, der auch in El Salvador zu Regierungsankündigungen von Wahlen und sozialen Reformen geführt hat. Die USA unterstützen diese Tendenz, weil sie ihrem langfristigen Interesse nach "Stabilität" in Mittelamerika entgegenkommt. Der zuständige Unterstaatssekretär Viron Vaky hat Vertrauen zum Ausdruck gebracht gegenüber der Entscheidung General Romeros, demokratische Reformen durchzuführen. Romero sieht sich jedoch, wenn er die Realisierung der Versprechen ernst nimmt, mit einer Reihe handfester Probleme konfrontiert.

Würde die Regierung tatsächlich versuchen, die Menschenrechte zu garantieren, müßte sie zumindest die Terrororganisationen ("Weiße Kampfunion", "Falange", "Ordnung") auflösen, deren Morde sie bisher durch den stellvertretenden Verteidigungsminister Eduardo Iraheta politisch decken ließ. Die Terrororganisationen haben allein in den beiden letzten Jahren hunderte von Leuten entführt, gefoltert und getötet. Unter ihnen seit Mai 16 Lehrer der dem "Revolutionären Volksblock" angehörenden Lehrgewerkschaft "ANDES" (10000 Mitglieder). Die Terrororganisationen genießen die billige Unterstützung mächtiger Gruppen in der Oligarchie des Landes, die in alter sal-

vadorianischer Tradition die physische Liquidation für den adäquatesten Weg halten, sich den sozialen Forderungen der Opposition zu entziehen.

Bei der Vorbereitung der Wahlen gibt es ähnliche Konflikte. Um nicht abermals um einen Wahlsieg auf gewaltsame Weise betrogen zu werden (wie 1977), stellt die Christdemokratie als Bedingung für ihre Wahlbeteiligung vier Forderungen: Reform des Wahlrechts, Auflösung der Terrororganisationen, eine Generalamnestie und für alle Exilierten das Recht auf Rückkehr.

Da der Regierungschef diese Forderungen nicht erfüllen kann, ohne den ihm von den herrschenden Gruppierungen gewährten Spielraum zu sprengen, führen Vertreter der US-Botschaft jetzt Gespräche mit der Christdemokratie, um sie zur Verwässerung ihrer Bedingungen zu überreden. Als demokratische Vorleistung offeriert Romero noch die Zulassung von Beobachtern der OAS zur Kommunalwahl im Februar und die Ernennung eines Zivilisten zum Präsidenten nach der Präsidentschaftswahl 1982.

Die einflußreiche Kirche (vgl. LN 71) ist mittlerweile entsprechend dem fortgeschrittenen Stadium der gesellschaftlichen Konflikte offen polarisiert. Während der Bischof von Vicente die ausgebeuteten und kämpferischen Campesinos auffordert, ihre Gewerkschaften zu verlassen, ist bei seinem Erzbischof der Blick für die irdischen Realitäten noch ungetrübt:

"Der Zustand institutionalisierter Gewalt, verbunden mit den veralteten sozialen, ökonomischen und politischen Strukturen, das System der Ungerechtigkeit und staatlichen Repression, die Welle von Mord und Menschenraub, die Nicht-Existenz freier Wahlen, die unglaublichen Versprechungen der Regierung, das sind die Probleme El Salvadors."



Literatur-Ecke

Eine ständige Literatur-Ecke in den LN? Wir wissen nicht, ob wir uns selbst diesen alten Wunsch erfüllen können. Beginnen wollen wir aber auf jeden Fall in dieser "Jubiläumsnummer" mit dem Abdruck einer Kurzgeschichte von Karl Schellenbaum. Einige von uns kennen Karl aus Peru. Er macht dort eine Arbeit, die im seelsorgerischen Bereich begann und seit längerem Christentum und Sozialismus als Synthese versteht. Nicht abstrakte Ziele, nicht das Studium der "Klassiker" haben Karl zu einem Kämpfer für eine gerechte Gesellschaftsordnung gemacht, sondern das tagtägliche Elend der peruanischen Bevölkerung, die schon heute zu großen Teilen ihr Schicksal in ihre eigenen Hände genommen hat. Seine Kurzgeschichten sind dazu bestimmt, seinen Freunden in der europäischen Heimat klarzumachen, daß "beobachtende Teilnahme" an den Kämpfen in der Dritten Welt nicht mehr hilft, sondern nur noch konkretes Handeln – wo immer dies auch angesiedelt sei. Wir werden in der nächsten Nummer den Abdruck weiterer Geschichten von Karl Schellenbaum fortsetzen.

Mensch oder Schaf

Manuel Zevallos starb am Nachmittag des 2. Juni 1978. Er staunte nicht schlecht, als er sich im indischen Himmel wiederfand. Aber er machte sich keine weiteren Gedanken darüber, er hatte sich auch im Leben nicht viel Gedanken gemacht, sondern das Gegebene als gegeben hingenommen. Er fand sich bald zurecht in der Himmelsbürokratie, dank der freundlichen Hostessen. Am zuständigen Schalter wurden seine Papiere überprüft, und dann kam der feierliche Augenblick, wo das Buch des Lebens aufgeschlagen wurde, um zu sehen in welcher Form das nächste Leben zu absolvieren sei. Aber was für eine Überraschung: Manuel Zevallos hatte ein so gutes Leben geführt, daß er das Anrecht hatte, nochmals als Mensch geboren zu werden. Er hatte somit die Formen der Wiedergeburt als Urwaldtier oder als Haustier übertroffen und das Maximum erreicht. Der sonst nüchterne Beamte gratulierte ganz spontan, denn dieser Manuel Zevallos war eine Rarität. Auch Manuel freute sich sehr.

Er wurde in ein großes Haus geführt, wo er etwa drei Tage zu warten hatte, bis alle Formalitäten zu erledigen seien. Aber schon beim Schlafengehen wurde seine Freude durch ein undefinierbares, ungutes Gefühl getrübt. Er wußte nicht genau, woher es kam. Es mußte wohl daher kommen, daß er sich noch nicht ganz lösen konnte von den Sorgen des vergangenen Lebens. Am anderen Tag war das unguete Gefühl immer noch da, eher stärker als am Abend. Da er Zeit hatte, dachte und grübelte er und langsam kam er dahinter, woher es kam: er hatte einfach Angst vor einem zweiten Menschenleben. Das, welches er eben hinter sich hatte, als Landarbeiter in einer großen

Genossenschaft in den Anden Perus, war alles andere als angenehm, und er zweifelte, ob ein weiteres Menschenleben ein Lohn sein soll. Wenn er es genau betrachtete, war es eine Strafe, auf jeden Fall schien ihm ein Leben als Tiger im Urwald oder als Fisch im Wasser viel angenehmer als ein Menschenleben. Er überlegte und überlegte und es wurde ihm zusehends wohler bei dem Gedanken, daß er einen Antrag stellen werde auf eine Wiedergeburt als Schaf auf einer Hacienda. Das Leben als Tiger oder als Fisch schien ihm doch ein bißchen unsicher, denn er hatte gehört, daß die Jäger und Fischer erbarmungslos alles töteten, was sie erwischten. Das Leben eines Schafes aber kannte er, denn er war ja eine zeitlang als Schafhirte angestellt. Und er war sicher, daß er kein Risiko eingehe, wenn er als Schaf wiedergeboren werde. Ja, beim weiteren Überlegen kam ihm das Schafleben immer angenehmer vor, jedenfalls hundertmal schöner als ein Menschenleben.

Sicher davon, daß er die beste Lösung gefunden habe, schrieb er am dritten Tage einen Antrag, um als Schaf wiedergeboren werden zu dürfen.

Der Beamte las am nächsten Morgen den Antrag mit Erstaunen. Darf ich fragen wenn's erlaubt ist, sind sie geisteskrank? Manuel Zevallos war im ersten Moment seinerseits erstaunt, doch verstand er diese Reaktion bald, denn der andere hatte ja seine Überlegungen nicht mitgemacht, und es war klar, daß ein Mensch, auch wenn er Himmelsbeamter ist, nicht in einer Sekunde seine Wertvorstellungen abschütteln kann.

Ich bin nicht geisteskrank, sagte Manuel, ich habe den Antrag gut überlegt, und ich werde ihn nicht zurückziehen.

Der Beamte war so verwirrt, daß er nichts anderes zu tun wußte, als sich mit seinem Vorgesetzten zu unterhalten. Schon nach zwei Minuten wurde Manuel Zevallos ins Büro des Vorgesetzten geführt, offenbar wollte dieser diesen komischen Kauz kennenlernen.

Sie wollen also als Schaf und nicht als Mensch wiedergeboren werden, sagte der höhere Beamte mit milder Stimme, bei der Manuel nicht sicher war, ob er daraus Interesse an einer Diskussion heraushören sollte, oder Mitleid mit einem Geisteskranken. Um jeden Zweifel bei seinem Gegenüber zu zerstreuen, sagte Manuel mit fester Stimme:

Dieser Antrag ist das Ergebnis eingehender Überlegungen während der letzten drei Tage und drei Nächte. Ich bitte Sie, mich anzuhören und ich bin überzeugt, daß Sie meinem Antrag gemäß entscheiden werden.

Legen Sie los, sagte der Himmelsbeamte, immer noch sehr freundlich.

Man hat mir gesagt, begann Manuel, daß ich im vergangenen Leben so gut gelebt habe, daß ich das Recht hätte, als Mensch wiedergeboren zu werden. Ich habe gehört, daß das besser sei, als die Wiedergeburt als Tiger, Löwe, Adler, besser als alle Haustiere, ja überhaupt das beste. Nun kenne ich aber das Leben der Menschen und das Leben der Schafe, und ein Vergleich zwischen diesen beiden, fällt eindeutig zugunsten des Schafes aus.

Sie scheinen wohl nicht zu wissen, daß die Schafe nur dazu da sind, Wolle zu liefern, und daß sie am Ende geschlachtet werden, um gegessen zu werden, während der Mensch frei ist, daß er über die Natur regiert, daß er die Krone der Schöpfung ist. Ja, es ist einfach ganz und gar unmöglich und lächerlich, das Schafleben über das Menschenleben zu stellen. Nur ein Menschenveräch-

ter kann so reden, oder ein Geisteskranker. Das ist eine Lästerung den Göttern gegenüber, die die Welt erschaffen haben, ja, es ist Gotteslästerung.

Mein Herr, ich habe wirklich nicht vor, die Götter zu lästern. Während meines Lebens habe ich auch nie daran gedacht, daß ein Schaf das bessere Leben hat als ein Mensch, oder fast nie. Nur manchmal, wenn ich fror, dachte ich, man sollte einen Pelz haben, wie das Schaf, oder wenn ich Hunger hatte, man sollte Gras fressen können, um den Hunger zu stillen. Wirklich, ich war überzeugt von der Würde des Menschen. Jetzt aber, wo ich wählen kann zwischen einem Tierleben und einem Menschenleben, sieht die Sache anders aus. Mir ist übel, wenn ich daran denke, daß ich nochmals das ganze Elend durchleben soll, und unweigerlich fange ich an zu vergleichen. Und ich meine, ein Schaf hat wesentlich bessere Bedingungen, um glücklich zu leben als ein Mensch. Wie gesagt, ein Schaf hat einen warmen Pelz gegen die Kälte, es kann Gras fressen, das es überall gibt, es lebt geborgen in der Herde, hat Sicherheit. Ein Schaf kann Junge haben, und diese Jungen können bei der Mutter leben.

Und der Mensch hat den Verstand, er kann Kleider machen, Häuser bauen, er kann Getreide und Früchte anbauen, er kann in Gemeinschaft leben, sich einen Partner und Freunde aussuchen, mit seinem Verstand findet er für jedes Problem eine Lösung, und er hat die Freiheit zu tun und zu lassen, was er will. Sehen Sie, Sie zum Beispiel haben in einer Genossenschaft gelebt, um so gemeinsam die Probleme anzugehen.

Ich möchte das alles nicht leugnen, mein Herr, wirklich nicht, aber ich bin nicht mehr ganz überzeugt davon. Ich habe im Hochland von Peru gelebt und habe Kartoffeln und Getreide angebaut. Aber auf dem kleinen Stück Land, das uns der Chef der Genossenschaft überließ, hat es einfach zu nichts gereicht. Da mein Stück Land noch dem Frost ausgesetzt war, war die Ernte manches Jahr Null. Ich fror, litt Hunger und hatte keine Sicherheit, und mit mir die ganze Familie und Gemeinde. Und das mit der Genossenschaft ist nur ein Trick der Regierung. Für uns hat sich zwischen Großgrundbesitzer und Genossenschaft nichts geändert. Wie früher, dürfen wir uns auch jetzt nicht organisieren. Bis jetzt verfolgt und tötet man unsere Führer. Wirklich, Genossenschaft ist nur ein schlechteres Wort für Großgrundbesitz.

Wenn das alles noch stimmen würde, so hat der Mensch immer noch die Menschenwürde. Er wird behandelt wie ein Mensch und nicht wie ein Tier...

Entschuldigen Sie, daß ich unterbreche, aber genau hier ist der wunde Punkt. Ich möchte behandelt werden wie ein Tier und nicht wie ein Mensch. Für die Tiere wird gesorgt, für uns nicht. Für die Tiere werden Ställe gebaut, die sie gegen Regen und Kälte schützen, für die Tiere werden die besten Weiden ausgesucht, uns schickt der Chef der Genossenschaft an den Rand der Hacienda, wo wir in elenden Hütten wohnen, die wir nicht instand halten können, weil wir kein Geld haben. Und sehen Sie, wenn ein Tier krank ist, kommt der Tierarzt und pflegt es, wenn beim Scheren auch nur eine kleine Wunde entsteht, wird diese verbunden. Wann kommt bei uns mal ein Arzt vorbei? Nie, einfach nie. Und das ist verständlich. Das Schaf hat einen Wert, es bringt Gewinn, darum wird es gepflegt und hat es gut. Wir bringen zwar auch Gewinn, aber wir mit unserer Menschenwürde sind nicht Eigentum des Chefs der Hacienda. Und deshalb kümmert er sich auch nicht um uns. Wir sind auswechselbar, wie jedes andere Konsumgut. Wirklich, ich möchte nicht

mehr so leben, mir so überflüssig vorkommen. Ich tausche gern die Menschenwürde gegen die Schafswürde aus.

Der höhere Himmelsbeamte war inzwischen aufgestanden.

Ich werde den Fall mit meinem Oberen besprechen, aber ich glaube auch: Ein Schafskopf gehört zu den Schafsköpfen.

Er wollte damit wohl einen bissigen Witz machen, doch Manuel hörte daraus, daß sein Antrag genehmigt sei. Er hätte weinen können vor Freude.

Lima, Juni 1978





"KINDER DES ELENDS" (mit einem Vorwort von Oswaldo Bayer): 105 Seiten. Ein Foto/Textbuch über die Kinder der Ärmsten in Lateinamerika, in einfacher Sprache geschrieben. Geeignet für Schulen und Jugendarbeit. West-Berlin 1979. Zum Preis von DM 8,- (ab 10 Stück DM 6,50) zu bestellen bei: FNCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12.

Nr. 12 DM 5,-
Vierte Welt Aktuell
 -Nachrichten- Kommentare- Aktionen-
 Sonderausgabe

Der Fall Herzog

"Mit seiner starken Identifikation mit den Ausgestoßenen unserer Gesellschaft, den Zwergen, Idioten, Krüppeln, Exzentrikern, den Armen und Farbigen lädt er die Zuschauer ein, seine Menschlichkeit mit den Unterdrückten zu teilen."

(aus der amerikanischen Filmzeitschrift "Cineast")



Eine Dokumentation der „Gesellschaft für bedrohte Völker“